

# Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2016

THEMA IM FOKUS

## Religionen in der Migrationsgesellschaft. Ein Thema der politischen Bildung

4 | **Religion gehört zur pluralen Demokratie dazu**  
Rassismus und Rechtsextremismus aber nicht  
von Heidemarie Winkel

12 | **Von postmigrantisch zu postmuslimisch**  
Ausgrenzende Narrative und institutionelle Imprägnierung  
von Steffen Beigang

18 | **Attraktivität des extremistischen Salafismus**  
Den Extremismus entzaubern  
von Thomas Mücke

26 | **Interreligiöser Dialog als Form politischer Verständigung**  
Wie kann ein kritischer Dialog gelingen?  
von Rainer Kampling

32 | **Die „DenkWege zu Luther“**  
Philosophisch-politische Jugendbildung in Vorbereitung auf 500 Jahre Reformation 2017  
von Carsten Passin

Außerschulische Bildung  
Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2016



## Zu diesem Heft

Migration, die kulturelle, soziale und religiöse Vielfalt mit sich bringt, verändert die aufnehmenden Gesellschaften. In Deutschland lässt sich das seit der Anwerbung sogenannter Gastarbeiter in den 60er/70er Jahren beobachten. In der aktuellen gesellschaftlichen Situation hat die Veränderung eine neue Dimension gewonnen.

Mit der Ausdifferenzierung von Vielfalt gehen immer auch Fragen nach Zugehörigkeit und Ausgrenzung, nach Vertrautem und Fremdem einher. Solche Fragen entzünden sich – in Deutschland derzeit gut zu sehen – besonders am Thema Religion und in jüngster Zeit und zunehmend undifferenziert in Abgrenzung gegenüber „dem Islam“. Wer mit dem „christlich-jüdischen Abendland“ eine vermeintlich gemeinsame Identität beschwört, will auch deutlich machen, wer nicht dazugehört.

Die Trennung von Staat und Kirche ist für eine moderne Demokratie und die damit verbundene Garantie der Religionsfreiheit unerlässlich. Dennoch stellt sich die Frage, wie es gelingen kann, den zunehmenden religiösen Pluralismus in die Demokratie einzubinden.

Die politische Bildung kann hier einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie einen differenzierten Blick auf die Religionen ermöglicht und hilft, Respekt gegenüber verschiedenen religiösen Sichtweisen zu entwickeln. Politische Bildung kann die Bedeutung von Religionen im gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess sichtbar machen und den interreligiösen Dialog unterstützen, indem sie Räume dafür bereitstellt. Den sozialen Frieden einer Gesellschaft gefährdet nicht religiöse Pluralität, sondern eine zunehmende soziale Ungleichheit. Auch dies zu thematisieren ist eine wichtige Aufgabe politischer Bildung.

Diese Ausgabe der „Außerschulischen Bildung“ leistet eine Annäherung an das Thema „Religionen in der pluralen demokratischen Gesellschaft“. Sie eröffnet unterschiedliche Perspektiven und benennt Herausforderungen, die entstehen, wenn sich die sozialen und kulturellen Koordinaten einer Gesellschaft verändern.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



*Friedrun Erben*

Friedrun Erben

### Thema des nächsten Heftes: Eine Welt.

#### Entwicklungspolitische Bildung in der Diskussion

Die Ausgaben der Außerschulischen Bildung, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: [www.adb.de/zeitschrift\\_ab](http://www.adb.de/zeitschrift_ab)

### Thema im Fokus:

#### Religionen in der Migrationsgesellschaft.

#### Ein Thema der politischen Bildung

- 4 Religion gehört zur pluralen Demokratie dazu  
von Heidemarie Winkel
- 12 Von postmigrantisch zu postmuslimisch von Steffen Beigang
- 18 Attraktivität des extremistischen Salafismus  
von Thomas Mücke
- 26 Interreligiöser Dialog als Form politischer Verständigung  
von Rainer Kampling
- 32 Die „DenkWege zu Luther“ von Carsten Passin
- 38 Tipps, Hinweise, Links zum Schwerpunktthema
- 41 Ausgewählte Literatur zum Schwerpunktthema

### Forum

- 42 Diskussionen über den Beutelsbacher Konsens von Paul Ciupke
- 45 breit aufgestellt! von Jens Schmidt

### Politische Bildung praktisch

- 49 Niedrigschwellige politische Bildung von Annette Wallentin

### Jahresthema im AdB

- 53 Soziale Ungleichheit, politische Partizipation und die Zukunft der Demokratie von Robert Schmidt

### Rezensionen

- 59 Rezensionen

### AdB aktuell

- 68 AdB aktuell

### Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 81 Personalien
- 84 Aus Profession und Politik
- 88 Ausschreibungen und Wettbewerbe
- 89 Veranstaltungen
- 90 Zeitschriftenschau
- 92 pb-digital
- 96 Impressum

# Religion gehört zur pluralen Demokratie dazu<sup>1</sup>

## Rassismus und Rechtsextremismus aber nicht

<sup>1</sup> Judy in Bethlehem und allen anderen Menschen gewidmet, die trotz aller Hoffnungslosigkeit nicht aufhören zu hoffen.

**Es scheint, dass der mit Migration einhergehende religiöse Wandel das Selbstverständnis europäischer Gesellschaften besonders herausfordert. Der gesellschaftliche Ort von Religion steht in säkularisierten Gesellschaften neu zur Debatte, weil unklar ist, wie religiöse Pluralität politisch und sozial integriert werden soll. Aber nicht nur im Fall migrantischer Religionsgemeinschaften zeigt sich die Komplexität des Verhältnisses von Religion, Gesellschaft und Politik.** von Heidemarie Winkel

Ob Stammzellenforschung, Sterbehilfe oder Migrations- und Flüchtlingspolitik, organisierte Religion bezieht im gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess vernehmlich Stellung. Warum dies aber *per se* als Ausdruck einer problematischen Beziehung zwischen Religion und Demokratie gewertet wird, leuchtet aus soziologischer Sicht nicht ein. Religionen übernehmen in hohem Maße gesellschaftliche Verantwortung in Form zivilgesellschaftlichen und wohlfahrtlichen Engagements; traditionale oder konservative Einstellungen sind aber nicht notwendigerweise auf Religion zurückführbar. Religiös motivierte Akteur\_innen und Organisationen treten für Menschenrechte ein, für internationale Gerechtigkeit in den Wirtschaftsbeziehungen und engagieren sich u. a. gegen Rechtsextremismus, Sexismus und Homophobie.

Eine solche Sichtweise negiert nicht die Problematik religiöser Fundamentalismen; polarisierende, intolerante und andersdenkende verachtende Haltungen sind aber kein spezifisch religiöses Phänomen wie z. B. die europaweite Artikulation populistischer, rechtsextremistischer und rechtsnationaler Positionen zeigt. Wie also erklärt es sich, dass Religion unter Generalverdacht steht, antimodern und rückständig zu sein, während Rechtsextremismus und

Rassismus als Ausnahmeerscheinungen an den Rändern der Gesellschaft verortet werden? Und warum stehen muslimische Gläubige zusätzlich unter Sonderbeobachtung?

### Religion und Politik: zwei unterschiedliche Sprachen?

Als *Navid Kermani* seine Dankesrede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2015 in der Frankfurter Paulskirche mit der Bitte zu einem stillen Gebet für die vom IS verfolgten Christ\_innen in Qaryatein (Syrien) abschloss, ist dies in Teilen der Medien als „unerträglicher Übergriff“ (Schloemann 2015) kritisiert worden. <sup>2</sup> Es war die religiöse Geste, die im Rahmen einer säkularen Feierstunde an einem politischen Gedächtnisort als unangemessen erlebt und nicht verstanden wurde. Dass religiöse Handlungen eine alltägliche, zum lebensweltlichen Selbstverständnis religiöser Menschen gehörende Dimension haben, scheint kaum nachvollziehbar. Vierzehn Jahre vor *Kermani* hatte *Jürgen Habermas* in der

<sup>2</sup> Alternativ lud *Kermani* diejenigen, die sich nicht als religiös verstehen, dazu ein, sich der stillen Andacht mit dem Wunsch nach Freiheit für Syrien und den Irak anzuschließen.

Paulskirche anlässlich seiner eigenen Dankesrede für den Friedenspreis das Verhältnis von politischen und religiösen Äußerungen im öffentlichen Raum problematisiert. Allerdings diskutierte *Habermas* unter dem Titel „Glauben und Wissen“, ob wir es im liberalen Staat nicht mit einem unfairen Ausschluss von Religion aus der Öffentlichkeit zu tun haben; er begründete dies damit, das Gläubige „ihre Identität gleichsam in öffentliche und private Anteile“ (*Habermas* 2001, S. 13) spalten und ihre Argumente in eine säkulare Sprache übersetzen müssten, während sich die säkulare Seite allem Anschein nach keinen Sinn für religiöse Sprachen bewahrt habe.

Bei näherem Hinsehen erstaunt *Habermas* Anfrage nicht. Religion wird oftmals unter dem Vorbehalt begegnet, eine Quelle anti-moderner Leitvorstellungen zu sein. Dies gilt nicht nur für den Islam; er wird allerdings im Verhältnis zu dem sich als säkularisiert – und damit in exklusiver Weise als aufgeklärt – verstehenden Europa besonders mit Rückständigkeit assoziiert. Derartige Vorbehalte gegenüber Religion speisen sich auch heute oftmals noch aus der Geschichte des Verhältnisses von Religion und Politik im europäischen Mittelalter. Religion war ein zentraler Legitimationsfaktor politischer Herrschaft, wird – retrospektiv – hinsichtlich der hieraus geschlossenen Allmacht der Kirche aber überschätzt. Denn die Kirche konkurrierte als religiöse Institution der Macht mit den jeweiligen Königen und Landesfürsten als Träger politischer Macht. Was die ständische Gesellschaft dennoch zusammenhielt, war eine Art kooperativer Verteilung von Herrschaftsfunktionen, aus der beide Seiten für sich Nutzen ziehen konnten. Religion respektive die Kirche war also keineswegs eine alles beherrschende Machtinstitution. Gleichwohl war die Trennung von Kirche und Staat, von Religion und Politik für die Herrschaftsform der modernen Demokratie – als der Herrschaft des Volkes – eine notwendige, konstitutive Bedingung. Denn wäre der Staat in seiner grundlegenden Verfassung nicht a-religiös, sondern auf ein spezifisches Bekenntnis festgelegt, so ließe sich Religionsfreiheit nicht garantieren; dazu gehört aber auch die Freiheit der öffentlichen Äußerung eines Bekenntnisses oder religiöser Handlungen.

### Von der Säkularisierung zum Säkularismus

Die historische Trennung von Staat und Kirche und die hiermit verbundene Eindämmung kirchlicher Macht, die sich in der erzwungenen Übereignung von Kirchengütern an die säkulare Staatsgewalt 1803 manifestierte, wird als *Säkularisierung* bezeichnet. Sie hat eine rechtliche, eine

politische und eine kulturelle Dimension. Letztere äußert sich heute, wie *José Casanova* (2004, S. 2) formuliert, in einem säkularistischen Selbstverständnis der überwiegenden Mehrheit der Europäer, das „den Niedergang [der Religion] als normal und fortschrittlich begreift, das heißt, als die quasi normative Implikation der Tatsache, ein moderner, aufgeklärter Europäer zu sein“. Dabei wird oft übersehen, dass der freiheitliche, säkularisierte Staat durchaus von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Wie der Verfassungsrechtler *Ernst-Wolfgang Böckenförde* (1991, S. 112 ff.) in seinem vielzitierten Diktum formulierte, könne ein freiheitlicher Staat nur bestehen, „wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert“. Gleichzeitig begibt sich der Staat hiernach in das Dilemma, seine Freiheitlichkeit aufzugeben. Aber nicht, weil er den religiösen Glauben seiner Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt; vielmehr besteht das Risiko, „auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er [der Staat] in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat“ (ebd.). So erklärt sich dann auch, weshalb Säkularismus manchen Gläubigen als normative Grundhaltung nicht nur in Europa, sondern auch in muslimischen Gesellschaften problematisch erscheint, insbesondere wenn

## Die institutionelle Trennung von Politik und Religion in europäischen Gesellschaften ist unverrückbar.

sich dies mit einem Habitus der Überlegenheit und Aufgeklärtheit paart. Dann wird mit dem Säkularismus aus einem ursprünglich universellen Prinzip, der Säkularisierung, eine exklusive, partikularistische Werthaltung. Von hier aus ist der Schritt zu einer ethnozentrischen und kulturalistischen Repräsentation „des Islam“ als das paradigmatisch Andere nicht weit.

### Säkularisierung und Pluralisierung

Die institutionelle Trennung von Politik und Religion in europäischen Gesellschaften ist unverrückbar. Jenseits ihrer unterschiedlichen verfassungsmäßigen Verankerung – etwa in Frankreich als strikte Trennung in Form der *laïcité*, in England als Staatskirche oder in der Bundesrepublik als kooperatives, partnerschaftliches Modell – ist zudem der →

politische Einfluss organisierter Religion deutlich rückläufig (vgl. Minkenberg/Willems 2002). Dies erklärt aber nur teilweise, weshalb die gesellschaftliche Wahrnehmung von religiöser Präsenz und Artikulation im öffentlichen Raum sich vorrangig als deren Problematisierung äußert. Empirisch gesehen besitzen religiöse Sichtweisen schon lange keine gesellschaftsweite Legitimationskraft mehr. Religion ist zwar nicht verschwunden, aber sie ist – wie sich auch in aktuellen Daten zur Situation in Ost- und in Westdeutschland eindrücklich zeigt – eine „*nachrangige Entscheidungsressource* für das Alltagsleben“ (Pickel 2013, S. 97). Und auch hinsichtlich des Verhältnisses von Politik und Religion sei die Haltung der Bürger\_innen „relativ einheitlich. Ob sie in West- oder Ostdeutschland leben, es bestehe der Wunsch, dass sich Kirche oder Religion möglichst wenig in die Politik einmischt“ (ebd).

Religion hat also eindeutig an gesellschaftlicher Motivatkraft verloren. Was befördert dann die besondere Beobachtung von Religion? Im Gegensatz zur immer geringer werdenden Relevanz von Religion – wie sie sich in sin-

## Die institutionelle Asymmetrie zwischen Kirchen und muslimischen Religionsgruppen ist ein Anlass, das Kooperationsmodell grundsätzlich infrage zu stellen und eine eindeutigere Trennung von Staat und Kirche zu fordern.

kenden Mitgliederzahlen oder Gottesdienstbesuchen zeigt, oder auch in Form zunehmender weltanschaulicher Konkurrenz, etwa im Bereich des Religionsunterrichts – wird seit etwa zwei Jahrzehnten ein Bedeutungszuwachs von Religion behauptet, teils sogar die Rückkehr des Religiösen (vgl. Riesebrodt 2001; Graf 2004). Diese Sicht erklärt sich weitestgehend aus der empirisch beobachtbaren Zunahme religiöser Pluralisierung. Hierunter verbirgt sich zum einen die Ausdifferenzierung neuer religiöser Sozialformen und Praktiken jenseits kirchlich institutionalisierter Religiosität. *Volkhard Krech* (2003) hält dem entgegen, dass es sich hierbei vielfach um Modespiritualitäten handele, die nicht neu seien, denen nur mehr Aufmerksamkeit zukomme.

Anders verhält sich dies im Fall der aus Zuwanderung resultierenden Pluralisierung von Religion; sie mündet in eine für europäische Gesellschaften neue, religiöse Vielfalt und wird in zweierlei Hinsicht problematisiert. Zum einen als Sichtbarkeit von Religion im öffentlichen Raum, und zum anderen in institutioneller Hinsicht. So lassen sich muslimische Gemeinden in Deutschland nur bedingt in das vorhandene institutionelle Muster der Regulierung von Religion und Staat einbinden. Vor allem die Frage der Vertretung gegenüber staatlichen Organen erweist sich als Herausforderung; die Deutsche Islam-Konferenz hat hieran wenig geändert, allerdings die Reichweite der Problematik deutlicher werden lassen. Mit der schrittweisen institutionellen Einbindung des Islam in das Bildungssystem, etwa in Form theologischer Ausbildungsstätten an Universitäten, sind aber wichtige Weichen gestellt worden.

Im Verhältnis zur Politik bzw. zum Staat steht nun allerdings nicht nur der Islam, sondern das Kooperationsmodell als Ganzes unter Rechtfertigungsdruck. Weil es bislang nicht gelungen ist, den religiösen Pluralismus institutionell angemessen einzubinden (vgl. Minkenberg/Willems 2002), erscheint das „alte“ System aus säkularistischer Perspektive als kaum noch zu legitimierender Kompromiss zwischen christlichen Konfessionen und Staat. Die institutionelle Asymmetrie zwischen Kirchen und muslimischen Religionsgruppen ist ein Anlass, das Kooperationsmodell grundsätzlich infrage zu stellen und eine eindeutigere Trennung von Staat und Kirche zu fordern. Der Glaubwürdigkeitsverlust institutionalisierter Religion, etwa der katholischen Kirche, untermauert diese Position; die Vielzahl interner Probleme und die Art der Leitungsstrukturen werfen Fragen auf (vgl. Kaufmann 2000, S. 9 f.).<sup>3</sup> Ob sinkende Mitgliedszahlen, der Umgang mit Missbrauch innerhalb der Kirche(n) oder das Steuersystem, alle Indizien deuten auf die De-Legitimation einer besonderen Stellung von christlicher Religion im öffentlichen Raum hin. So gesehen scheint es den Kirchen im Vergleich zum Islam ähnlich zu gehen: Sie stehen – nicht von ungefähr – unter besonderer Beobachtung.

<sup>3</sup> Kaufmann identifizierte schon im Pontifikat Benedikts XVI. p. p. drei manifeste Problemkreise: Die „Vertuschung pädophiler Praktiken von Klerikern“, den „Umgang mit den Dissidenten, die wesentliche Beschlüsse des II. Vatikanischen Konzils ablehnen“ und drittens das „Verhältnis zu den übrigen Weltreligionen, das mit der zunehmenden Globalisierung immer drängender wird“ (2000, S. 9 f.).



Foto: Mit freundlicher Genehmigung durch die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

### Globale Sichtbarkeit, europäische Identität und Islam

Im Fall „des Islam“ beinhaltet dies aber noch andere Aspekte. Unter der Bedingung einer sich – auch in medialer Hinsicht – immer stärker verdichtenden Globalisierung werden religiöse Akteure weltweit in neuer Weise beobachtbar. In der Folge haben wir es mit einer zunehmend globalen Öffentlichkeit zu tun, innerhalb derer „der Islam“ immer stärker zur Projektionsfläche transnationaler Einheitsvorstellungen geworden ist (vgl. Minkenberg/Willems 2002).<sup>4</sup> Gleichzeitig kommt es als Effekt einer problematischen kulturellen und geopolitischen Segmentierung immer wieder zur Abgrenzung eines europäischen „Wir“ gegen ein globales, vor allem „muslimisches Anderes“. Aktuell erleben wir, wie die hiermit verbundenen Grenzziehungen auf ideeller Ebene und auf militärischem Wege durch europäische Politik reproduziert werden. Die Beschäftigung mit islamistisch motiviertem Terrorismus befördert allerdings ein problematisches „Wir“; die Fragilität kollektiver Identität im europäischen Binnenverhältnis, wie sie sich im Zusammenhang der Osterweiterung und der Diskussionen um die EU-Verfassung gezeigt hat, wird so verdeckt (vgl. Casanova 2004). Ob in der weltweiten

<sup>4</sup> Die Autoren verweisen zu Recht darauf, dass die globale Mobilisierung religiöser Akteure kein auf den Islam beschränktes Phänomen ist, sondern sich z. B. auch im Spektrum der fundamentalistischen Rechten in den USA findet.

Bankenkrise, der daraus folgenden Schuldenkrise verschiedener EU-Staaten oder im Zusammenhang aktueller Migrations- und Flüchtlingspolitiken, in allen Feldern offenbart sich, dass das Festhalten an nationalen Prioritäten das Selbstverständnis Europas als kooperativer Gemeinschaft unterläuft.

Weshalb werden muslimische Akteur\_innen in diesem Zusammenhang besonders problematisiert? Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF 2009) schätzte die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Muslim\_innen auf etwa 4 bis 4,5 Millionen; je nach Datenquelle macht dies etwa zwischen 4,6 und 5,2 % der Bevölkerung aus. Im Vergleich dazu haben die evangelischen und katholischen Kirchen zusammen einen Anteil von etwa 59 %. Muslime stellen damit als größte nicht-christliche Gruppe zwar eine signifikante Minderheit dar; dies relativiert sich aber im Vergleich zu anderen migrantischen Religionsgruppen, etwa den 1,5 Millionen Katholik\_innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, und die in etwa ebenso große Gruppe orthodoxer Christ\_innen. Weshalb gerät die Präsenz muslimischer Gläubiger unter diesen Umständen unter besondere Beobachtung?

### Neue Öffentlichkeiten

*Nilüfer Göle* (2004), eine der wichtigsten europäischen Religionssoziolog\_innen, argumentiert, dass sich Muslime über religiöse Praktiken eigene Räume schaffen, und zwar nicht nur „oberflächlich“ in Form von Bekleidungsweisen →



oder Essvorschriften, sondern umfassend als muslimische Lebensweise. Hierbei entstehen neue Sphären der Öffentlichkeit, etwa islamische Massenmedien und Unterhaltungsbranchen, in denen sich muslimische Intellektuelle etablieren. Hierbei geht es um Identitätsarbeit; es geht aber auch um gesellschaftliche Partizipation im öffentlichen Leben, und zwar als Muslime. Dabei komme es zu Prozessen sozialer Abgrenzung und Positionierung als religiöse Subjekte: „Durch solche Praktiken grenzen sich muslimische Akteure ab; sie arbeiten kollektiv ein religiöses Selbst heraus und schaffen sich neue, eigene öffentliche Räume, die in Einklang mit den Erfordernissen ihres Glaubens und eines islamischen Lebensstils stehen.“ (Göle 2004, S. 11)

In der Wahrnehmung europäischer Gesellschaften berühren diese Entwicklungen die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Raum maßgeblich, und das heißt: das Verständnis von *säkularer* Öffentlichkeit. Jürgen Habermas (1962) folgend ist die Öffentlichkeit als eigenständige soziale Sphäre durch den Imperativ instrumenteller Vernunft charakterisiert. Religion spielt hiernach *per definitionem* keine Rolle; folglich wurde sie von Habermas lang Zeit gar nicht thematisiert. Dass Religion eine relevante Ressource für Identitäts- und Sinnstiftung im öffentlichen Raum sein könnte, betont er erst neuerdings, trifft dabei aber keineswegs (überall) auf Zustimmung. Typischerweise werden religiöse Überzeugungen als rein privat zurückgewiesen. Der Bezug auf Religion gilt in einer sich als pluralistisch verstehenden Gesellschaft als unangemessen, „da er nicht die hypothetische Zustimmung aller Bürger finden könne. Hermeneutisch bleibe ein solcher Rückbezug für nicht-religiöse Menschen unverständlich und unzugänglich“, so fasst Bernd Irlenborn (2008, S. 334) beispielsweise Richard Rortys Position zusammen. Hiernach geht es im Falle religiös begründeter Haltungen nicht mehr um das öffentliche, politische Wohl. Denn als kommunikativer Raum wird die Öffentlichkeit primär hinsichtlich ihrer Beziehung zum politischen System betrachtet, und damit als Raum *politischer* Kommunikation, als *politische Öffentlichkeit*. Dass in der Folge blinde Flecken entstehen, weil unterschiedlichste Formen der Sozialität – allen voran der Bereich privater Beziehungen – ausgeblendet und nicht hinsichtlich ihrer konstitutiven Bedeutung für die Öffentlichkeit mitgedacht werden, bleibt außen vor.

Auch die Existenz anderer Formen und Sozialgestalten von Öffentlichkeit, etwa religiöse Varianten, finden keine Berücksichtigung. In der (klassischen) muslimischen Zivilisation war das Verständnis von Öffentlichkeit aber im Kern

religiös, im Sinne einer eigenständigen, von der politischen Herrschaft abgekoppelten Sphäre bestehend aus Rechtsschulen, Stiftungen und Sufi-Orden (vgl. Eisenstadt 2004). Ihren ideellen Fluchtpunkt hatte sie in der Gemeinschaft aller Gläubigen, der *umma*. Gegenüber den politischen Herrschern bewahrten die *ulema*, die Religionsgelehrten, eine vergleichsweise hohe Autonomie. Auch wenn sie nicht in spezifischer Weise als Klerus organisiert waren, kam den *ulema* dennoch eine hohe symbolische Bedeutung zu. Im Übergang zur Moderne hat sich die Öffentlich-

---

## **Die Vorstellung eines gläubigen, sogar frommen und gleichzeitig emanzipierten Subjekts irritiert die säkularistische Vorstellungswelt; eine gleichzeitig europäisch-nationale und muslimische Identität gilt vielen als unvereinbar.**

keit muslimischer Gesellschaften entsprechend verändert und die Konturen einer politischen Arena angenommen; ein wichtiger Motor war die Gründung von Nationalstaaten. Gleichwohl sind religiöse Gruppen aus traditionellen islamischen Institutionen – neben vielfältigen neuen religiösen und nicht-religiösen Gruppen – nach wie vor ein Teil der Öffentlichkeit.

Wie verhält sich hierzu die Entwicklung des zeitgenössischen Islam in Europa? Wie lässt er sich im Sinne einer pluralen Öffentlichkeit denken? Für Nilüfer Göle (2008, S. 15) geht es darum, Öffentlichkeit nicht als eine homogene, an die nationale Kultur gebundene, und damit gegebene Einheit voranzusetzen. Sie schlägt vor, Öffentlichkeit stattdessen als einen permanent in Bewegung befindlichen, von Austauschprozessen und Wechselbeziehungen durchzogenen Raum zu denken, der kulturelle Begegnung, Wandel und Vielfalt umfasst. Es geht also darum, starre Vorstellungen von Identitätskategorien abzulegen, denn „Immigranten bringen die Religion nicht als fertiges Gepäckstück mit“ (ebd., S. 19). Im Gegenteil, mit der Zuwendung zum Islam vollziehe sich etwas Neues; oft werde mit traditionellen Interpretationen religiöser Praxis gebrochen. Es gehe um eine bewusste, individuelle Aneignung des Islam, und zwar im Gegensatz zur Elterngeneration, der

nicht gelungen sei, was die zweite und dritte Generation anstrebe: sich den Raum anzueignen und vertraut zu machen; dies schließt islamistische Positionen durchaus ein. Es schließt aber auch einen progressiven, liberalen oder feministischen Islam ein. Die Vorstellung eines gläubigen, sogar frommen und gleichzeitig emanzipierten Subjekts irritiert die säkularistische Vorstellungswelt; eine gleichzeitig europäisch-nationale und muslimische Identität gilt vielen als unvereinbar. Parallel wird die Freiheit von Frauen in europäischen Gesellschaften überschätzt; allen voran im Bereich der Körperpraktiken und -darstellungen; sie sind nicht minder ein Feld sozialer Zwänge und Zurichtungen als im Islam (vgl. Rommelspacher 2009).

Umso interessanter ist der – nicht nur von *Göle* eingebrachte, sondern beispielsweise auch die feministische, ge-



Die Türen der Sehlik-Moschee in Berlin-Neukölln stehen für Muslime und Nicht-Muslime gleichermaßen offen. Foto: AdB

schlechterwissenschaftliche Literatur durchziehende – Vorschlag, Identitätskategorien und -politiken grundsätzlicher infrage zu stellen und *queer* zu denken. Das heißt nicht, fundamentalistischen Positionierungen naiv zu begegnen; es heißt vielmehr, sich zunächst der eigenen Position in Bezug auf die – als nicht mit der eigenen säkularen Haltung vereinbar erlebte – religiöse Handlung zu vergewissern,

und zwar als einer Person, deren Standort und Denkweise in Zeit und Raum gebunden ist; in diesem Fall meist in einer säkularistischen Perspektive als weiße Person ohne Migrationserfahrung und ohne religiöses Bekenntnis. Und es heißt zweitens zu bedenken, inwiefern sich hinter als fundamentalistisch erlebten Praxen eine Form der Selbstvergewisserung verbirgt, die eine sich als säkular verstehende Gesellschaft nicht ermöglicht. Wie *Nilüfer Göle* (2008, S. 51) erläutert, wird dann über religiöse Praktiken und Zugehörigkeit durchaus jene Verschiedenheit bekräftigt und angeeignet, die die Einwanderungsgesellschaft ohnehin zuschreibt, indem „die islamischen Akteure ihre religiöse Identität durch performative Akte, durch kollektive Rituale entfalten“. Dies richtet sich aber nicht *per se* gegen die säkulare Moderne, sondern vollzieht sich „im pluralistischen Rahmen der europäischen Öffentlichkeiten (...)“. Es schließt allerdings auch nicht die Entwicklung von Heteropien oder islamischen Gegen-Öffentlichkeiten aus. Diese Strömungen sind aber höchst modern, und zwar nicht nur weil sie die technisch-medialen Möglichkeiten „der Moderne“ nutzen, sondern auch deren kognitive Klaviatur bespielen. Genauso wie sich als säkular verstehende Subjekte sind islami(sti)sche Subjekte in politischen Debatten, medial und in ökonomischen Zusammenhängen präsent. *Nilüfer Göle* (ebd.) bezeichnet dies als Ausdruck eines mit subjektiver Emanzipation und Selbstverwirklichung verbundenen Prozesses. Dies schließt – ebenso wie in nicht-religiösen Feldern – die Anwendung von Gewalt ein, etwa in Form der Figur des Märtyrers.

Für die Moderne keineswegs untypisch finden sich also neben kreativen, emanzipatorischen Aneignungen auch zerstörerische Ausdrucksformen. Die Angriffe auf das *World Trade Centre* und das *Pentagon* 2001, oder auch auf die Redaktion des Satire-Magazins *Charlie Hebdo* in Paris sind bekannte Beispiele; sie folgen allerdings nicht der schlichten Logik Religion versus Demokratie. Die Angriffe richteten sich gegen die ökonomische und die militärische Machtlogik des Westens mit ihren geostrategischen Interessen, und im Fall des Satire-Magazins gegen die Informations- und Mediengesellschaft (vgl. Bauman 2015). Die Anschläge von Paris im Dezember 2015, so ließe sich ergänzen, galten u. a. der neo-liberalen Konsumgesellschaft. *Zygmunt Bauman* warnt deshalb eindringlich davor, Radikalisierung und Terror in Europa ursächlich auf islamische Religion zu reduzieren. Eine der größten Enttäuschungen der Demokratie bestehe – nicht nur für Muslime – darin, soziale Ungleichheit nicht hinreichend zu begegnen, mit dem Effekt eines europaweiten Anwachsens →

anti-demokratischer Einstellungen und rechtsnationalistischer Parteien: „Hopes for freedom of self-assertion and for arresting the rise of social inequality, invested in democracy, blatantly failed to realize. Democratic politics, and yet more the trust in democracy as the best road to



Öffentlichkeit wird als Raum politischer Kommunikation zur politischen Öffentlichkeit. Foto: misterQM/photocase.de

the solution of the most haunting social problems, are in crisis. (...) All around Europe we witness a rising tide of anti-democratic sentiment – and a massive ‚secession of plebeians‘ (in their current reincarnation as precarians) to the camps located on the opposite extremes of the political spectrum though promising in unison to replace the already discredited high-mindedness with yet to be tried high-handedness of autocracy.“ (Bauman 2015)

Gegen-Öffentlichkeiten und Heteropien sind also kein ursächlich religiöses, sondern ein allgemeines politisches Problem der Demokratie, die nicht ernsthaft versucht, der neo-liberalen Zerstörung von Gesellschaft etwas entgegenzusetzen. Zu ergänzen wäre, dass es sich auch nicht um ein spezifisch europäisches Problem oder westlicher Demokratien handelt: Weltweit leiden nämlich mehrheitlich Musliminnen und Muslime unter dem Terror eines islamischen Fundamentalismus.

### Religion gehört zur pluralen Demokratie dazu

Für eine plurale Demokratie ist es also fatal, Religion als Ressource der Identitäts- und Sinnstiftung zu ignorieren oder zu marginalisieren. Nicht nur, weil sich am Beispiel des Islamismus die Folgen sozial entwurzelter Formen von Religiosität mehr als deutlich zeigen (vgl. Göle 2008, S. 17). Selbstverständlich stellt Religion eine legitime Quelle im Feld des Meinungspluralismus dar. Hiernach muss sich die säkulare, aber auch die religiöse Seite „auf das Fortbeste-

hen religiöser Gemeinschaften in einer sich fortwährend säkularisierenden Umgebung“ einstellen (Habermas 2001, S. 13). Postsäkularität meint in diesem Sinne auch, offen mit dem von Böckenförde formulierten Dilemma umgehen zu müssen, also nicht in einen säkularistischen Totalitätsanspruch zu verfallen. Dies schließt eine kritische Reflexion diskursiver Repräsentationen „des Islam“ in den europäischen Öffentlichkeiten ein. Mediale Bildsprache und Struktur von Medientexten sind von erschreckender Islamfeindlichkeit durchdrungen, wie Kai Hafez (2014) zeigt, und zwar schon seit den 1980er Jahren. Fremdenfeindliche, rassistische Stereotypen haben weiterhin einen Anker in einer selektiven Wahrnehmung, die spezifische Ereignisse zugunsten der Stärkung des eigenen Selbstverständnisses – gegen andere Identitäten – ausblendet oder marginalisiert. Dass Europa seine Identität anlässlich der Anschläge von Paris geradezu feiert, während sie im Zusammenhang der sogenannten Griechenland- und der vorausgegangenen weltweiten Bankenkrise schonungslos zum Gegenstand liberaler Kuhhändler gemacht wurde, befremdet; es befremdet nicht weniger als das Gedenken „in eigener Sache“, während Massengräber im Irak, der Doppelanschlag in Beirut im November 2015 oder die Angriffe der Türkei auf die Kurden Nachrichten unter vielen bleiben.

Wir könnten mit einem größeren gesellschaftlichen Respekt vor religiösen Sichtweisen beginnen, wie Habermas vorgeschlagen hat. Es steht einer säkularisierten Gesellschaft nicht nur gut zu Gesicht, sondern ist ein Ausdruck instrumenteller Vernunft, „von der Religion Abstand [zu] halten, ohne sich deren Perspektive zu verschließen“ (Habermas 2001, S. 14), ob im Fall der Gentechnik oder im Umgang mit geflüchteten und gläubigen Menschen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2016

### Zur Autorin



Dr. Heidmarie Winkel ist Professorin für Soziologie an der Universität Bielefeld. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen u. a. im Bereich Religions- und Geschlechtersoziologie. Sie hat z. B. zu (religiösen) Geschlechterverhältnissen im arabischen Gesellschaftskontext und zu weltweiten religiösen Frauenbewegungen gearbeitet. Ein weiteres Forschungsinteresse richtet sich auf trans- und interkulturelle Kommunikation.

heidmarie.winkel@uni-bielefeld.de

Die in diesem Beitrag verwandte geschlechtersensible, inklusive Schreibweise weicht auf Wunsch der Autorin von den in dieser Zeitschrift üblichen Regeln ab.

## Literatur

**Bauman, Zygmunt (2015):** The Charlie Hebdo Attack and What It Reveals About Society. In: Social Europe, [www.socialeurope.eu/2015/01/charlie-hebdo/](http://www.socialeurope.eu/2015/01/charlie-hebdo/) (Zugriff: 02.01.2016)

**BAMF – Bundesamt für Migration und Flucht (Hrsg.) (2009):** Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz; verfasst von Sonja Haug, Stephanie Müssig und Anja Stichs. Nürnberg: BAMF

**Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1991):** Recht, Staat, Freiheit. Erweiterte Ausgabe. Frankfurt am Main: Suhrkamp

**Casanova, José (2004):** Der Ort der Religion im säkularen Europa. In: Eurozine; [www.eurozine.com/articles/2004-07-29-casanova-de.html](http://www.eurozine.com/articles/2004-07-29-casanova-de.html) (Zugriff: 02.01.2016)

**Eisenstadt, Shmuel N. (2004):** Die Öffentlichkeit in muslimischen Gesellschaften. In: Göle, Nilüfer / Ammann, Ludwig (Hrsg.): Islam in Sicht. Der Auftritt von Muslimen im öffentlichen Raum. Bielefeld: transcript, S. 311–325

**Göle, Nilüfer (2004):** Die sichtbare Präsenz des Islam und die Grenzen der Öffentlichkeit. In: Dies./Ammann, Ludwig (Hrsg.): Islam in Sicht. Der Auftritt von Muslimen im öffentlichen Raum. Bielefeld: transcript, S. 11–44

**Göle, Nilüfer (2008):** Anverwandlungen. Der Islam in Europa zwischen Kopftuchverbot und Extremismus. Berlin: Klaus Wagenbach

**Graf, Friedrich Wilhelm (2004):** Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur. München: C.H.Beck

**Habermas, Jürgen (1962):** Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied: Luchterhand

**Habermas, Jürgen (2001):** Dankesrede. Glauben und Wissen. Anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2001. Frankfurt am Main: Börsenverein des Deutschen Buchhandels; [www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/.../2001\\_habermas.pdf](http://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/.../2001_habermas.pdf) (Zugriff: 02.01.2016)

**Habermas, Jürgen (2008):** Die Dialektik der Säkularisierung. In: Eurozine, [www.eurozine.com/articles/2008-04-15-habermas-de.html](http://www.eurozine.com/articles/2008-04-15-habermas-de.html) (Zugriff: 02.01.2016)

**Hafez, Kai (2014):** Islamfeindlichkeit in den Medien: Alter Rassismus im neuen Gewand? Vortragsmanuskript zur Tagung: Antimuslimischer Rassismus – eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Organisiert vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen am 22.10.2014, Köln

**Irlenborn, Bernd (2008):** Religiöser Glaube und öffentliche Vernunft. Zur Bedeutung des Christentums bei Jürgen Habermas. In: Freiburger Zeitschrift für Philosophie und Theologie 55, S. 334–344

**Kaufmann, Franz-Xaver (2000):** Kirchenkrise. Wie überlebt das Christentum? Freiburg: Herder

**Kermani, Navid (2015):** Über die Grenzen – Jacques Mourad und die Liebe in Syrien. Dankesrede. Anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2015. Frankfurt am Main: Börsenverein des Deutschen Buchhandels; [www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/819312/](http://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/819312/) (Zugriff: 02.01.2016)

**Krech, Volkhard (2003):** Götterdämmerung. Auf der Suche nach Religion. Bielefeld: transcript

**Minkenbergh, Michael / Willems, Ulrich (2002):** Neuere Entwicklungen im Verhältnis von Politik und Religion im Spiegel politikwissenschaftlicher Debatten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 42–43, S. 6–14

**Pickel, Gert (2013):** Die Situation der Religion in Deutschland – Rückkehr des Religiösen oder voranschreitende Säkularisierung? In: Ders./ Hidalgo, Oliver (Hrsg.): Religion und Politik im vereinigten Deutschland. Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen? Wiesbaden: Springer VS

**Riesebrodt, Martin (2001):** Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der „Kampf der Kulturen“. München: C.H.Beck (2. Auflage)

**Rommelspacher, Birgit (2009):** Die Emanzipation der muslimischen Frau. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 5/2009, S. 34–38

**Schloemann, Johan (2015):** Warum Kermanis Aufforderung zum Gebet ein unerträglicher Übergriff war. In: Süddeutsche Zeitung vom 20. Oktober 2015; [www.sueddeutsche.de/kultur/oeffentliches-beten-so-geh-in-dein-kaemmerlein-1.2699166](http://www.sueddeutsche.de/kultur/oeffentliches-beten-so-geh-in-dein-kaemmerlein-1.2699166) (Zugriff: 28.12.2015)

# Von postmigrantisch zu postmuslimisch

## Ausgrenzende Narrative und institutionelle Imprägnierung als Abwehr gegenüber religiöser Vielfalt am Beispiel des Islams<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Für wertvolle Hinweise und Anregungen danke ich Uta Beigang, Dorina Kalkum, Martin Reinköster, Hannah Seidl und Katja Wegmann.

**Auseinandersetzungen über Deutschsein im Einwanderungsland werden in Deutschland vor allem anhand der Kategorie „Muslim“ geführt. Diese in der Folge postmigrantischer Auseinandersetzungen entstandenen Konflikte lassen sich daher in Anlehnung an Naika Foroutans Konzept des „Postmigrantischen“ als postmuslimische Auseinandersetzungen bezeichnen. Auch wenn es vordergründig um religionspolitische Themen geht, steht doch immer wieder die Frage von Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit im Fokus der Debatten. Neben ausschließenden Narrativen stellt dabei die Orientierung des deutschen Rechts auf die christlichen Kirchen eine Herausforderung dar.** von Steffen Beigang

### Religiöse Pluralität in Deutschland

Das Verhältnis von Staat und Religion in Demokratien kann sehr unterschiedlich sein. Während Frankreich ein System weitgehender Trennung, die sogenannte *laïcité*, praktiziert, verfügt Großbritannien formal über eine Staatskirche (für eine Übersicht: Brugger 2007). Deutschland geht einen Mittelweg, wobei Staat und Religion grundsätzlich zwar getrennt sind, aber in vielfältiger Weise miteinander kooperieren (ausführlich: Mückl 2009). Doch so unterschiedlich die Ausgestaltung des institutionellen Arrangements in westlichen Demokratien auch aussieht, die Garantie der Religionsfreiheit ist eines ihrer Wesensmerkmale. Wenn Bürger/-innen diese Freiheit nutzen und aus der Vielfalt der Bekenntnisse den für sie passenden Glauben finden und formen, so ist religiöse Vielfalt unter der Bedingung der Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit von Menschen keine Besonderheit, sondern stellt Normalität dar.

Wie viele Religionen diese religiöse Vielfalt umfasst, ist in erster Linie eine empirische Frage. Bedenkt man die Entstehungsgeschichte der Religionsfreiheit in Deutschland im Kontext der Religionskriege und des Westfälischen Friedens im 17. Jahrhundert, so bedeutete Religi-

onsfreiheit und religiöse Pluralität hier in erster Linie das Zusammenleben von katholischen, reformierten und lutherischen Christen unter einem Landesherren (vgl. Campenhausen 2009, S. 600 ff.). Doch selbst dieses Bild greift zu kurz, berücksichtigt es doch nicht den jüdischen Bevölkerungsanteil.

Auslöser der religiösen Diversität der Gegenwart ist vor allem die Globalisierung: Zum einen durch Zirkulation von Wissen über andere Religionen und eine davon ausgehende Anziehungskraft, die zu Konversionen geführt hat, zum anderen in quantitativ ungleich bedeutenderem Ausmaß durch Migrationsbewegungen. Von besonderer Bedeutung für die religiöse Pluralisierung ist hierbei die Einwanderung von Muslimen und Aleviten durch die Anwerbung türkischer Arbeitskräfte ab den 1960er Jahren sowie durch Fluchtbewegungen aus muslimisch geprägten Ländern. Doch wie die baulichen Zeugnisse der Wilmersdorfer Moschee in Berlin eindrucksvoll belegen, herrschte bereits in den 1920er Jahren ein aktives muslimisches Leben in Deutschland – auch wenn der muslimische Bevölkerungsanteil damals deutlich geringer gewesen ist. Diese Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland ist jedoch nicht narrativ verankert und wird



daher öffentlich kaum wahrgenommen (vgl. Spielhaus 2013, S. 169 f.).<sup>2</sup>

Aktuell sind Musliminnen und Muslime<sup>3</sup> nach den katholischen und evangelischen Christen die größte religiöse Gruppe in Deutschland. Über den muslimischen und alevitischen Bevölkerungsanteil gibt es allerdings lediglich Schätzungen. Die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ schätzt die Zahl zwischen 3,78 und 4,34 Millionen, wovon 45 % die deutsche Staatsangehörigkeit haben (vgl. Haug u. a. 2009, S. 80; 82).<sup>4</sup> Religiöse Vielfalt der Gegenwart muss jedoch noch deutlich weiter gefasst werden: Betrachtet man die Religionsgemeinschaften mit einem Körperschaftsstatus, so zeigt sich bereits innerhalb des Christentums eine enorme Differenzierung, etwa mit der Alt-Katholischen Kirche, der Neuapostolischen Kirchen, den Zeugen Jehovas u. v. m. Doch auch buddhistische, hinduistische, jesidische und andere Gemeinschaften tragen zur religiösen Vielfalt in Deutschland bei.

Ziel des Beitrags ist es zu erörtern, welche Auswirkungen die Debatten um religiöse Vielfalt, welche sich vor allem als Diskurse um den Islam erweisen, auf die politische und kulturelle Identität Deutschlands haben. Dafür soll zunächst betrachtet werden, was eigentlich hinter den Diskursen über den Islam steckt. Davon ausgehend wird diskutiert, inwieweit Konstruktionen nationaler und kultureller Identität zur Abwehr des Islams dienen.

### Muslimisierung des Integrationsdiskurses

Debatten unter dem Leitmotiv „Religiöse Pluralisierung“ zeigen bei genauerem Hinsehen häufig eine Fokussierung auf den Islam. *Riem Spielhaus* (2006; 2013) weist darauf hin, dass die gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurse lange anhand von Kategorien wie „Gastarbeiter“, „Ausländer“ und „Türken“ geführt wurden. Erst mit Beginn der 2000er Jahre sei die Kategorie „Muslim“ relevant geworden. Ursächlich dafür sei, dass sich diese Kategorien als überholt erwiesen, seit durch die Änderung des Staats-

2 Für eine Darstellung ausgewählter Versuche einer narrativen Verankerung vgl. Wokoeck 2009.

3 Dieser Artikel untersucht die Perspektive der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft, die die Binnendifferenzierung des Islams kaum wahrnimmt. Wenn im Folgenden von dem Islam oder den Musliminnen und Muslimen gesprochen wird, dann in Kenntnis dieser Vielfalt, die im Kontext des Artikels jedoch nicht relevant ist.

4 Genau genommen wollen Haug u. a. damit nicht die Gesamtzahl aller Musliminnen und Muslime schätzen, sondern lediglich jene, die eine Staatsbürgerschaft oder einen Migrationshintergrund eines der von ihnen betrachteten 50 Herkunftsländer haben.

bürgerschaftsrechts viele der Migrantinnen und Migranten die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Spätestens mit den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001 habe sich dann in Deutschland die Kategorie „Muslim“ als eine wichtige Distinktionslinie durchgesetzt.

Zeitlich fällt dies zusammen mit dem Beginn dessen, was *Naika Foroutan* (2016) eine postmigrantische Gesellschaft nennt. Als Ausgangspunkt nimmt *Foroutan* hierfür die politische Anerkennung, ein Einwanderungsland zu sein, wie sie das Schlussdokument der *Süssmuth-Kommission* feststellt. In der Folge würden Aushandlungen um Rechte, Positionen und Selbstverständnisse eine neue Dimension annehmen: Einerseits haben Forderungen nach Gleichstellung ein neuartiges diskursives Fundament, andererseits kommt es zu einer Polarisierung der Positionierungen und zu neuen Allianzen. Postmigrantisch ist dabei das Verschwimmen der Trennlinie zwischen Migranten und Nichtmigranten in den gesellschaftlichen Aushandlungen, wobei die thematische Orientierung an Migrantinnen und Migranten Omnipräsenz gewinnt.<sup>5</sup>

Tatsächlich sind die postmigrantischen Auseinandersetzungen geprägt von Debatten um den Islam in Deutschland. Dabei geht es teilweise direkt um religionspolitische Fragestellungen, etwa um Kopftücher muslimischer Lehrerinnen oder um die religiös begründete Beschneidung von Jungen. Daneben treten jedoch auch Fragen auf, die eher den Bereich gesellschaftlicher Integration betreffen und keinen direkten Religionsbezug haben: So werden Diskussionen um Werte, um Gewalt und Straftaten sowie um Integration etwa in den Arbeitsmarkt häufig mit Blick auf Muslime geführt, obwohl Konflikte in diesen Bereichen ebenso in der nichtmuslimischen deutschen Bevölkerung wie auch bei nichtmuslimischen Ausländerinnen und Ausländern auftreten. Muslime werden dabei nicht als ein gleichberechtigter Teil der deutschen Gesellschaft begriffen, sondern als Gruppe, die es zu integrieren – oder besser noch: zu assimilieren – gilt.

Wie wenig „muslimisch“ folglich in diesem Diskurs eine religiöse Kategorie darstellt, zeigt sich eindrucksvoll an der Deutschen Islamkonferenz, eines vom Bundesinnenministerium organisierten Austauschtreffens zwischen staatlichen Gremien und muslimischen Vertretern. Ergänzt werden die muslimischen Verbände hier jedoch um „nicht →

5 Damit liegt der analytische Fokus des Konzepts auf postmigrantischen Aushandlungen, in der Folge könnte der Begriff der postmigrantischen Gesellschaft den normativen Bestandteilen vorbehalten bleiben.

religiöse Muslime“ (Schäuble 2006, S. 5150).<sup>6</sup> *Mounir Azaoui* interpretiert dies als „den Versuch von staatlicher Seite, Religion zu ethnisieren“ (2011, S. 261).

Muslimische Religion wird in der postmigrantischen Gesellschaft weniger als religiöse Zugehörigkeit denn vielmehr als Proxy für eine als problematisch angesehene gesellschaftliche Gruppe verwendet. Die Kategorie „muslimisch“ fungiert als eine Kennzeichnung des Anderen und ersetzt Kategorien wie „Ausländer“ oder „Türke“, die sich mit einem veränderten Staatsbürgerschaftsrecht als faktisch überholt erweisen. Was folgt, ist die Gegenüberstellung von „guten Migranten“ – also jenen, die als westlich gelesen werden und mit denen in der öffentlichen Wahrnehmung keine Probleme verbunden werden – und jenen, die als muslimisch gesehen werden. Dabei folgt die Wahrnehmung als muslimisch – erkennbar rassistisch (vgl. Shooman 2014, S. 65 ff.) – an phänotypischen Eigenschaften, mit dem Effekt, dass auch viele Menschen als muslimisch gelesen werden, die eigentlich christlich, atheistisch, hinduistisch sind oder eine andere religiöse Verwurzelung haben.

Nimmt man das Konzept des Postmigrantischen ernst, so stellt sich die Frage, ob man in dessen Fortentwicklung nicht zum Ergebnis kommen muss, gegenwärtige Debatten haben sich vom Migrantischen dem Muslimischen zugewandt. Auch hier gibt es den Moment der Anerkennung, wie er in der Aussage, der Islam sei Teil Deutschlands, zu finden ist. Diese Feststellung wurde bereits 2006 vom Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* anlässlich der ersten Deutschen Islamkonferenz getroffen (vgl. Schäuble 2006, S. 5149) und später von Bundespräsident *Christian Wulff* und Bundeskanzlerin *Angela Merkel* prominent aufgegriffen. Auch die weiteren von *Foroutan* (2016) genannten Punkte lassen sich anwenden: In der Folge der Anerkennung kam es zu langwierigen und schwierigen Aushandlungen, die bereits erste Lösungen hervorgebracht haben. Beispiele sind hier die Fortschritte beim islamischen Religionsunterricht, Staatskirchenverträge mit muslimischen Verbänden oder dem Friedhofsrecht. Ambivalenzen haben diese Debatten geprägt: So ist den beteiligten Akteuren bewusst, dass das bestehende Staatskirchenrecht nur aufrecht zu erhalten ist, wenn es gelingt, auch den Islam darin zu integrieren (so etwa *Müçk* 2009, S. 788), und dass die Gleichbehandlung der Religionen eine demokratische

<sup>6</sup> In der ersten Phase wurden etwa die erklärte Islamkritikerin *Necla Kelek* eingeladen, in der zweiten und dritten Phase die Türkische Gemeinde in Deutschland.

Notwendigkeit darstellt. Gleichzeitig bestehen in der Gesellschaft Ängste angesichts von Attentaten, bei denen sich die Täter auf den Islam berufen, aber auch vor einer gefühlten „Überfremdung“ und der Erosion bestehender Werte. Die Debatten um Zugehörigkeit und Regeln des Miteinanders werden hitzig geführt, wobei es analog zu postmigrantischen zu postmuslimischen Allianzen kommt, die sich nicht durch subjektive Bezüge, sondern politisch-gesellschaftliche Haltungen definieren.

### Abwehr von Musliminnen und Muslimen als Verneinen von Zugehörigkeit

Im Kern postmuslimischer Auseinandersetzungen steht die Frage der Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit. In der Studie „Deutschland Postmigrantisch“ (*Foroutan* u. a. 2014)<sup>7</sup> wurde danach gefragt, wie wichtig einzelne Kriterien seien, um deutsch zu sein.<sup>8</sup> Deutsch sprechen zu können und die deutsche Staatsbürgerschaft zu besitzen wurden dabei von einer deutlichen Mehrheit als wichtig oder sehr wichtig benannt. Doch halten es auch 37,8% für wichtig, auf das Kopftuch zu verzichten (*Foroutan* u. a. 2014, S. 25 ff.). Diese wahrgenommene Unvereinbarkeit der Kategorien „deutsch“ und „muslimisch“ konnte noch an einer weiteren Stelle in der Studie aufgezeigt werden: Nach der Einschätzung dreier Items („Muslime sind aggressiver als wir.“, „Muslimische Eltern sind genauso bildungsorientiert wie wir.“, „Wir sollten Muslimen mehr Anerkennung entgegenbringen.“), in denen der Kategorie „Muslim“ ein inkludierendes „wir“ gegenübergestellt wurde, wurden die nichtmuslimischen Befragten gebeten, zu sagen, an wen sie bei dem „wir“ gedacht hätten. Im Kern zeigt sich, dass ca. 40% der Befragten eine Komplementärkategorie mit „deutsch“ gebildet haben (ebd., S. 32).<sup>9</sup> Offenbar ist die Gegenüberstellung von „deutsch“ und „muslimisch“ inzwischen tief verwurzelt und konnte im Rahmen der Studie schnell aktiviert und reproduziert werden.

Diese Wahrnehmung, die bei vielen Befragten verankert ist, bildet zugleich einen Rahmen für rechtspopulistische

<sup>7</sup> Für die Studie wurden insgesamt 8.270 Menschen Anfang 2014 telefonisch befragt. Es handelt sich um eine Dual-Frame-Stichprobe mit zufällig gezogenen Nummern und Last-Birthday-Verfahren. Bei den im Folgenden genannten Ergebnissen handelt es sich um gewichtete Daten (vgl. *Beigang* u. a. 2014).

<sup>8</sup> Aufgrund eines Fragebogensplits erhielten nur 4.205 Personen diese Fragen. Verwendet wurde eine vierstufige Likert-Skala.

<sup>9</sup> Weiterhin genannt wurden etwa das persönliche Nahumfeld oder die eigene Person, nur sehr selten wurde dagegen auf Komplementärkategorien wie Nichtmuslime oder Christen Bezug genommen.

Demonstrationen wie PEGIDA u. a. Auch hier werden Musliminnen und Muslime aus der nationalen Identität herausdefiniert und als Fremdkörper wahrgenommen. Dabei wird ihnen zugleich vorgeworfen, die Gesellschaft fundamental umgestalten zu wollen. Indem bei diesem als Islamisierung bezeichneten Zerrbild sämtliche kulturellen und politischen Unterschiede zwischen Deutschland und islamischen Staaten wie Iran oder Saudi-Arabien auf den Islam zurückgeführt werden, wird der Islam agitatorisch aus dem Kanon des religiösen Pluralismus in Deutschland ausgebürgert. Doch mit der so entstandenen Outgroup konstruiert die Bewegung sich nicht nur ein Feindbild, gleichzeitig wird auch die eigene Identität neu erfunden: Das christliche Abendland, welches gelegentlich um das Attribut „jüdisch“ ergänzt wird (vgl. Bax 2015, S. 37 ff.). Diese rhetorische Hülse zeigt vor allem, wer nicht dazu gehört: Der Islam.

Doch nicht nur im Rahmen politischer Kampagnen findet eine solche Ausgrenzung statt, vielmehr stellt sie den Nährboden für vielfältige Diskriminierungen dar, die Muslime erleben (vgl. Néve 2013, S. 204 ff.). Diese ge-

## Im Kern postmuslimischer Auseinandersetzungen steht die Frage der Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit.

hen nicht nur von einzelnen Individuen aus, sondern können auch in Gesetzen enthalten sein. So haben viele Länder versucht, nach dem ersten Kopftuchurteil des Bundesverfassungsgerichts (2003) muslimischen Lehrerinnen das Tragen von Kopftüchern gesetzlich zu untersagen. Zur Umsetzung war jedoch ein generelles Verbot des Tragens religiöser Symbole und Kleidungsstücke für Lehrer/-innen notwendig. Um zu verhindern, dass es auch christliche Lehrer/-innen trifft, fügten einige Länder Ausnahmen ein: In Nordrhein-Westfalen hieß es etwa „Die Wahrnehmung des Erziehungsauftrags nach Artikel 7 und 12 Abs. 6 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die entsprechende Darstellung christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte oder Traditionen widerspricht nicht dem Verhaltensgebot nach Satz 1.“ (§ 57 Abs. 4 Satz 3 SchulG NRW a. F.) Dieser Satz wurde vom Bundesverfassungsgericht 2015 als mit den Diskriminierungsverboten des Grundgesetzes „unvereinbar und nich-

tig“ (BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 27. Januar 2015, 1 BvR 471/10) eingestuft.

An dieser Formulierung des nordrhein-westfälischen Schulgesetzes lässt sich Folgendes aufzeigen: Erstens wird deutlich, dass die Wahrnehmung des Islams als etwas Fremdes, was es abzuwehren gilt, weit in die Gesellschaft und Politik vorgedrungen ist. Dafür wird in Kauf genommen, die Neutralität des Staates einzuschränken, indem die Identifikation von Lehrerinnen und Lehrern mit der einen Religion erlaubt, mit allen anderen aber verboten wird.



Die Installation „Zusammenkommen, auseinandersetzen, gemeinsam weitergehen“ auf der Tempelhofer Freiheit in Berlin ist eine permanente Einladung zum Gespräch. Foto: Treffpunkt Religion und Gesellschaft e. V.; [www.religion-gesellschaft.de](http://www.religion-gesellschaft.de)

Betrachtet man die dazugehörigen Debatten, wird auch klar, dass die Stoßrichtung vor allem gegen den Islam gerichtet ist. Zweitens wird eine sehr starke Orientierung am Christentum sichtbar. Diese ist sowohl normativer Natur, wenn christliche Symbole etwa explizit als Ausnahme zugelassen werden, als auch historischer Natur, wenn auf den Verfassungstext verwiesen wird. So heißt es dort etwa für die Gemeinschaftsschulen, dass dort die „Kinder auf der Grundlage christlicher Bildungs- und Kulturwerte in Offenheit für die christlichen Bekenntnisse und für andere religiöse und weltanschauliche Überzeugungen gemeinsam unterrichtet und erzogen“ werden (Art. 12 Abs. 3 Satz. 1 LVerf NRW). Was hier zum Vorschein kommt, ist ein Verständnis religiöser Pluralität, welches sich vor allem an den christlichen Konfessionen orientiert. Was im historischen Kontext verständlich erscheint, wirkt sich in der Gegenwart verengend aus. Das in der Verfassung angelegte nicht gleichberechtigte Mitdenken nichtchristlicher Religionen diente im Fall des Gesetzes zum Kopftuchverbot als normativer Bezugspunkt und Rechtfertigung für deren Diskriminierung. →



Diese historisch verwurzelten Orientierungen finden sich im Staatskirchenrecht an verschiedenen Stellen (vgl. Muckel 2010), so etwa bei der Frage, welche Voraussetzungen eine Religionsgemeinschaft erfüllen muss, die gemäß Art. 7 Abs. 3 GG Religionsunterricht anbieten will (vgl. hierzu etwa Schäuble 2009; Wall 2013). Ein Grundproblem ist dabei die andere Organisation des Islams; im Gegensatz zu den christlichen Kirchen kennen die Muslime keine formale Mitgliedschaftsstruktur innerhalb ihrer Religion. Die Bildung religiöser Verbände, in denen verschiedene Moscheevereine zusammengeschlossen sind, stellt hierbei bereits eine von den Musliminnen und Muslimen erbrachte Anpassungsleistung dar. Die Möglichkeit der Anerkennung solcher Dachverbände war lange umstritten und musste erst gerichtlich durchgesetzt werden. Doch auch innerhalb der Verbände ist es schwer, die Mitgliedschaft zu benennen, da in vielen Moscheevereinen nur eine Person aus der Familie Mitglied ist, aber die gesamte Familie die Angebote nutzt. Dadurch fällt es den jeweiligen staatlichen Institutionen schwer, die potentielle Reichweite eines Religionsunterrichts zu bestimmen. Da viele der Verbände nicht entlang religiöser Strömungen innerhalb des Islams orientiert sind, stehen sie auch miteinander im Wettbewerb. So fehlte es den Ländern lange an einheitlichen Ansprechpartnern, die analog zu den christlichen Kirchen als religiöser Partner für einen islamischen Religionsunterricht dienen können (vgl. Azzaoui 2011, S. 255 ff.). Erst in den letzten Jahren gab es hier deutliche Fortschritte mit der Anerkennung zweier Verbände in Hessen als Religionsgemeinschaft im Sinne des Art. 7 Abs. 3 GG und der Gründung von Beiräten in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die die dortigen Unterrichtsformen jeweils begleiten.

### Fazit

Die postmuslimischen Auseinandersetzungen der Gegenwart bilden den wichtigsten Bestandteil des Diskurses zu religiöser Pluralität in Deutschland. Hinter den religionspolitischen Fragen, die dabei diskutiert werden, stehen vielfach Fragen der Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit. Hier drückt sich die fehlende narrative Verankerung muslimischen Lebens in Deutschland aus. Die Entdeckung des muslimischen Lebens in Deutschland erfolgte aus dem Blick auf Gastarbeiter/-innen, Ausländer/-innen und Türkinnen und Türken heraus. In dieser narrativen Traditionslinie besteht eine Gegenüberstellung zwischen „deutsch“ und „muslimisch“ trotz veränderter Realität fort. Noch weitergehend wird mit der Konstruktion des christlich-(jüdischen)

Abendlandes ein Eigenbild kreiert, dessen vordringliches Ziel die Abgrenzung zum „Morgenland“ und damit zum Islam und den Musliminnen und Muslimen ist. Dass die religionspolitischen Fragen rund um den Islam in Deutschland immer wieder mit Zugehörigkeitsdebatten verknüpft sind, liegt darüber hinaus auch in der tiefen Verankerung von christlichen Inhalten und Strukturen in deutschen Institutionen bis hin zu Gesetzen. Formulierungen im Grundgesetz und in den Landesverfassungen sind Kinder ihrer Zeit und des damaligen Verständnisses von religiöser Pluralität. Formale Offenheit darf dabei nicht darüber hinwegtäuschen, dass Konzepte, Begrifflichkeiten und Anforderungen sich vorwiegend an den christlichen Kirchen orientieren.

Inwieweit diese Befunde zu den postmuslimischen Debatten auf Anerkennungskonflikte bezüglich anderer Religionen übertragbar sind, muss an dieser Stelle offen bleiben. Doch zumindest manches Grundsätzliche verdient Beachtung:

1. Das religionspolitische Feld ist kein unbeschriebenes Blatt, es hat eine Geschichte, in der es entstanden ist und sich entwickelt hat. Bestehende Institutionen kritisch bezüglich Notwendigkeit und Veränderlichkeit unter anderen Anforderungen zu hinterfragen, ist notwendig, sollen Religionen, die anders sind, integriert werden.
2. Eine Religion ist nicht mehr und nicht weniger als eine Religion. So banal und tautologisch diese Feststellung ist, so elementar ist sie doch. Eine Religionszugehörigkeit lässt sich weder an phänotypischen Merkmalen ablesen noch sind alle Migranten Muslime oder alle Muslime Migranten. Vorsicht ist auch dann geboten, wenn Religionszugehörigkeit zum Synonym für Probleme einer Gesellschaft wird: Sexismus, Antisemitismus, Gewalt und Armut sind Probleme, die sowohl bei Christen, Muslimen, Atheisten als auch allen anderen auftreten. Die Probleme allein bei den anderen zu verorten, stellt damit keine Lösung dar. Nicht alles, was also unter dem Begriff Religion diskutiert wird, gehört auch dorthin.
3. Narrative erfüllen die wichtige Aufgabe, Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit herzustellen. Wichtig ist dabei sowohl der Inhalt des Narrativs als auch, wie er erzählt wird. Ist „deutsch“ als Gegenbegriff zu einer Religionsbezeichnung im Narrativ verankert, so formt dies den latenten Bedeutungsinhalt einer Unvereinbarkeit.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2016

## Zum Autor



**Steffen Beigang** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) und am Lehrbereich Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland an der Humboldt Universität zu Berlin. Forschungsschwerpunkte u. a.: Entwicklung des Staatskirchenrechtes in Deutschland (insbesondere die Einführung des islamischen Religionsunterrichts), Erinnerungspolitik und Antidiskriminierungspolitik. Er ist Mitautor der Studie „Deutschland Postmigrantisch“.

steffen.beigang@sowi.hu-berlin.de

## Literatur

**Azzaoui, Mounir (2011):** Muslimische Gemeinschaften in Deutschland zwischen Religionspolitik und Religionsverfassungsrecht – Schieflagen und Perspektiven. In: Meyer, Hendrik / Schubert, Klaus (Hrsg.): Politik und Islam. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 247–276

**Bax, Daniel (2015):** Angst ums Abendland. Warum wir uns nicht vor Muslimen, sondern vor den Islamfeinden fürchten sollten. Frankfurt am Main: Westend

**Beigang, Steffen / Kalkum, Dorina / Schrenker, Markus (2014):** Methodenbericht zur Studie „Deutschland postmigrantisch“. Zentrum für empirische Sozialforschung; Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin; <https://junitied.hu-berlin.de/Forschung/repraesentativbefragung/methodenbericht> (Zugriff: 20.01.2016)

**Brugger, Winfried (2007):** Von Feindschaft über Anerkennung zur Identifikation. Staat-Kirche-Modelle und ihr Verhältnis zur Religionsfreiheit. In: Joas, Hans / Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Säkularisierung und die Weltreligionen. Frankfurt am Main: Fischer, S. 253–283 (2. Auflage)

**Campenhause, Axel von (2009):** Religionsfreiheit. In: Isensee, Josef / Kirchhof, Paul (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Band VII: Freiheitsrechte. Heidelberg: C.F. Müller, S. 597–662 (3. Auflage)

**Foroutan, Naika (2016):** Postmigrantische Gesellschaften. In: Brinkmann, Heinz Ulrich / Sauer, Martina (Hrsg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration. Wiesbaden: Springer (im Erscheinen)

**Foroutan, Naika / Canan, Coskun / Arnold, Sina / Schwarze, Benjamin / Beigang, Steffen / Kalkum, Dorina (2014):** Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität. Erste Ergebnisse. BIM – Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung; Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin; <https://junitied.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch-1/> (Zugriff: 10.01.2016)

**Haug, Sonja / Müssig, Stephanie / Stichs, Anja (2009):** Muslimisches Leben in Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Deutsche Islamkonferenz. Nürnberg (Forschungsbericht, 6); [www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/566008/](http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/566008/)

publicationFile/31710/vollversion\_studie\_muslim\_leben\_deutschland\_.pdf (Zugriff: 20.01.2016)

**Muckel, Stefan (2010):** Zur christlich-abendländischen Tradition als Problem für den Islam in deutschen Verfassungen und Gesetzen. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik schwimmen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 253–271 (2., aktualisierte und erweiterte Auflage)

**Mückl, Stefan (2009):** Grundlagen des Staatskirchenrechts. In: Isensee, Josef / Kirchhof, Paul (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Band VII: Freiheitsrechte. 3. Aufl. Heidelberg: C.F. Müller, S. 711–789

**Nève, Dorothée de (2013):** Islamophobie in Deutschland und Europa. In: Pickel, Gert / Hidalgo, Oliver (Hrsg.): Religion und Politik im vereinigten Deutschland. Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen? Wiesbaden: Springer VS, S. 195–220

**Schäuble, Wolfgang (2006):** Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 16/54

**Schäuble, Wolfgang (2009):** Islamischer Religionsunterricht auf der Grundlage des deutschen Religionsverfassungsrechts. In: Herdegen, Matthias / Klein, Hans Hugo / Papier, Hans-Jürgen / Scholz, Rupert (Hrsg.): Staatsrecht und Politik. Festschrift für Roman Herzog zum 75. Geburtstag. München: C.H. Beck, S. 435–449

**Shooman, Yasemin (2014):** „... weil ihre Kultur so ist“. Narrative des antimuslimischen Rassismus. Bielefeld: transcript

**Spielhaus, Riem (2006):** Religion und Identität. Vom deutschen Versuch, „Ausländer“ zu „Muslimen“ zu machen. In: Internationale Politik (3), S. 28–36

**Spielhaus, Riem (2013):** Vom Migranten zum Muslim und wieder zurück. Die Vermengung von Integrations- und Islamthemen in Medien, Politik und Forschung. In: Halm, Dirk / Meyer, Hendrik (Hrsg.): Islam und die deutsche Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 169–194

**Wall, Heinrich de (2013):** Der Begriff der Religionsgemeinschaft im Deutschen Religionsverfassungsrecht – aktuelle Probleme. In: Rees, Wilhelm / Roca, María J. / Schanda, Balázs (Hrsg.): Neuere Entwicklungen im Religionsrecht europäischer Staaten. Berlin: Duncker & Humblot, S. 789–811

**Wokoek, Ursula (2009):** Wie lässt sich die Geschichte der Muslime in Deutschland vor 1945 erzählen? In: Brunner, José / Lavi, Shai (Hrsg.): Juden und Muslime in Deutschland. Recht, Religion, Identität. Göttingen: Wallstein, S. 122–144

# Attraktivität des extremistischen Salafismus

## Den Extremismus entzaubern

**Violence Prevention Network ist ein Verbund erfahrener Fachkräfte, die seit Jahren mit Erfolg in der Extremismusprävention sowie der Deradikalisierung extremistisch motivierter Gewalttäter tätig sind. In diesem Beitrag werden die Merkmale des religiös begründeten politischen Extremismus beschrieben und werden Radikalisierungsverläufe junger Menschen in den Blick genommen. Zudem wird die Arbeitsweise des Violence Prevention Network vorgestellt.** von Thomas Mücke

Viele junge Menschen – ob männlich oder weiblich, mit oder ohne Migrationsgeschichte – sind fasziniert von salafistischen Predigern und Botschaften. Sie unterwerfen sich ohne Nachzudenken rigiden Normen und lehnen Demokratie und Aufklärung ab.

Jugendliche können in Krisensituationen durch die Anhäufung individueller Probleme oder einfach nur auf ihrer Suche nach Orientierung anfällig sein gegenüber den Einflüssen extremistischer Szenen. Sie sind besonders dann anfällig für extremistische Manipulationen, wenn sie wenig Wissen über den Islam haben und die extremistische Szene scheinbar ihre emotionalen Bedürfnisse befriedigt. Dabei nutzt der extremistische Salafismus die religiöse Sprache als manipulatives Machtinstrument, verleugnet aber gleichzeitig jegliche religiöse Wertigkeit. Für die Pädagogik stellen sich dabei folgende Herausforderungen:

- Wie können junge Menschen erreicht werden, die sich von der extremistischen Szene angesprochen fühlen?
- Welche Möglichkeiten einer Ausstiegsarbeit haben sich in der Praxis gezeigt?
- Welche präventiven Bildungsangebote sind denkbar,

um den Extremismus zu entzaubern und junge Menschen gegen Extremismus zu stärken?

In der politischen und gesellschaftlichen Diskussion sind vielfältige Begriffsbildungen zum Thema religiös begründeter Extremismus zu finden, die einerseits bisweilen unerklärt dastehen und andererseits auch stigmatisierend wirken können. Weiterhin werden Traditionen, Religionen und politischer Extremismus oft vermengt. Daher sind Definitionsmerkmale zur inhaltlichen Konturierung der verschiedenen Begriffe für eine sensible Diskussion hilfreich. Eine inhaltliche Unbestimmtheit führt zu einem negativen Assoziationsfeld, was zu Angst- und Feindbilddenken führen, die interreligiöse und interkulturelle Kommunikation erschweren und zur sozialen Ausgrenzung beitragen kann. Für eine Bildungsarbeit mit jungen Menschen bedarf es einer Differenzierungssensibilität, besonders in religiösen Fragen. Zu differenzieren ist zwischen Islam und politischem Extremismus, z. B. in Form des politischen und militanten Salafismus. Extremisten berufen sich zwar auf die Religion, sind aber im Kern antireligiös und verstoßen gegen alle religiösen Grundsätze.

### Religiös begründeter politischer Extremismus

Religiös begründeter politischer Extremismus hat im Kern eine Ideologie der Ungleichheit und verfolgt als Zielsetzung eine politische Herrschaftsübernahme. Religiöse Berufung wird zum Mittel der Durchsetzung von politischer Macht missbraucht.

Auf der *ideologischen Ebene* zeigen sich u. a. folgende Merkmale:

- Abwertung anderer Religionen, Weltanschauungen und Lebensorientierungen (religionszentrierter Überlegenheitsanspruch)
- Ablehnung und Einschränkung der Religionsfreiheit, der Menschen- und Grundrechte, Vorhandensein demokratiedistanter Einstellungen
- Unterscheidung zwischen „wertem“ und „unwertem“ Leben, zwischen „Gläubigen“ und „Nichtgläubigen“; Dehumanisierung von Anders- und Nichtgläubigen
- Ideologie einer einzig „wahren Religion“ als normative Gesellschaftskonzeption, die die gleichberechtigte Existenz anderer Weltanschauungen ablehnt und bekämpft
- Nicht selten verbunden mit überhöhtem Nationalismus
- Umwandlung der Religion in eine politische Ideologie

Auf der *Verhaltensebene* können sich folgende Merkmale zeigen:

- Zusammenschluss in Organisationen mit extremistischen Positionen
- Gewinnung von Sympathisanten und Rekrutierung von politischen Aktivisten
- Ablehnung demokratischer Diskurse
- Politische Herrschaftsübernahme durch politische Partizipation
- Befürwortung von Gewalt und aktive Gewaltbereitschaft (religiös fundierte Gewaltbereitschaft)
- Militante Strategien zur Umsetzung politisch-extremistischer Vorstellungen (Terrorismus)

*Fundamentalismus* ist im Kern der absolute Wahrheitsanspruch auf die alleinige Richtigkeit der Weltanschauung und der Bestreitung der Legitimität konkurrierender Wahrheitsansprüche. Er kann durchaus ideologische Elemente eines religiösen Extremismus enthalten. Solange der Fundamentalismus nur eine Geisteshaltung bleibt und keine politischen Zielsetzungen hat, ist er nicht extremistisch. Auch religiöse Fundamentalisten unterliegen dem Grundrecht der Religionsfreiheit, welcher seine Schranken allein an konkurrierenden Verfassungsnormen findet. Diese konkurrierenden Verfassungsnormen verletzt

der religiöse Extremismus (autoritärer und aggressiver Fundamentalismus).

Wichtige Merkmale eines nichtextremistischen Religionsverständnisses sind:

- Religiöse Zulässigkeit von demokratisch verfassten Gesetzen (Trennung von Staat und Religion)
- Ideologie der Gleichheit von Menschen (antirassistische Weltanschauung)
- Akzeptanz anderer Religionen, Weltanschauungen und Lebensorientierungen und deren gleichberechtigter Existenz neben der eigenen Religion (Religionsfreiheit und interreligiöser Frieden)
- Religiöses Grundverständnis, das humanistische Grundprinzipien wie Demokratie, Gewaltfreiheit, Menschenrechte und Toleranz nicht ablehnt, sondern vielmehr diese Werte auch in der eigenen Religion findet.

Junge Menschen mit moslemischen Wurzeln, die dem politischen Extremismus verfallen, haben zumeist keine tieferen religiösen Kenntnisse.

*Abdul* mit kurdischen Wurzeln ist 15 Jahre alt und sitzt wegen Raubtaten und Körperverletzungen noch drei Jahre im Jugendvollzug. Danach möchte er nach Syrien und sich etwas „Großem“, dem Dschihad, anschließen – einmal im Leben etwas Richtiges tun, auch wenn es für ihn den Tod bedeuten würde. Hier in Deutschland sieht er keine Perspektive, seine Familie hat sich von ihm abgewandt. Über seine Religion hat er kein Wissen, weiß noch nicht mal, dass der „IS“ gegen die Kurden kämpft.

*Mehmet* ist 17 Jahre und kommt aus einer intakten und aufgeschlossenen Familie. Er ist sich nicht sicher, ob er mit seiner muslimischen Identität in einem säkularen Staat leben darf. In seiner Moschee bekommt er keine Antworten auf seine Fragen. Erst in salafistischen Gesprächskreisen zeigt man scheinbar Interesse für seine Religiosität. Er reist nach Syrien aus.

*Anne* ist 18 Jahre alt, vor kurzem ist ihr Vater gestorben, zu ihrer Mutter hat sie ein angespanntes Verhältnis. Über Freundeskreise bekommt sie Kontakte zur salafistischen Szene, fühlt sich dort geborgen und aufgehoben. Aus Dankbarkeit will sie nach Syrien ausreisen und etwas gegen die „globale Ungerechtigkeit“ tun.

*Benjamin*, 16 Jahre alt, ist ohne Vater aufgewachsen und hat in seinem Leben wenige Erfolge aufzuweisen, →

verfängt sich in kleinkriminellen Handlungen. Über einen Freund bekommt er Zugang zur salafistischen Szene und zu lang ersehnten Vaterfiguren. Sein Freund reist nach Syrien aus und stirbt dort. Benjamin hat es sich im letzten Moment noch einmal anders überlegt.

*Mohammed* ist 19 Jahre alt und in häuslichen Gewaltverhältnissen aufgewachsen. Weder in der Familie noch in der Gesellschaft fühlte er sich angenommen. Nach einer jahrelangen Gewaltkarriere sucht er eine moralische Rechtfertigung für seine Gewalthandlungen, ein Ventil für seinen aufgestauten Hass. Er phantasiert darüber, in die Kampfgebiete zu gehen.

Diese wenigen Beispiele, die alle aus dem Erfahrungsfeld von Violence Prevention Network stammen, zeigen, dass es keinen einheitlichen Radikalisierungsverlauf bei jungen Menschen gibt, dass Radikalisierungsprozesse aber stets im Kontext der konkreten Lebensgeschichte und -ereignisse der jungen Menschen stehen.



Abb.: Attraktivitätsmomente

### Radikalisierungsverläufe

Auch in der empirischen Betrachtung verschiedener Radikalisierungsverläufe ergibt sich kein einheitliches Bild der aus Deutschland in Richtung Syrien ausgereisten Personen (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz u. a. 2014). Das Alter variiert, der Bildungsgrad ist unterschiedlich. Ein Groß-

teil der Ausreisenden, die nicht mehr zur Schule gingen, lebte zuvor von Arbeitslosengeld II, hatte Aushilfsjobs oder war in Maßnahmen der Agentur für Arbeit untergebracht. Die überwiegende Mehrzahl der Ausgereisten hat einen Migrationshintergrund in dem Sinne, dass sie oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren sind. Einige von ihnen sind Konvertiten.

Nimmt man jedoch den Lebensweg in den Blick, dann hat diese heterogene Personengruppe eine Reihe von negativen Erfahrungen, Emotionen und Wertungen gemeinsam. Sowohl die Erfahrungen aus der Praxis als auch mehrere Studien zu Biographien von Extremisten und Terroristen (vgl. Bakker 2006; Gambetta/Hertog 2007 und Lützinger 2010) weisen auf einen kausalen Zusammenhang zwischen Radikalisierung und vorgelagerten Erfahrungen des Scheiterns in anderen Lebensbereichen hin (z. B. Arbeitslosigkeit, Scheidung, Kriminalität), auf Gefühle von Benachteiligung, Entfremdung und Marginalisierung in der Gesellschaft sowie auf Ideologisierung und Mobilisierung meist durch eine Bezugsperson (vgl. Hessisches Ministerium des Innern und für Sport 2013, S. 4).

Soziale und familiäre Desintegrations- und Enttäuschungserfahrungen – einhergehend mit geringen Akzeptanzgefühlen und problematischen Cliquendynamiken – führen zu einer erschwerten Identitätsbildung bei Jugendlichen. Beim Fehlen einer eigenständigen Identität besteht die Gefahr der „Radikalisierung von Restidentitäten“. Sie greifen zumeist ohne religiöse Bildung auf ihre religiösen Wurzeln zurück. Dies kann dazu führen, dass junge Menschen sich extremistische, hypermaskuline, fundamentalistische oder traditionalistische Einstellungen zu Eigen machen, sich bei ihnen demokratiedistanzierte und gewaltaffine Einstellungen entwickeln und sie einem „mislungenen Selbstheilungsprozess“, d. h. der Verfestigung ihrer Gewalt- und Radikalisierungskarriere, unterliegen.

Extremistische Salafisten sind für verunsicherte junge Menschen attraktiv, weil diese Szenen ihnen Identität, Halt und Orientierung geben. Sie bieten ihnen verführerisch an:

- Identität, Geborgenheit und Gemeinschaft (spirituelle Heimat), unabhängig von nationalen und ethnischen Kategorien
- Wissen mit einem exklusiven Wahrheitsanspruch (einzige und höhere Wahrheit), der zu einem überhöhten Selbstwertgefühl führen soll
- Eindeutige Wertezuschreibungen mit der klaren Unterscheidung zwischen „Gläubigen“ und „Nichtgläubigen“,

„wertem“ und „unwertem“ Leben (dichotome Weltansicht, mit der Ungleichheitsideologien vermittelt werden)

- Klare Orientierungen durch charismatische Autoritäten mit Gehorsamsanspruch: „Du musst nicht nachdenken, Du musst nur folgen.“
- Gerechtigkeitsutopien, die an die hoch ideologisierte Vorstellung von weltweiter Verfolgung von Muslimen (kollektive Opferidentität) anknüpfen, die solidarisch unterstützt werden müssen (Mitmachfaktor), um ihr Leiden zu verhindern
- Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und Abgrenzung von der Erwachsenenwelt, der Gesellschaft
- Die Möglichkeit aufgestauten Hass durch Gewalthandlungen zu kompensieren und hierbei Gewalthandlungen „religiös“ legitimieren zu können

Extremistische Szenen üben auf Jugendliche mit Identitätskrisen eine erhöhte Attraktivität aus. Dabei schreckt diese Szene auch nicht davor zurück, Minderjährige als Kindersoldaten und „Konkubinen“ zu missbrauchen. Daher sind alle gesellschaftlichen Institutionen gefordert, junge gefährdete Menschen von diesem Weg menschenverachtender Einstellungen und Handlungen abzubringen und wieder in die hiesige Gesellschaft zu integrieren. Islamangst, fehlende Differenzierungen zwischen Religion, Extremismus und Traditionalismus erschweren diesen Weg. Die Herausforderung wird sein, gemeinsam für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen und den Polarisierungsversuchen der Rechtsextremisten und jener, die ihre extremistischen Einstellungen religiös begründen, entgegenzuwirken.

### Der Ansatz von Violence Prevention Network

Ziel von Violence Prevention Network (vgl. [www.violence-prevention-network.de](http://www.violence-prevention-network.de)) ist es, junge Menschen, die extremistische Tendenzen aufweisen und/oder ideologisierte Straftaten begehen, aus dem Radikalisierungsprozess zu lösen. Hierbei werden neben präventiven Ansätzen zur Stärkung der Ambiguitätstoleranz sowie zur Früherkennung und Vermeidung von Radikalisierungsprozessen ebenso Maßnahmen der Intervention bei beginnenden Radikalisierungsprozessen sowie die zielgerichtete Deradikalisierungsarbeit mit jenen, die einen Ausweg aus extremistischen Ideologien suchen, umgesetzt.

Violence Prevention Network verfügt aufgrund seiner von Beginn an auf diesen Themenbereich ausgerichteten Spezialisierung über jahrelange Erfahrungen im Umgang mit radikalisierten jungen Menschen und versteht es, Mit-

glieder dieser Szenen anzusprechen, mit ihnen in den Dialog zu treten, sie zu Veränderungen zu motivieren und Distanzierungsprozesse zu menschenverachtenden Einstellungen auszulösen.

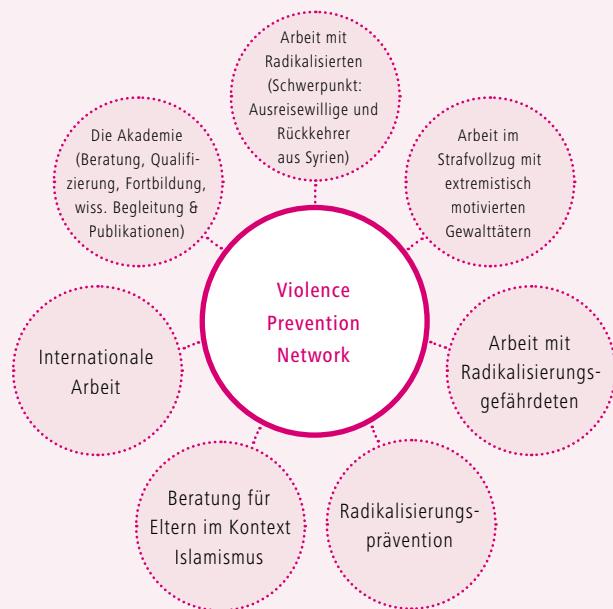


Abb.: Violence Prevention Network

Eine Herausforderung stellt die Arbeit mit radikalisierten Personen dar, die aus einem Krisengebiet nach Deutschland zurückkehren. Aufenthalte in den Hot Spots des internationalen Jihads können wie Durchlauferhitzer der Radikalisierung wirken. Nicht jeder, der nach Syrien reist, endet zwangsläufig in den Armen „islamistischer“ Kampfverbände; mancher reist auch ausdrücklich zu wohltätigen Zwecken. Und nicht jeder, der die Kampfeinsätze des militanten Jihad überlebt, kehrt hoch radikalisiert in die Bundesrepublik zurück; mancher klopft zutiefst desillusioniert wieder an die Familientüren, andere sind tief traumatisiert, nicht selten trifft beides zu. Es sind vor allem Personen, denen in ihrer Heimat besonders schlechte Prognosen gestellt werden, die für die extremistische Versuchung besonders empfänglich zu sein scheinen.

Eine Deradikalisierungsarbeit beinhaltet sowohl eine niedrigschwellige Bildungsarbeit, die es versteht, Dialoge zu schwierigen Fragestellungen mit jungen Menschen zu führen, wie auch eine sozialarbeiterisch-pädagogische Perspektive, welche den Blick auf die Problemlagen junger Menschen richtet. Denn eine „Entzauberung“ der extremistischen Ideologie führt ansonsten zu einer Dekompensation bei denjenigen Menschen, die eines sozialen →



Halts bedürfen. Der Arbeitsansatz von Violence Prevention Network basiert daher auf den folgenden Schwerpunkten:

#### *Aufbau einer professionellen Arbeitsbeziehung*

Die Herstellung einer Vertrauensbasis zu dem Probanden stellt eine überaus anspruchsvolle Aufgabe dar, da es gilt, jene jungen Menschen aufsuchend und schnell zu erreichen, die von der Gesellschaft und den staatlichen Organen häufig hochgradig entfremdet sind und sich aus diesem Grund, von der extremistischen Szene dazu gedrängt, abschotten.

#### *Vermeidung von Selbst- und Fremdgefährdung*

Die extremistische Szene agiert auf hochaggressivem Niveau und fordert immer wieder zum Kampf gegen „Ungläubige“ auf. In diesem Risikobereich müssen pädagogische Aktivitäten immer darauf ausgerichtet sein, Gefährdungen zu vermeiden. Hierzu ist die Kooperation mit nahestehenden Personen wie Familienangehörigen zentral, denn emotionale Schlüsselpersonen sind wichtige Hemmschwellen für zerstörerische Handlungen. In dieser Phase ist es auch relevant, mit Gegenentwürfen zu extremistischen Anschauungen zu arbeiten, um erste Zweifel bei den Jugendlichen zu verstärken. Methodisch und inhaltlich ist auch hier die Gestaltung des Prozesses der Deradikalisierung abhängig vom Grad der Radikalisierung. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Notwendigkeit einer theologischen Auseinandersetzung parallel zur pädagogisch-psychologischen Intervention steigt, je weiter die Radikalisierung des Einzelnen fortgeschritten ist. Wenn ein Mensch sich mit dem Willen, für seinen Glauben zu töten, einer extremistischen Gruppierung anschließt, wird die Beraterin/der Berater im Deradikalisierungsprozess viel Zeit drauf verwenden müssen, die ideologischen Rechtfertigungsmuster zu irritieren und Zweifel an diesen zu säen.

#### *Entwicklung und Zunahme der Dialogfähigkeit*

In der extremistischen Szene gibt es eine hochgradige Gehorsamsorientierung verbunden mit einer Angstideologie. In den thematischen Gesprächen mit den jungen Menschen ist es zentral, dass sie wieder eigenständiges Denken entwickeln, andere Sichtweisen angstfrei annehmen können und wieder eigene Gedanken für selbstbewusste und eigenverantwortliche Entscheidungen entwickeln können. Deradikalisierung kann nur dann nachhaltig gelingen, wenn sich der zu Beratende in einer Atmosphäre des respektvollen Umgangs, sowohl mit seiner Person als auch mit seinen religiösen Vorstellungen

wiederfindet. Entscheidend ist gerade mit dieser Zielgruppe, dass die theologische Auseinandersetzung keinen missionierenden, sondern einen dialogischen Charakter hat. Nur der ehrliche Respekt vor den Erklärungsansätzen der Probanden ermöglicht eine Öffnung der Personen für den Prozess des Hinterfragens. Die argumentative Gegenrede führt hingegen zu Abwehr und zur Verfestigung radikaler Ideologien.

#### *Integration in gemäßigte religiöse Strukturen*

Im Rahmen der Ausstiegsbegleitung ist es förderlich, die Probanden in bestehende muslimische Communities und Gemeinden integrieren zu können, die ihnen eine reale Sichtweise auf ihre Religion ermöglichen. Der „Ausstieg“ in diesem Feld von Extremismus erfordert, anders als z. B. im Bereich des Rechtsextremismus, eine stabile (Neu-)Definition der Glaubensrichtung. Nicht der „Ausstieg“ aus dem Islam ist das Ziel, sondern die Abkehr von radikalen und menschenverachtenden Sichtweisen und der damit einhergehenden Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt.

#### *Entwicklung von Toleranz gegenüber Widersprüchlichkeiten*

Neue Sichtweisen zu eröffnen und unterschiedliche Sichtweisen annehmen zu können sind Grundprinzipien jeglicher Bildungsarbeit. Für Menschen, die in ideologischer Monokausalität verhaftet sind, kann dies nur prozesshaft entwickelt werden. Der etappenweise Einsatz von unterschiedlichen Teams mit unterschiedlichen Weltanschauungen, wie auch der Aufbau neuer sozialer Beziehungen bzw. die Reaktivierung früherer sozialer Kontakte unterstützen diesen Prozess.

#### *Aufbau eines neuen privaten Netzwerks, Aufbau von unterschiedlichen sozialen Kontakten jenseits der extremistischen Szene*

Die extremistische Szene will eine Gleichförmigkeit, indem sie Differenzen negiert und Ungläubigen das Existenzrecht abspricht. Sie sorgt dafür, dass „Neumitglieder“ frühere soziale Kontakte (ggf. familiäre Beziehungen) abbrechen, soweit sich diese Personen nicht missionieren lassen. Junge Menschen unterliegen bei einem Verlassen der Szene der Gefahr einer möglichen fehlenden individuellen Kompensation. Durch den Aufbau alternativer privater und öffentlicher Netzwerke wird die Distanzhaltung zur extremistischen Szene (Gruppe, Einzelpersonen und Medien) erleichtert.



Abb.: Bausteine der Prävention und Intervention

### *Orientierung auf einen persönlichen Zukunftsplan jenseits des „politischen Kampfes“*

Soziale Desintegration ist ein Ursachenfaktor für eine mögliche Radikalisierung oder Re-Radikalisierung. Daher sind schulische und berufliche Integrationsmaßnahmen für die Jugendlichen von besonderer Bedeutung, die soziale Partizipationsmöglichkeiten und neues Selbstwertgefühl ermöglichen.

### *Biographisches Verstehen*

Biographiearbeit bedeutet, dass die jungen Menschen die wirksamen Faktoren in ihrem Leben identifizieren und verstehen können (biographische Schlüsselkompetenz). An der Schnittstelle zwischen Biographie und Ideologie müssen Gewalthandlungen, ihre lebensgeschichtliche Entstehung, gewaltaffine Interpretationsregimes und mit ihnen die ideologisierten Anlassstrukturen von Hass und Gewalt thematisiert werden. Ziel ist es, beim jungen Menschen durch eine erhöhte Dialogkompetenz Selbsterkenntnisprozesse zu initiieren. Die Entstehung von Gewalt und menschenverachtenden Denkmustern wird als Bestandteil der eigenen Lebensgeschichte erkannt, und damit werden die Anlassstrukturen und Legitimationsmuster von ideologischer Gewalt aufgeweicht.

Die Geschwindigkeit, mit der sich Jugendliche radikalisieren, macht es oftmals erforderlich, zügig differenzierte, aufeinander abgestimmte Möglichkeiten der Deradikalisierungsarbeit umsetzen zu können:

- Beratung, Begleitung und spezifisches Training für radikalierungsgefährdete junge Menschen im Vorfeld von Straffälligkeit
- Intervenierende Maßnahmen in Fällen sich abzeichnender Radikalisierung
- Deradikalisierung, Beratung und Begleitung im Strafvollzug
- Aussteigerbegleitung: Beratungs- und Dialogmaßnahmen mit Radikalisierten, Ausreisewilligen und Rückkehrern (z. B. aus Syrien)
- Beratung für Angehörige in der Auseinandersetzung mit religiös begründetem Extremismus

Für diese Tätigkeit sind Berater/-innen besonders auch mit muslimischer Identität erforderlich, die erfahren darin sind, mit radikalisierten Menschen einen offenen Dialog zu beginnen. Entscheidend ist nicht allein das Sachthema, sondern vielmehr die Personen und der Kontext in dem dieser Dialog geführt wird.

Die oben genannten Jugendlichen haben die ersten Schritte des Ausstiegs geschafft und haben aktuell keine Kontakte mehr zur extremistischen Szene. Sie stehen für über 100 junge Menschen mit denen Violence Prevention Network aktuell (Stand: September 2015) in der Ausstiegsarbeit tätig ist. Einige von ihnen wollen in Zukunft in Schulklassen auftreten, um andere vor den Gefahren der extremistischen salafistischen Szene zu warnen. →



In einer ersten Bilanz waren folgende Punkte entscheidend und bedeutend für den begonnenen Ausstieg: Die Berater/-innen sind zur Erreichung der Zielgruppe aufsuchend tätig und lassen sich von ersten Abwehrreaktionen der Zielgruppe nicht abschrecken, sodass anfängliches Misstrauen der Jugendlichen überwunden werden kann. Sie nehmen die religiösen Themen und Fragestellungen ernst und gehen hierzu in eine fundierte inhaltliche Auseinandersetzung, die selbst komplexe Textanalysen beinhaltet. Oftmals geht es z. B. um eine der klassischen Fragestellung: Darf ein Mensch muslimischen Glaubens in einem säkularen Staat leben? Koranverse zu verstehen ist nicht einfach, sie können missdeutet und missbraucht werden und müssen im jeweiligen historischen Kontext interpretiert werden. Weitere Fragen der jungen Menschen sind: Welche Werte vertritt die Religion, welches Menschenbild offenbart sich? Welchen Wert hat jeder Mensch an sich, auch wenn Menschen völlig unterschiedlich sind? Was heißt es, Verantwortung für sich, seine Umwelt und seine Mitmenschen zu übernehmen? Wie kann man frühere Fehler wieder gut machen? Was sagt die Religion über Gewalt und Zwang? Was bedeutet Dschihad im religiösen Sinne?

Dieses Ernstnehmen thematischer und religiöser Fragestellungen führt dazu, dass sich die betroffenen jungen Menschen als Person angenommen fühlen und sich somit

---

## **Die Jugendlichen zeigen ein starkes Interesse an regelmäßigen Zusammenkünften und nehmen professionelle Unterstützung an, besonders auch in Fragen eigener Zukunftsgestaltung.**

für pädagogische Themen wie u. a. Biographie, Diskriminierungserfahrungen, Lebenskrisen und kritische Lebensereignisse öffnen können. Erst dann wird es möglich, die Hintergründe und Ursachen der individuellen Radikalisierungsverläufe zu bearbeiten. Die Jugendlichen lernen, über sich selbst zu reden und zu reflektieren. Sie werden von den Beraterinnen und Beratern immer wieder ermutigt, eigene Entscheidungen zu treffen und eigenverantwortlich zu handeln.

Die Jugendlichen zeigen ein starkes Interesse an regelmäßigen Zusammenkünften und nehmen professionelle Unterstützung an, besonders auch in Fragen eigener Zu-

kunftsgestaltung. Die Arbeit mit radikalisierten und extremistisch beeinflussten jungen Menschen ist personalintensiv und muss auf einen längeren Zeitraum ausgerichtet sein. Nur durch einen tatsächlichen und kontinuierlichen face-to-face-Kontakt kann eine nachhaltige Ausstiegsarbeit erfolgen, wie z. B. bei *Mehmet*. Er ist einer der Rückkehrer, über die allenthalben gesprochen wird, war in einem Kriegsgebiet und hat unvorstellbar schlimme Dinge gesehen und erlebt. Wichtig war es zuerst einmal, ihn zurück ins „Hier-und-Jetzt“ zu holen. Die Gespräche haben *Mehmet* gezeigt, dass Religion komplex ist, man sich mit religiösen Fragen intensiv auseinandersetzen muss. Er kann heute nachvollziehen, dass die extremistische salafistische Szene eine missbrauchende und auf einfache Antworten ausgerichtete Auslegung von Religion verbreitet. Die Gegenentwürfe in den Gesprächen und in Gestalt der Berater/-innen haben Mehmet ermuntert, sich intellektuell mit seiner Religion zu beschäftigen. Seine Eltern und auch seine Umgebung sind religiös, aber er beschreibt dies mehr als eine kulturelle Religiosität. Auf seine Fragen ist niemand richtig eingegangen, auch nicht in der Moschee.

Die Szene suggeriert den jungen Leuten mit ihrem Eindeutigkeitsangebot auf sehr geschickte Art und Weise ein klares Weltbild mit einfach zu befolgenden Regelwerken. Gepaart mit der globalen Krise und dem humanitären Leid der Muslime auf der Welt, insbesondere in den islamisch geprägten Ländern, wird ein Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit vermittelt und die Gewalt als legitimes Mittel für eine Lösung all dieser Krisen verherrlicht.

*Mehmet* wollte nach eigener Aussage nur in das Krisengebiet, um zu helfen – seinen Geschwistern helfen. Nach der Teilnahme an mehreren Gesprächskreisen salafistischer Gruppierungen war er derart irritiert, dass er nicht mehr wusste, ob er mit seiner religiösen Identität überhaupt noch in Deutschland leben darf. Mit dem festen Glauben, das moralisch Richtige zu tun, reiste er nach Syrien. Auch heute, nach seiner Rückkehr, sind nicht alle seine Fragen beantwortet und er möchte noch vieles über seine Religion lernen. Einen ebenso wichtigen Stellenwert hat aber auch sein tägliches Leben als junger Mann in Deutschland, der berufliche Perspektiven und private Lebensziele für sich formuliert.

Das Wichtigste für *Mehmet* ist die Erkenntnis, eigene Entscheidungen treffen zu müssen. In der Szene wurde von ihm verlangt, nicht zu viel zu fragen. Sein Denken wurde kontinuierlich kontrolliert, indem u. a. von Offenbarungen erzählt wurde, dass bereits ein „falsches Denken“ Sünde sei und bestraft werden muss. *Mehmet* will

sich – wie jeder andere Mensch auch – nicht mehr manipulieren lassen. Für diesen Weg braucht er verlässliche Gesprächspartner/-innen.

Die Gespräche mit den gefährdeten jungen Menschen haben gezeigt, dass eine Bildungsarbeit durch eine kontinuierliche Beziehungsarbeit gestaltet werden kann und dass junge Menschen dabei erfahren müssen, wieder Fragen stellen und hinterfragen zu dürfen. Die Gespräche haben gezeigt, dass durch präventive Bildungsangebote über Religion, religiöse Toleranz, Identität, Manipulationsstrategien des Extremismus so mancher Radikalisierungsprozess verhindert werden kann. In der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit ist es daher wichtig, mit jungen Menschen über religiös begründeten Extremismus zu reden. In einem hessischen Modellprojekt werden hierzu seit einigen Monaten mit jungen Menschen Workshops zum Thema „Extremismus entzaubern“ durchgeführt, mit dem Ziel, das Phänomen „Dschihadismus“ zu entzaubern, die Distanzfähigkeit von Jugendlichen zum Extremismus zu erhöhen, das Wissen über den Islam, über Extremismus und Rekrutierungsstrategien zu erweitern und Handlungsstrategien für Jugendliche bei Anzeichen einer Radikalisierung in der Gleichaltrigengruppe zu erarbeiten.

Workshop-Themen sind:

- soziale Praxis innerhalb „islamistischer“ Gruppierungen
- „islamistische“ Gruppierungen in den Medien – Selbstbild und Fremdbild
- Insider-Berichte, Berichte von Aussteigern und Returnees
- Alltag in militanten hoch gewaltbereiten Gruppierungen
- Heroismus und Märtyrertum in der Realität
- Hilfe für die muslimischen „Brüder und Schwestern“ – Anspruch und Wirklichkeit
- Das System des „Kafirismus“ und der Genozid
- Männlichkeits- und Weiblichkeitsbilder und -rollen
- Argumentationsketten der Extremisten und entsprechende Gegennarrative

Junge Menschen werden durch diesen Ansatz handlungsfähig und stehen den Rekrutierungs- und Manipulationsbemühungen der Szene nicht ohnmächtig, sondern kritisch gegenüber.

Ein junger Mann wurde wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu mehreren Jahren Jugendstrafe verurteilt. Er ist wütend auf sich, weil er sich in der fundamentalistischen Szene verführen ließ. Heute liest er jede Woche ein Buch und diskutiert mit seinen Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeitern darüber. Er sagt: „Sich bilden schützt dich vor diesen Leuten.“

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2016

### Zum Autor



**Thomas Mücke**, Dipl. Politologe und Dipl. Erziehungswissenschaftler, ist Gründer und Geschäftsführer von Violence Prevention Network e. V. (vgl. [www.violence-prevention-network.de](http://www.violence-prevention-network.de))

[thomas.muecke@berlin.de](mailto:thomas.muecke@berlin.de)

### Kontakt und Beratung:

Violence Prevention Network, [info@violence-prevention-network.de](mailto:info@violence-prevention-network.de),  
Tel.: 030-91705464

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Beratungsstelle Radikalisierung für betroffene Angehörige, [beratung@bamf.bund.de](mailto:beratung@bamf.bund.de),  
Hotline: 0911-9434343

### Literatur

**Bakker, Edwin (2006):** Jihadi terrorists in Europe. Their characteristics and the circumstances in which they joined the jihad: an exploratory study; [www.clingendael.nl/sites/default/files/20061200\\_cscpcsp\\_bakker.pdf](http://www.clingendael.nl/sites/default/files/20061200_cscpcsp_bakker.pdf) (Zugriff: 04.01.2016)

**Bundesamt für Verfassungsschutz / Bundeskriminalamt / Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) (2014):** Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind; [www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/14-12-11\\_12/anlage-analyse.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/14-12-11_12/anlage-analyse.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (Zugriff: 04.01.2016)

**Gambetta, Diego / Hertog, Steffen (2007):** Engineers of Jihad. Sociology Working Papers Nr. 2007-10; [www.nuff.ox.ac.uk/users/gambetta/Engineers%20of%20Jihad.pdf](http://www.nuff.ox.ac.uk/users/gambetta/Engineers%20of%20Jihad.pdf) (Zugriff: 04.01.2016)

**Lützing, Saskia (2010):** Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen; hrsg. vom Bundeskriminalamt (BKA) Kriminalistisches Institut. Köln: Luchterhand

**Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (Hrsg.) (2013):** Radikalisierungshintergründe und -verläufe von 23 Syrien-Ausreisenden aus dem Rhein-Main-Gebiet; [https://innen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdis/hke\\_studie\\_radikalisierungshintergruende\\_syrienausreiser.pdf](https://innen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdis/hke_studie_radikalisierungshintergruende_syrienausreiser.pdf) (Zugriff: 04.01.2016)

# Interreligiöser Dialog als Form politischer Verständigung

## Wie kann ein kritischer Dialog gelingen?

**Der Autor dieses Beitrags ist kein Unbeteiligter. Seit dem Studium bin ich im jüdisch-christlichem Gespräch engagiert und seit Jahren auch in dessen organisierter Form, in einer der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, von denen es über achtzig in der Bundesrepublik Deutschland in vielen Regionen und Städten gibt. Hinzu kommt, dass ich Mitglied des erweiterten Vorstands des Deutschen Koordinierungsrates, dem Dachverband dieser Gesellschaften, bin. Man wird daher wohl kaum erstaunt sein, wenn man hier Reflexionen findet, die weitgehend von einer Bejahung des interreligiösen Dialogs getragen und die von eigenen Erfahrungen nicht frei sind.**

von Rainer Kampling

Dem Titel der Reflexionen ist anzumerken, dass die *Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit* sich seit ihren Gründungen ausdrücklich als Form der politischen Verständigung sahen. Der jüdisch-christliche Dialog in seiner institutionalisierten Form ist in Westdeutschland als Initiative der US-Besatzungsmacht im Zuge der Reeducation entstanden. Die erste *Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit* nahm bereits am 9. Juli 1948 in München ihre Arbeit auf. In Anlehnung an ähnliche Organisationen in den USA – das Modell der Gesellschaften war *The National Conference of Christians and Jews*, gegründet 1927 – wurde die organisatorische Form der kleinen Gruppen gewählt, um auf die öffentliche Meinungsbildung und insbesondere auf pädagogische Programme Einfluss zu nehmen. Erklärtes Ziel der Gesellschaften war neben der aktiven Mitwirkung am Aufbau demokratischer Formen in Deutschland der Kampf gegen den Antisemitismus und die Überwindung nationalsozialistischer Anschauungen (vgl. Foschepoth 1993). Beide wurden als sich einander bedingende Phänomene verstanden. Von Anfang an war mithin dem interreligiösen Gespräch zwischen Glaubenden aus Judentum und Christentum eine politische Dimension eingeschrieben. Es ging und geht bis heute um

eine Entgrenzung auf die Gesellschaft hin, und zwar durch aktive Teilhabe an gesellschaftlichen Diskursen und Aktionen (vgl. Münz 2004). Dabei wird der Einsicht Rechnung getragen, dass Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht nur die einzelnen Individuen bedrohen, sondern die demokratische Gesellschaft in ihrer gesamten Verfasstheit. Dort, wo sie erscheinen oder gar hingenommen werden, treten die *Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit* als kritische Instanz auf, und zwar aus der eigenen Betroffenheit heraus, die aber unlöslich mit der Sorge um die Demokratie verbunden ist: „Statt der notwendigen Abwehr, Ächtung und Bekämpfung hat sich eine Unkultur des Wegsehens und Vergessens entwickelt. Offensichtlich wird nicht wahrgenommen, dass neben der unmittelbaren Bedrohung von Jüdinnen und Juden in Deutschland die ganze Gesellschaft bedroht ist, wenn ihre Grundlagen durch Antisemitismus und Rassismus in Frage gestellt werden. Diese sind keine Randerscheinungen, da sie unmittelbar das Wesen und die Essenz der freiheitlichen Demokratie bedrohen. Wer eine humane, aufgeklärte, demokratische Gesellschaft will, kann Antisemitismus und Rassismus bei niemandem und nirgendwo hinnehmen.“ (Deutscher Koordinierungsrat 2010) Die Verschrän-

kung von politischer Aktion und interreligiösem Dialog ist mithin bei den *Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit* unauflösbar.

### Zur Konjunktur des interreligiösen Dialogs

Unübersehbar ist das Thema des interreligiösen Dialogs aus den Foren der jeweiligen Begegnungen in das Licht der gesellschaftlichen Öffentlichkeit getreten. Davon zeugt nicht allein der Umstand, dass der Katalog der Deutschen Nationalbibliothek heute 1.604 Nennungen zum Themenbereich liefert, sondern vor allem, dass er uns in politischen Reden und Statements begegnet. So formulierte die Bundeskanzlerin *Angela Merkel* in ihrer Rede anlässlich des Ramadan am 30. Juni 2015: „Auch die Religionsgemeinschaften stehen miteinander im Gespräch. Ich bin dankbar dafür, dass wir in Deutschland viele Foren des interreligiösen Dialogs haben. Er findet auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlicher Zusammensetzung statt. Die wechselseitige Wertschätzung der Religionen stärkt den Zusammenhalt. Am Ende zählt, dass wir uns nicht spalten lassen – nicht zuletzt auch wegen der Herausforderungen durch den fundamentalistischen Terrorismus.“ (Merkel 2015)

Mehr oder weniger explizit werden hier Erwartungen an den interreligiösen Dialog formuliert, die über den Dialog selbst hinausgehen. Dass er wechselseitige Wertschätzung der Religionen hervorbringt, ist gewiss zu erwarten. Näherhin ist diese sogar eine Prämisse des Dialogs, da es einen auf Missachtung beruhenden Dialog schlicht nicht geben kann. Die Hoffnung auf die Stärkung des Zusammenhalts greift nun über den religiösen Raum hinaus. Diejenigen, deren Selbstwahrnehmung in nicht geringem Maße von ihren Glaubensüberzeugungen bestimmt ist, sollen offensichtlich als ein stärkendes gesellschaftliches Element wahrgenommen werden, das Erosionen der Demokratie verhindert. Es ist gleichsam der Weg vom interreligiösen Dialog zum Bürger/zur Bürgerin, zum „wir“, in dem die bekennende Protestantin sich und die gläubigen Muslime zusammenfasst.

Dementsprechend wird der interreligiöse Dialog staatlicherseits gefördert. In einer Erklärung des *Bundesministeriums des Inneren* heißt es: „Die Bundesregierung unterstützt Initiativen zum besseren Verständnis zwischen den Religionen in Deutschland. Dazu fördert das *Bundesministerium des Innern* Projekte zum interreligiösen Dialog, insbesondere mit Muslimen (...) Ziel ist es, über ein besseres Verständnis der Religionen untereinander, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.“ (Bundesminis-

terium des Inneren 2014) Hier finden zwar beide Aspekte – der theologische und der gesellschaftspolitische – Berücksichtigung, die Zielsetzung ist jedoch transreligiös. Es geht um eine Verortung des Dialogs in seiner gesellschaftlichen Funktion. Nun sollte man nicht bestreiten, dass ihm integrative Aspekte eignen (vgl. Hinterhuber 2009; Schmid 2010), freilich wird hier doch verkannt, dass das, was mit Zusammenhalt umschrieben wird, sich bereits während des Dialogs einstellt oder besser: ereignet. Er partizipiert trotz seiner primär religiösen Zielsetzung im Geschehen an dem gesellschaftlichen Kontext, in dem er sich vollzieht.

### Interreligiöser Dialog und Integration – Spannungen eines Konstrukts

Es dürfte kaum zufällig sein, dass das öffentliche Interesse am interreligiösen Dialog in dem Maße zugenommen hat, wie die Einsicht und die Wahrnehmung in der Mehrheitsgesellschaft zunahm, dass der muslimische Bevölkerungsanteil gewachsen war, sich etabliert hatte und seinen spezifischen Teil zur religiösen und kulturellen Vielfalt beitrug. Augenscheinlich musste erst die zweite Generation von Muslimen heranwachsen, bis ihre Existenz nicht mehr als eine randständige und vorläufige angesehen wurde. Gemessen an den realen Zahlen ist es dennoch fast erstaunlich zu nennen, welche Aufmerksamkeit ihnen in

---

## Die Praxis des Dialogs besteht darin, Begegnung und Gespräch zu leben.

den letzten Jahren zuteil wird. Damit nähert man sich eben auch der Tatsache, dass mit dem Wort „Islam“ aufgrund nicht zuletzt politischer Ereignisse zahlreiche negative Konnotationen verbunden werden (vgl. Hafez/Schmidt 2015).

Wenn nun den muslimischen Deutschen bzw. den Muslimen in Deutschland der interreligiöse Dialog als ein Weg der Integration anempfohlen wird, ist das zwar durchaus als politische Anerkennungen der – vielleicht überschätzten – Möglichkeiten und Leistungen des Dialogs zu begrüßen, aber zugleich Anlass, zu einer gewissen Zurückhaltung zu raten. Zunächst wird man darauf hinweisen müssen, dass es, wie der Begriff schon sagt, um eine religiös motivierte Form der Begegnung geht, die zwar gewiss von gesellschaftspolitischer Relevanz ist, aber in der eben auch Fragen verhandelt werden, deren Zugänglichkeit außerhalb des Religiösen fraglich bleibt und die eine →

gewisse Kompetenz im Wissen um Religionen, Glaubensinhalte und Glaubenspraxis voraussetzen (vgl. Moyaert/Geldhof 2015). Eine Außerachtlassung dieser grundlegenden Bedeutung des Religiösen würde fraglos zu einer Veränderung des Dialogs und zu einer Funktionalisierung der Beteiligten führen, da sie nicht mehr selbst Subjekte des Dialogs und seiner Ziele wären, sondern diese von außen vorgegeben wären. Gewiss muss man die radikale Kritik von *Levent Tezcan* nicht teilen, wenn er schreibt: „Religion avanciert zum Vehikel, mit dem die multikulturelle Gesellschaft regierbar gemacht werden soll. Diese wird gegenwärtig, gekoppelt an die Integrationspolitik, in zunehmendem Maße über den interreligiösen Dialog kommuniziert.“ (Tezcan 2006, S. 26) Allerdings macht er bei aller Schärfe auf einen bemerkenswerten Bruch im Konzept von Integration durch den interreligiösen Dialog aufmerksam: Religion würde damit nicht nur politisiert, sondern die Beteiligten würden maßgeblich durch ihre Religion und nicht etwa durch ihren sozialen Status, ihr Geschlecht, ihren Bildungsgrad etc. definiert und dadurch determiniert, was in vielen Fällen einer Fremdzuschreibung gleichkäme. Eintreten würde dann genau der gegenteilige Effekt, statt des gewünschten: Keine Einübung in das säkulare demokratische Gefüge, sondern die Erfahrung der eigenen Religion als das Unterscheidende.

Eine weitere Spannung des Konstrukts zeigt sich in einem Missverständnis der Intention derer, die in den Dialog eintreten. Denn die Beteiligung an ihm setzt voraus, dass die Akteure sowohl eine religiöse als auch eine gesellschaftliche Zugehörigkeit besitzen; ihnen eignet keine doppelte Identität, sondern eine gleichzeitige, die sich als Glaubende und gesellschaftlich Agierende definiert, gleichsam als religiöser Citoyen. Dass diese Lebensform in einer säkularen Gesellschaft nicht selbstverständlich ist, steht nun freilich außer Zweifel. Aber gerade daher ist in einer multikulturellen Gesellschaft der Dialog für Glaubende verschiedener Religionen von besonderer Attraktivität; es geht nicht nur um einen Austausch über die eigenen Glaubensinhalte und Glaubensformen, sondern auch darum, auszuloten, wie religiöses Leben in Partizipation in dieser Gesellschaft gelingen kann, in der bei vielen nicht nur das Wissen über, sondern auch die Erfahrung von Religion fremd geworden ist. Der Dialog wird damit notwendig unter den eigenen Vorgaben der Beteiligten über das Religiöse hinaus erweitert und kann somit vor dem Rückzug in die Isolation bewahren. Die Integration aller Beteiligten wird zwar auf diese Weise gestärkt, aber nicht initiativ bewirkt.

### Wer spricht mit wem über was?

Auf dem Gebiet des interreligiösen Dialogs sind neben den institutionalisierten Foren in den letzten 20 Jahren auch andere Akteure aufgetreten. Sie sind oftmals lokal gebunden, wie etwa die *Salaam-Shalom Initiative* in Berlin-Neukölln, ein Stadtteil in dem vergleichsweise zahlreiche junge Menschen mit jüdischem oder muslimischem Glauben leben. Der Dialog wird hier keineswegs in Absehung politischer Themen praktiziert; diese sind als Subtext vielmehr stetig präsent. Die Praxis des Dialogs besteht darin, Begegnung und Gespräch zu leben. Das Zusammenkommen selbst ist ein dialogisches. Dieses Moment einer unterschweligen Distanzierung zum theoretischen Diskurs und zur Bevorzugung von Aktionen findet sich bei zahlreichen anderen lokalen Gruppen, die sich zum Teil als Antwort auf erfahrene Diskriminierung, Ausgrenzung oder Bedrohung des sozialen Umfeldes organisieren. Das religiöse Leben wird dabei als ein Gemeinsames erfahren und praktiziert, etwa durch die Teilnahme an Festen und Riten der je anderen Glaubensgemeinschaft, was wiederum den sozialen Zusammenhalt stärkt. In einem solchen interreligiösen Dialog kann auch die Gentrifizierung zum Thema werden, was für Außenstehende vielleicht verwunderlich ist, für Beteiligte aber selbstverständlich, insofern das Religiöse zum Leben und Alltag gehört. In anderer Form, aber ebenfalls auf dem Prinzip der Begegnung aufbauend, geschieht der interreligiöse Dialog durch wechselseitige Besuche an religiösen Zentren. Sei es der Besuch von Kirchen, Moscheen, Synagogen oder Heiligtümern anderer Religionen im Rahmen von Bildungsveranstaltungen oder sei es die Teilnahme an eigens dafür durchgeführten Veranstaltungen (Tage der offenen Tür), die einladenden Gruppierungen ermöglichen ein dialogisches Geschehen, wobei freilich nicht der Austausch, sondern eher die Überwindung angenommener Fremdheit der Besucher im Vordergrund steht (vgl. Beinhauer-Köhler/Leggewie 2009). Ob es tatsächlich zu diesem Effekt kommt oder ob nicht eher die Erwartung des Exotismus Bestätigung sucht, kann dahin gestellt bleiben (vgl. Nagel 2012), denn allemal gehören auch solche Veranstaltungen zu dem immer größer werdenden Angebot an Möglichkeiten zum Dialog und seiner gesellschaftlichen Akzeptanz.

Die genannten neuen Formen unterscheiden sich inhaltlich und strukturell von den herkömmlichen Foren des interreligiösen Dialogs. Sie setzen auf den Ereignischarakter, die unmittelbare Begegnung, sind häufig lokal organisiert und greifen als Kommunikationsmittel weitgehend auf Neue Medien zurück. Die Zielsetzung kann daher je



neu definiert und an geänderte soziale Bedingungen angepasst werden. In den meisten Fällen sind die Beteiligten nicht anders auf den Dialog vorbereitet als durch ihre Zugehörigkeit zur jeweiligen Glaubensgemeinschaft. Damit eignet diesem Dialog ein hoher Grad an Unmittelbarkeit

---

## **Denn es geht eben nicht darum, das, was einem fremd ist, zu überwinden oder anzupassen, sondern als Erfahrung des Fremden zuzulassen.**

und Lebendigkeit, worin sein primärer Gewinn und seine Attraktivität bestehen. Freilich muss man dem Umstand Rechnung tragen, dass der individuelle Faktor der religiösen Lebenswelt doch eine größere Rolle als das Wissen um die eigene Religion spielen kann. Selbst ein rheinischer Katholik und ein hanseatischer Protestant werden wohl nicht dasselbe als für ihr religiöses Leben signifikant benennen, obgleich sie der gleichen Religion angehören.

In den institutionalisierten Foren des interreligiösen Dialogs sind dagegen Wissenserwerb und Wissensvermittlung von primärer Bedeutung. Sie sind als Lernorte angelegt und folgen dem Ansatz, dass sich Verständnis voneinander im Akt des Verstehens herstellen lässt. Vorrangig geht es dabei um authentisches Wissen, d. h.: Auch wenn nicht wenige der Beteiligten über eine akademische Ausbildung auf dem Gebiet der eigenen Religion oder auch der, die nicht die eigene ist, verfügen, so wird die Zugehörigkeit zu einer Religion als eine epistemische Kategorie verstanden, die dazu verhilft, in angemessener Weise über Aussagen der eigenen Religion Auskunft zu geben, indem sie gleichsam den Verstehens- und Erklärungskontext personal mitliefert. Dieser Aspekt hat den Vorteil eines Korrektivs, einmal in Bezug auf die Fremdwahrnehmung, dann auf die Selbstwahrnehmung. So werden oftmals in der Außenwahrnehmung Elemente anderer Religionen als signifikant angenommen, die für die Gläubigen jener Religion selbst in ihrem theologischen Denken und religiösem Leben eher nachgeordnet sind. Hier kann durch das Gespräch aller Beteiligten geklärt werden, wie es zu dieser Einschätzung kommen kann. Nicht selten wird dann festzustellen sein, dass es einen Blick auf die andere Religion gibt, der nach dem aus der eigenen Religion Bekannten bzw. Vergleichbaren sucht. Zweifelsohne ist das eine an sich legitime He-

rangehensweise, insbesondere eine des Beginnens und der ersten Orientierung (vgl. Bultmann/Linkenbach 2015). Sie ist jedoch dann zu kritisieren, wenn sie als Hermeneutik und Ziel des Dialogs ausgegeben wird. Denn es geht eben nicht darum, das, was einem fremd ist, zu überwinden oder anzupassen, sondern als Erfahrung des Fremden zuzulassen. In der Akzeptanz des Anderen als Anderes kann sich der Dialog nicht nur entfalten, sondern auch bewahren. In einem Dialog, der dazu verhelfen soll, nicht nur den Anderen besser zu verstehen, sondern seiner eigenen Posi-

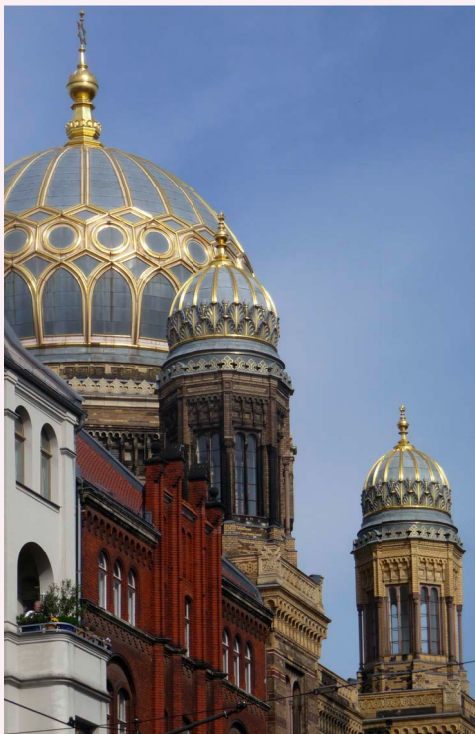


Die Initiatoren des House of One: Rabbiner Tovia Ben Chorin, Imam Kadir Sancı und Pfarrer Gregor Hohberg im Gespräch

Foto: UFA LAB Berlin

tion und ihrer Prämissen gewahr zu werden, müssen notwendig die Themen behandelt werden, die ein mögliches Konfliktpotential in sich bergen, wenn der Dialog nicht zu einem belanglosen Austausch religiöser Artigkeiten werden soll. Es kann mithin nicht darum gehen, Konflikte zu vermeiden, wohl aber diese dialogisch zu gestalten. Gerade bei zentralen Fragen der religiösen Identität kann der Punkt kommen, an dem der argumentative Austausch an seine Grenze gelangt; der Begriff des Bekenntnisses ist hier durchaus angebracht. Denn so sicher der Dialog kein Raum für Missionierung ist, so gewiss ist er auch kein bekenntnisfreier Raum. Denn es gilt eben: „Der Dialog existiert eigentlich nur, insofern er eine Begegnung von denen ist, deren Glauben zwar nicht der gleiche ist, denen aber gemeinsam ist, dass sie Glauben in eminenten existentieller Bedeutung erleben. Der jeweilige Glaube ist die Basis des Dialogs, nicht sein Gegenstand, insofern damit gemeint sein sollte, man müsse je neu seinen jeweiligen Glauben diskutieren oder gar apologetisch vorführen. Buddhisten, Hindus, Moslems, Juden und Christen treffen sich, weil sie Buddhisten, Hindus, Moslems, Juden und Christen →

sind.“ (Kampling 2012, S. 70) Dieser Aspekt der eigenen Involvierung unterscheidet den interreligiösen Dialog von interreligiöser Kompetenz oder interreligiöser Bildung, die dessen nicht konstitutiv bedürfen, während die am Dialog Beteiligten wiederum über beides verfügen müssen. Allerdings wäre es ein verkürztes Verständnis des interreligiösen Dialogs, wenn man meinte, in ihm würde nur über Religiöses, über Glaubensdinge gesprochen. Letztendlich beruht das auf einem Verständnis der Religion als private Angelegenheit, die ohne Wirkung auf die Alltagsrealität bliebe. Dabei ist allen Religionen eigen, dass sie dazu verhelfen wollen, das menschliche Leben in Begegnungen mit anderen zu gestalten. Religion meint eben nicht nur das Für-Wahr-Halten, sondern eine daraus erwachsene Praxis.



Die Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Oranienburger Straße in Berlin, versteht sich als Bindeglied zwischen Vergangenheit und Zukunft. Foto: AdB

Die Entwicklungen der letzten Jahre seit der Jahrtausendwende haben gezeigt, dass der interreligiöse Dialog immer mehr ethische Fragen in den Blick nimmt, und zwar unter dem Aspekt, was Religionen zu einer lebenswerten Gesellschaft beitragen können (vgl. Schmid 2012; Reder/Engin/Köster 2014). Damit der Ertrag dieser ethischen De-

batten in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht werden kann, ist es nötig, unter den Beteiligten selbst einen Konsens herzustellen, um sich als Partner präsentieren zu können. Genau dieser Prozess bedeutet aber nicht weniger, als dass im interreligiösen Dialog eine politische Verständigung stattfindet über das, was für die Gesellschaft als relevant erachtet wird.

### Das kritische Potential des Dialogs

Nun bleibt aber die Frage, ob der Anspruch, den die am Dialog Beteiligten erheben, nämlich an der Gestaltung mitzuwirken und sich mit den spezifischen Möglichkeiten einzubringen, überhaupt auf eine breite gesellschaftliche Resonanz trifft. Diese Frage ist umso berechtigter, als aus den Foren häufig Kritik an gesellschaftlichen Gegebenheiten kommt. Exemplarisch sei auf das Menschenbild verwiesen. Ohne die bestehenden Unterschiede zu leugnen, gehen alle Religionen davon aus, dass der Wert eines Menschen sich nicht im Bereich des Produzierens und Reproduzierens erschöpft, sondern dass sein Wert in seinem Menschsein mitgegeben ist und ihm Würde um seiner Selbst willen eignet. Die Stimme der Religionen stört die konsumistische Ordnung eben dadurch, dass sie beharrlich auf deren Opfer hinweist und für sie Partei ergreift. Die anhaltende Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen zeigt, wie ungelegen manchen die religiös begründeten Beiträge sind, wenn sie zu einem konkreten mitmenschlichen Handeln auffordern. Sollten sich solche Tendenzen verstärken, wäre es um die politische Kultur und die demokratische Ordnung schlecht bestellt. Letztendlich würde es auf eine Ausgrenzung hinauslaufen. Damit wäre aber der gesellschaftliche Dialog mit den Religionen verunmöglicht. Man muss kein Prophet sein, um festzustellen, dass das beiden nicht bekäme. **AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2016**

## Zum Autor



**Professor Dr. Rainer Kampling** ist seit 1992 Professor für biblische Theologie und Neues Testament am Seminar für Katholische Theologie der Freien Universität Berlin und dessen geschäftsführender Direktor. Er ist u. a. Mitglied des Direktoriums des Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg, des erweiterten Vorstands des Deutschen Koordinierungsrates (DKR) der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und im Kuratorium der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin e. V.

rainer.kampling@fu-berlin.de

## Literatur

**Deutscher Koordinierungsrat – DKR (2010):** Antisemitismus bedroht die Demokratie. Erklärung des Deutschen Koordinierungsrates zu den jüngsten antisemitischen und antizionistischen Vorfällen (20.07.2010); [www.deutscher-koordinierungsrat.de/stellungnahmen-antisemitismus-bedroht-demokratie-2011](http://www.deutscher-koordinierungsrat.de/stellungnahmen-antisemitismus-bedroht-demokratie-2011) (Zugriff: 20.12.2015)

**Beinhauer-Köhler, Bärbel / Leggewie, Claus (2009):** Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung. München: C.H. Beck

**Bultmann, Christoph / Linkenbach, Antje (Hrsg.) (2015):** Religionen übersetzen. Klischees und Vorurteile im Religionsdiskurs. Münster: Aschendorff

**Bundesministerium des Innern (2014):** Projektförderung zum interreligiösen Dialog (10.04.2014); [www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Deutsche-Islam-Konferenz/Projektfoerderung/projektfoerderung\\_node.html](http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Deutsche-Islam-Konferenz/Projektfoerderung/projektfoerderung_node.html) (Zugriff: 22.12.2015)

**Foschepoth, Josef (1993):** Im Schatten der Vergangenheit. Die Anfänge der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht

**Hafez, Kai / Schmidt, Sabrina (2015):** Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung

**Hinterhuber, Eva Maria (2009):** Abrahamischer Dialog und Zivilgesellschaft. Eine Untersuchung zum sozialintegrativen Potenzial des Dialogs zwischen Juden, Christen und Muslimen. Stuttgart: Hünslers

**Kampling, Rainer (2012):** Kriterien für den interreligiösen Dialog – Thesen. In: Brandt, Horst / Fränkert-Fechter, Hermann / Fiedler, Justus / Tuncay, Ismail (Hrsg.): Wenn das Unfassbare eintritt. Erste Hilfe für die Seele in multikultureller und multireligiöser Gesellschaft. Würzburg: Echter, S. 67–74

**Merkel, Angela (2015):** Rede auf dem Empfang anlässlich des Ramadan am 30. Juni 2015; [www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2015/06/2015-06-30-merkel-ramadan.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2015/06/2015-06-30-merkel-ramadan.html) (Zugriff: 06.01.2016)

**Moyaert, Marianne / Geldhof, Joris (Hrsg.) (2015):** Ritual Participation and Interreligious Dialogue. Boundaries, Transgressions and Innovations. London: Bloomsbury

**Münz, Christoph (2004):** „Wenn nicht ich, wer? Wenn nicht jetzt, wann?“ Zur gesellschaftspolitischen Bedeutung des deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR). Münster: LIT Verlag

**Nagel, Alexander-Kenneth (2012):** Vernetzte Vielfalt. Religionskontakt in interreligiösen Aktivitäten. In: Ders. (Hrsg.): Diesseits der Parallelgesellschaft. Neuere Studien zu religiösen Migrantengemeinden in Deutschland. Bielefeld: transcript, S. 241–268

**Reder, Michael / Engin, Havva / Köster, Heiner (Hrsg.) (2014):** Wandel durch Dialog. Gesellschaftliche, politische und theologische Aspekte des Dialogs zwischen Islam und Christentum. In: Interreligiöser Dialog in gesellschaftlicher Verantwortung, Bd. 2. Stuttgart: Kohlhammer Verlag

**Schmid, Hansjörg (2010):** Integration durch interreligiösen Dialog? Versuch einer Verhältnisbestimmung. In: Ucar, Bülent (Hrsg.): Zur Rolle der Religion im Integrationsprozess. Die deutsche Integrationsdebatte. Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 545–565

**Schmid, Hansjörg (2012):** Sozialethik interreligiös. Christlich-islamischer Dialog angesichts der Fragen moderner Gesellschaften. In: Herder Korrespondenz 66/11, S. 564–569

**Tezcan, Levent (2006):** Interreligiöser Dialog und politische Religionen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 28–29, S. 26–32



# Die „DenkWege zu Luther“

## Philosophisch-politische Jugendbildung in Vorbereitung auf 500 Jahre Reformation 2017

**Das bundesweite Jugendbildungsprojekt „DenkWege zu Luther“ stellt seine Arbeit innerhalb der Lutherdekade 2017 vor. Es wird berichtet, wie durch das Philosophieren mit Jugendlichen und vielfältige andere Wege zwischen der 500 Jahre alten Welt der Reformation und den Fragen heutiger Jugendlicher Brücken gebaut werden können.**

von Carsten Passin

Die Lutherdekade stellt zur Vorbereitung auf das „Reformationsjubiläum 2017 – 500 Jahre Reformation“ in zehn Themenjahren <sup>1</sup> unterschiedliche Aspekte der Reformation in den Mittelpunkt und verbindet sie mit aktuellen Fragestellungen. An der Ausrichtung und Förderung der Dekade beteiligen sich der Bund, einzelne Länder und Evangelische Kirchen gemeinsam.

Das bundesweite Jugendbildungsprojekt „DenkWege zu Luther“ ist seit 2009 fester Bestandteil der Lutherdekade. Es wird von den beiden Evangelischen Akademien in Sachsen-Anhalt und Thüringen in Kooperation mit dem Jugendbildungsverein *philoSOPHIA e. V.* realisiert. Der Autor dieses Beitrags hat das Projekt gemeinsam mit der Theologin *Dorothea Höck* konzipiert und hat die Gesamtleitung inne.

Die „DenkWege zu Luther“ sind ein außerunterrichtliches Angebot zum Philosophieren mit Jugendlichen ab der 9. Klasse. Es bietet speziell zugeschnittene Seminar-konzepte sowohl für Schulen und Berufsschulen als auch für außerschulische Träger. Seit sieben Jahren werden die

Seminare der „Denkwege zu Luther“ durch ein Team von durchschnittlich zehn Mitgliedern konzipiert und durchgeführt (vgl. [www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=67](http://www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=67)). Diese überwiegend freiberuflich mitarbeitenden Menschen haben bisher über 100 Seminare und Fachtagungen bzw. Fortbildungen mit ca. 3.600 Teilnehmenden realisiert.

Die Arbeit mit Jugendlichen erfolgt bevorzugt in mehrtägigen Seminaren bzw. Projektwochen. Dank der jährlich immer wieder neu zu beantragenden Förderung konnten 40 Projektwochen mit Schulen in Bildungsstätten außerhalb der Wohnorte der Teilnehmenden stattfinden.

Dass wir auf diese Arbeitsform Wert legen, hat gute Gründe: Im Gegensatz zum Unterricht in der Schule thematisieren wir religiöse Orientierungen und ethische Wertvorstellungen der Teilnehmenden in sehr intensiven Seminarprozessen, die den Kern der Person berühren können. Das braucht Zeit für einen längeren gemeinsamen Prozess und geschützte Gesprächsräume. Nur so kann Vertrauen entstehen.

### Brückenschlag über 500 Jahre

Unsere Bildungsarbeit unternimmt den absurd anmutenden Versuch, eine Brücke über die 500 Jahre breite

<sup>1</sup> Genauere Informationen zu den Themenjahren der Lutherdekade: [www.luther2017.de/de/2017/lutherdekade/themenjahr-2016](http://www.luther2017.de/de/2017/lutherdekade/themenjahr-2016) (Zugriff auf diesen und alle folgenden Links: 24.11.2015)

Kluft zwischen den Lebens-, Denk- und Gefühlswelten der Menschen von damals und heute zu schlagen. Doch als wäre dies nicht schon schwierig genug, diskutieren wir religionsbezogene Themen mit überwiegend säkular sozialisierten, meist religions- und kirchenfernen Menschen. Das betrifft Jugendliche wie Erwachsene in den Fortbildungen.

Dieser Brückenschlag wird im Projekt auf unterschiedlichen Wegen versucht. Ihnen ist das Bemühen gemeinsam, mit den Teilnehmenden ins praktisch orientierte Philosophieren über „Gott und die Welt und sich selbst“ zu gelangen. So kommt man auf nichtreligiösem Weg auch an ein gewisses Verständnis religiöser und religionsgeschichtlicher Fragen heran. In diese Gespräche werden *Martin Luther* und andere Reformatoren und Humanisten als virtuelle Gesprächspartner mit ihren Texten einbezogen. Das gelingt oft, aber nicht immer. Bereichernd für Teilnehmende wie das Team ist es fast immer.<sup>12</sup>

Das Projekt ist sehr schnell über die im Namen suggerierte Fokussierung auf *Luther* herausgewachsen. Die Reformation umfasst das Wirken von sehr viel mehr Menschen und umspannt auch einen erheblich größeren Ideenkreis als den seinigen, sofern man den Blick über Mitteleuropa hinaus nach Genf oder Zürich, Straßburg oder Münster, Basel oder Emden, Heidelberg oder Nürnberg, Italien, England, Böhmen oder Frankreich richtet. *Luthers* zentrale Stellung in der Reformationsgeschichte bleibt davon unberührt. Wichtig für uns im Projekt ist, den Blick auch immer wieder auf die oft übergangenen und weniger bekannten Gestalten und Geschichten der Reformationszeit zu richten: die blutige Verfolgung der Täufer durch katholische wie reformatorische Mitchristen gleichermaßen, die historisch damals leider kaum wirksam gewordenen und lange weitgehend vergessenen Toleranzideen *Sebastian Castellios* oder die Ideen und das Wirken *Thomas Müntzers*.

### Aus der Praxis für die Praxis

Um die langjährigen Erfahrungen aus der Bildungspraxis zu reflektieren und weiterzugeben, bietet das „Denkwege-Team“ Fortbildungen und Beratungen für Schulen und andere Bildungsträger zu den Themen der Lutherdekade an. Darüber hinaus wurden Publikationen in Form von gedruckten Praxishandreichungen und digitalen Veröffentlichungen (vgl. [www.denkwege-zu-Luther.de/de/pu-](http://www.denkwege-zu-Luther.de/de/pu-)

<sup>2</sup> Siehe dazu auf unserem Projektplakat typische Äußerungen von Jugendlichen aus den Seminaren: [www.denkwege-zu-Luther.de/papers/dwl-poster-web.pdf](http://www.denkwege-zu-Luther.de/papers/dwl-poster-web.pdf)

blikationen.asp)<sup>13</sup> erstellt. Diese Materialien sind für die Arbeit mit Deutsch sprechenden Menschen ab ca. 15 Jahren konzipiert.

Unsere Praxishandreichungen haben wir thematisch entsprechend der Dramaturgie der Lutherdekade an einigen ihrer Themenjahre ausgerichtet. Für die Leserinnen und Leser der Fachzeitschrift dürften dabei die Themen „Reformation und Toleranz“ (vgl. [www.denkwege-zu-Luther.de/toleranz/](http://www.denkwege-zu-Luther.de/toleranz/)) sowie „Reformation und Politik“ (vgl. [www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=69](http://www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=69)) besonders interessant sein.

### Ziele und Themen

In den „DenkWegen zu *Luther*“ suchen wir die Bedeutung des religiösen und humanistischen Aufbruchs in der Reformation für unsere Gesellschaft zu erschließen. Wir lassen sie für heutige Jugendliche verstehbar werden, indem wir an ihre Lebenswelt anknüpfen und ihre persönlichen Fragen zur Lebensorientierung auch im Hinblick auf religiöse Fragen und auf unterschiedliche Formen der Religionsausübung aufgreifen. Im Mittelpunkt steht hierbei das Verstehen von Begriffen und Wesensmerkmalen reformatorischer Religiosität in ihrem Verhältnis zu Gott und zur Welt.

Jugendliche lernen so, Religion als eigenständige Form der Lebensorientierung und Weltauffassung zu verstehen und von anderen Phänomenen wie z. B. Politik, Wissenschaft oder Ethik zu unterscheiden. Zugleich können sie ihre eigenen Meinungen, Maßstäbe und Glaubenshaltungen abwägen und ihnen auf den Grund gehen.

Sie üben dabei auch, Gläubige, Kirchen und Religionsgemeinschaften als demokratisch anerkannte gesellschaftliche Akteure in einer modernen Gesellschaft wahrzunehmen und die Chancen und Schwierigkeiten praktizierter Religionsfreiheit in ihrer positiven wie negativen Ausrichtung in den Blick zu nehmen. Eine Beschäftigung mit *Luthers* sogenannter Zwei-Regimenter / Zwei-Reiche-Lehre hilft z. B. dabei, klare Unterscheidungen zwischen religiösen Überzeugungen und politischen Machtansprüchen zu treffen und aktuell brennende Fragen im Verhältnis Staat-Religion-Recht besser zu verstehen. →

<sup>3</sup> Von den Praxishandreichungen wurden bisher ca. 15.000 Stück abgegeben. Eine Einführung zu unseren Veröffentlichungen geben zwei Artikel auf den blauen Seiten der „Briefe. Zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde“, H. 3 und 4/2015: <http://ev-akademie-wittenberg.de/briefe>

### Reformation als aktuelles Thema

Für die „DenkWege zu Luther“ dienen die folgenden Fragen als Leitlinien des Projekts: Was haben unsere heutige Gesellschaft, unsere Kultur und unser Alltag mit der Reformation und ihren Grundideen zu tun? Wie kann man darüber mit jungen Menschen so ins Gespräch kommen, dass erfahrbar wird: Viele der alten Themen und Ideen sind nicht veraltet, man kann aus ihnen Wichtiges für die eigene Lebens- und Werteorientierung lernen?

Junge Menschen haben oft tief greifende Fragen: Was ist wirklich wichtig im Leben? Wie frei bin ich? Wie viel muss ich leisten, um etwas wert zu sein? Wie weit kann ich selbst aus eigener Kraft bestimmen, wohin es in meinem Leben mit mir geht? Welchen Sinn hat (m)ein Leben, wenn man arbeitslos ist, an schwerer Krankheit leidet und einmal sterben muss? Wie kann ich zurechtkommen mit all dem Leid in der Welt? Warum gibt es so viel Böses? Was kann ich überhaupt ausrichten in dieser Welt? ...

*Martin Luther*, der rebellische Mönch, hat hinreichend radikal über solche Themen nachgedacht und kann daher zum Ausgangs- und Bezugspunkt gemeinsamen Nachdenkens mit Jugendlichen werden. An ihm können sie sich intensiv reiben und so die eigenen Gedanken klären. Mit seiner Überzeugung vom „Priestertum aller Getauften“ (Luther 1991b) und dem Grundsatz: „Ein Christenmensch ist ein freier Herr aller Dinge und niemandem untertan“ hat *Luther* Geschichte geprägt. Der zweite, für *Luther* untrennbar damit verbundene Gedanke fand historisch weniger praktische Resonanz: „Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.“<sup>4</sup> Wie gewinnen und praktizieren Jugendliche heute ihre Freiheit, wie verbinden sie dabei private und politische bzw. soziale Dimensionen, Freiheit und Verantwortung? Diese Fragen sind ein Dauerthema in den Seminaren.

Aus seinem Glauben gewann *Luther* die Kraft, die Veränderung einer ganzen Welt mit in Gang zu setzen. Unter Berufung auf Bibelwort, Gewissen und Vernunft stellte er sich wie in der reformatorischen Schlüsselszene auf dem Reichstag zu Worms 1521 unter Lebensgefahr gegen den Kaiser, die Vertreter des Papstes und später auch gegen manche andere „Oberkeyt“. Bei *Luther* finden sich mehr Ansätze zu Widerstand und zur Frage des Widerstandsrechts, als gemeinhin angenommen (vgl. Passin o. J.). Im Projekt führt uns dies zu der Frage: Was gibt Jugendlichen

heute Kraft und Mut, das zu leben und für das einzustehen, was ihnen wichtig ist und da zu widerstehen, wo es aus ihren Wertvorstellungen heraus geboten ist? Wo lohnt es sich zu widerstehen? Wo ist es wichtig?

Weitere gesellschaftliche Themen sind aktuell: Wie kann das Wissen um den alten Ablasshandelsstreit oder um die reformatorische Grundüberzeugung, dass der Mensch allein aus der Gnade Gottes schon gerechtfertigt sei, für das Verständnis moderner Marktstrategien und das haltlose Streben nach Erfolg, Leistung und Anerkennung genutzt werden? Wie hängt die Selbstdefinition des modernen Menschen und die Schwierigkeit, Alternativen zu Wachstum, Vollbeschäftigung und Beschleunigung zu entwickeln und öffentlich zu diskutieren, mit dem historisch wirksam gewordenen protestantischen Arbeitsethos bei *Calvin* oder der neuartigen Berufsauffassung *Luthers* zusammen?

Im Projekt berühren wir bei solchen Themen u. a. oft die Diskussion um ein allgemeines, ausreichendes und bedingungsloses Grundeinkommen für Bürgerinnen und Bürger. Das trifft bei Jugendlichen meist auf starkes Interesse und zugleich auf sehr geteilte Wertungen und Einschätzungen, an denen sich intensive Gespräche über grundsätzliche Wertvorstellungen und säkulare wie religiöse Menschenbilder und den Begriff der Menschenwürde entzünden können. Wichtig an diesen Diskussionen ist immer, dass Jugendliche erfahren, dass etwas Übliches, Gewohntes, Selbstverständliches gar nicht selbstverständlich und alternativlos ist sondern auch anders gedacht werden kann – so wie z. B. *Martin Luther* oder *Thomas Müntzer* oder *Sebastian Castellio* in ihrer Zeit vieles anders dachten und mit mehr oder weniger Erfolg und gegen mehr oder weniger Widerstand lebendig werden ließen.

### Praktisches Philosophieren

Kinder und Jugendliche sind in guter Bildungsatmosphäre meist offen, neugierig und bereit, sich der Welt von verschiedenen Seiten zu nähern, zu staunen und nach Gründen zu fragen. Diese Atmosphäre schaffen wir durch eine wertschätzende Haltung gegenüber den Jugendlichen im Seminar, verbunden mit verschiedenen Formen des praktischen Philosophierens – einer Kulturtechnik, die so notwendig ist wie Lesen, Rechnen und Schreiben.

Beim Philosophieren werden feste Deutungsmuster irritiert, Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt und unterschiedliche Perspektiven eingenommen. Kein Thema, kein Gedankengang wird ausgeschlossen. Alles kann ausgesprochen werden, auch wenn vieles nicht unwiderspro-

<sup>4</sup> Der vollständige Text in alter und neuer Fassung von Martin Luther: Von der Freiheit eines Christenmenschen (1520) ist hier zu lesen: [www.christenmenschen.de/](http://www.christenmenschen.de/)

chen bleibt, denn es gilt das Motto unseres Kooperationspartners *philoSOPHIA*: „Denke, was Du sagst.“ Insgesamt geht es um „Gott und die Welt“ und das eigene geistige und praktische Verhältnis dazu.

Entscheidend dabei sind das gegenseitige aufmerksame Zuhören, die geistige Offenheit für Fremdes und Ungeohntes und der Respekt vor dem Anderssein und Andersdenken der Teilnehmenden im Seminar. In einem aufmerksameren Blick in die Welt wurzeln Toleranz und Respekt. Es geht um das Verstehen-Wollen, welches das Wohl-Wollen dem anderen gegenüber als auch das klare Bewusstsein eigener Grenzen und eigener Irrtümer einschließt. Diese Haltungen und Verstehensweisen werden im Seminar geübt. Gerade die heftigen Streitschriften *Luthers*, *Müntzers* und anderer Reformatoren und Humanisten oder die angriffslustigen Flugschriften jener Zeit geben hier gutes Material, um z. B. zu fragen, aus welchen geistigen Haltungen diese intolerante Heftigkeit entstehen musste und wie man anders miteinander diskutieren könnte, ohne eigene Positionen einfach aufzugeben.

Ruhe, Besinnungszeiten zwischendurch, die Reflexion der bisher gegangenen Denkwege und Geduld mit sich selbst und anderen beim Auswickeln von Gedanken und Ideen sind für das Gelingen des gemeinsamen Philosophierens wichtige Bedingungen. **I**<sup>5</sup>

### Übersetzungen

Wer unterschiedliche Perspektiven einnehmen kann, verlässt Gewohntes und geht Denkwege zu neuen Sichtweisen, Einschätzungen und Lösungsmöglichkeiten. Philosophieren ist eine Haltung, die es ermöglichen kann, zwischen unterschiedlichen gedanklichen und geistigen Welten Brücken – DenkWege – zu bauen, verschiedene Aneignungsweisen der Welt ineinander zu übersetzen und sie damit verständlich zu machen.

Die „DenkWege zu *Luther*“ sind zu einem guten Teil ein Übersetzungsprojekt. Wir dolmetschen im Seminarge-spräch zwischen religiösen und säkularen Sprachen, historischen und modernen Denkformen und -inhalten sowie Wertvorstellungen mit 500 Jahren Differenz dazwischen. Dass dies nur in engen Grenzen überhaupt möglich ist muss hier vermutlich nicht extra ausgeführt werden.

Zentrale reformatorische Begriffe wie Erlösung, Gnade, Glaube oder Buße können religiös unmusikalischen oder völlig irreligiösen modernen Jugendlichen über Erfahrung-

gen aus dem Alltag und deren genauer Reflexion verständlich oder zumindest plausibel werden. Dabei gilt es, die unterschiedlichen Sprachebenen und benutzten Sprachspiele zu klären und Spezifika wie Grenzen der jeweiligen Weltauffassungen aus Wissenschaft, Religion und Alltags-verstand zu verdeutlichen, um auf gleicher Ebene miteinander zu reden und falsche Entgegensetzungen und wenig hilfreiche Vereinfachungen zu erkennen. Häufig werden z. B. religiöse Aussagen mit wissenschaftlichen Aussagen verwechselt, politische Ansprüche werden religiös begründet oder wird Religion auf Ethik reduziert.

### Fremdheit aushalten und schätzen lernen

Was bei all dieser Beschäftigung durchgehend geschieht, ist eine reflektierte Begegnung mit Fremdem und die Einübung in ein Gegenteil von Fremdenfeindlichkeit. Die Jugendlichen werden fremden und trotzdem verstehbaren Gedanken, Ideen- und Lebenswelten ausgesetzt. Sie erfahren Fremdheit, indem sie sich – meist ungewohnt – mit Texten auseinandersetzen und lernen, eigene und fremde Gedanken konsequent auszuwickeln und fremde Begriffe zu verstehen. Und nicht zuletzt begegnen sie fremden Menschen im Seminar und der Zumutung, deren Vorstellungen respektvoll verstehen zu sollen, bevor sie kritisiert werden können.



Gespräch über Freiheit Foto: Christian Melms

### Ohne Vereinnahmung

Entgegen einer häufiger geäußerten Vermutung und Unterstellung sind die „DenkWege zu *Luther*“ kein Missionsprojekt der evangelischen Kirche. Das widerspräche dem philosophischen Geist des Projekts und seiner Orientierung am *Beutelsbacher Konsens* und ähnlichen Überzeugungen. Ebenso widerspräche dies dem Bildungsauftrag durch die überwiegend staatliche Förderung. Und →

5 Näheres zur Philosophischen Praxis als einer Grundlage unserer Arbeit siehe: [www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=76](http://www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=76), S. 23–29.

nicht zuletzt stehen die Konfessionslosigkeit des Projektleiters und die pluralen geistigen Welten der Teammitglieder dagegen.

Ebenso wenig schlägt sich das Projekt auf die Seite jener, die *Luther* einseitig verehren noch auf die derjenigen, die *Luther* ebenso einseitig verurteilen. Stattdessen versucht es, einer historischen Gestalt in ihrer persönlichen Widersprüchlichkeit und geistigen Zeitgebundenheit gerecht zu werden und ein sachlich angemessenes Verhältnis von Würdigung und Kritik zu finden.

Da solche Fragen und manchmal auch Unterstellungen zum Projekt auch von Teilnehmenden in Seminaren geäußert werden, ergeben sich hier gute Gesprächsmöglichkeiten über Vor-Urteile, unbemerkte Vor-Annahmen, demokratische Gesprächskultur, über die Sackgassen einseitigen dogmatischen Denkens und die Freuden eines Blicks über den eigenen Tellerrand hinaus. Ebenso lassen sich hier Reflexionen über Erinnerungs- und Gedenkkultur anschließen.

### Denk-Wege gehen

Das für Jugendliche zumeist sehr fremde Thema „Reformation“ wird durch vielfältige methodische Zugänge erschlossen, die sich in der außerschulischen Jugendbildung gut bewährt haben. Sokratisch orientierte Themengespräche und Übungsreflexionen, also das Vertrauen auf die Vernunft der Gesprächsteilnehmenden, sind ein Grundprinzip der Arbeit. Begleitet wird dies durchgängig durch Übungen zu Aufmerksamkeit und Besinnung auf die anderen, die Themen, den Arbeitsprozess und sich selbst.

Neben den philosophischen Gesprächen im engeren Sinne werden viele andere Wege angeboten. So gibt es theaterpädagogische Formen, es werden Hörspiele, Musikstücke oder Skulpturen zu den Themen erstellt oder die Jugendlichen nähern sich in Form von Schreibwerkstätten, Bildmeditationen oder über die Erstellung eigener bildlicher Darstellungen den Themen an.

Anhand geleiteter Textlektüren der Schriften von *Luther*, *Melanchthon*, *Erasmus*, *Müntzer*, *Hutten*, *Castellio*, *Machiavelli*, *Morus* und anderen zeitgenössischen, aber auch neueren Denkern und Denkerinnen werden diese virtuellen Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen danach befragt, was sie Besonderes zum jeweiligen Seminarthema beitragen können bzw. was durch sie jeweils neu in die Welt und in die Geistesgeschichte kam.

Bei *Martin Luther* sind das z. B. Ansätze zu einer Idee der Freiheit des Individuums und des Gewissens und der Anstoß zu einer allgemeinen Zugänglichkeit von Bildung

für Mädchen wie für Jungen, für Arme wie für Reiche.<sup>6</sup> Das sind die ersten Formen einer kommunalen Sozialpolitik in Form eines „gemeinen Kastens“, es ist die heftige Kritik *Luthers* am aufkommenden kapitalistischen Profitstreben und Bankenwesen<sup>7</sup> oder Ideen zum Widerstands-

## Auch die Reformationszeit war eine Zeit großer Fluchtbewegungen durch Krieg und vor allem durch religiöse Intoleranz.

recht gegen geistige Zwangsgewalten bis hin zur Legitimierung der Desertion von Soldaten in einem Angriffskrieg (vgl. Passin o. J.). Insgesamt ist es die Weltzuwendung des protestantischen Christentums, besonders sichtbar in der Neubestimmung von Beruf und Ehe.

Inhaltliche Anregungen geben auch Filme, Gemälde, Gedichte, Erzählungen und Lieder. Es zeigte sich, dass gerade einige Liedtexte von *Martin Luther*, *Paul Gerhardt* u. a. sehr gut geeignet sind, reformatorische Gedanken auf den Punkt zu bringen. Neuvertonungen oder sprachliche Neufassungen alter Lieder können für Jugendliche ein interessanter Zugang zum Thema sein.<sup>8</sup>

Ebenso sind die Sprachkraft und der sprachliche Erfindungsreichtum insbesondere *Luthers*, wie u. a. in seiner Bibelübersetzung deutlich wird, ein guter Zugang, sich der geistigen Welt und der Bedeutung der Reformation zu nähern. Sprache als Macht- und Manipulationsinstrument, Sprache als Werkzeug der Welterschließung, Verständigung und Erkenntnis werden als Themen angesprochen, die ihre Bedeutung auch daraus beziehen, dass Demokra-

<sup>6</sup> Beim Thema Bildung muss ebenso an den Praeceptor Germaniae (Lehrer Deutschlands) Philipp Melanchthon gedacht werden, an Humanisten wie Erasmus, aber auch an Thomas Müntzer: „Derhalb muß du, gemeiner Mann, selber gelehrt werden, auf daß du nicht länger verführt werdest ...“ (Müntzer 1524).

<sup>7</sup> Ein wichtiges Thema ist dabei u. a. die Geschichte des frühen global agierenden Bankhauses Fugger (vgl. [www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=71](http://www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=71)).

<sup>8</sup> Hierbei entstand in einem Jugendseminar die CD „Die Empörung eines Christenmenschen. Eine musikalische Collage von Frieder W. Bergner nach Texten von Martin Luther und Stéphane Hessel, mit Bearbeitungen von fünf Liedkompositionen des Reformators“; [www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=72](http://www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=72)



tie wesentlich eine sprachlich gestützte politische Form ist, in der Sprachlosigkeit und Machtlosigkeit zueinander gehören. <sup>9</sup> Daher lautet wohl auch das staatliche Querschnittsthema zur Lutherdekade „Reformation und Sprache“. Das Thema Medien ist hier nicht weit. Ausgangspunkt ist dabei die Medienrevolution und der virtuose Umgang z. B. *Luthers* mit den Möglichkeiten des Buchdrucks, die die Reformation erst ermöglichten.

In den Seminaren organisieren wir begleitend Exkursionen zu reformationsgeschichtlich relevanten Orten, sowie praktische Begegnungen mit dem heutigen Protestantismus. Für viele Jugendliche insbesondere in Ostdeutschland ist dies eine Erstbegegnung mit einer völlig fremden, manchmal stark abgelehnten Welt, die in ihrer Nachbarschaft existiert, zu der sie aber genau so wenig Bezug haben wie zu Katholiken, Muslimen, Juden oder Menschen anderer Religionszugehörigkeit. Viele der Teilnehmenden haben noch nie den Fuß in eine Kirche geschweige denn eine Synagoge oder Moschee gesetzt. Tempel kennen viele nur als Einkaufszentrum. Daher gehören zu einigen Seminaren Begegnungen mit Menschen verschiedener Religionszugehörigkeit und Besuche in deren religiösen Einrichtungen. Dies kann höchst aktuelle Zugänge u. a. zur Beschäftigung mit *Luthers* Türkenschriften oder seinen Judenschriften öffnen.

Als erlebnispädagogische Arbeitsform hat sich vor allem unser „Thematisches Geocaching“ sehr bewährt. <sup>10</sup> Hier sind wir zu Fuß oder mit dem Fahrrad auf DenkWegen unterwegs. Beispielsweise folgen wir den lokalen Spuren der Reformation an ihren Wirkungsstätten oder wir gehen einem Gedankengang über mehrere Stationen nach.

Für das Themenjahr 2016 „Reformation und die Eine Welt“ haben wir wieder einen Jahresantrag eingereicht. Da werden uns u. a. die aktuellen Fragen der Situation von Flüchtlingen interessieren. Auch die Reformationszeit war eine Zeit großer Fluchtbewegungen durch Krieg und vor allem durch religiöse Intoleranz. Erste Globalisierungsphänomene werden sichtbar: die Entdeckung der neuen Welt mit ihren verheerenden Wirkungen auf die einheimischen Einwohner und ihren Rückwirkungen auf Europa sowie die Ausbreitung des internationalen Handels- und Bankkapitalismus. Utopien entstehen zu einer neuen, besseren Welt

und mörderische Kriege im Namen von Religion und Konfession werden geführt, ehe Religionsfreiheit und die Trennung von Religion und Politik sowie Religion und Moral nicht nur denkbar sondern auch praktizierbar wird.

Was 2017 und danach mit dem Projekt „DenkWege zu Luther“ sein wird, kann nur mit den Worten *Luthers* beantwortet werden: „... alles ist ungewiss der Zukunft vorbehalten.“ (Luther 1991b, S. 67)

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2016

### Zum Autor



**Carsten Passin** ist freiberuflicher, philosophischer Praktiker und Projektleiter der „DenkWege zu Luther“. Seit 1986 ist er in der philosophischen, politischen, kulturellen und religionskundlichen Bildung überwiegend in Ostdeutschland tätig. Er war in den 1990er Jahren Tutor und Ost-Referent des AdB für den Aufbau von Bildungsstätten in den neuen Bundesländern. Er ist Betreiber einer Philosophischen Praxis zur individuellen Lebensberatung in der Dübener Heide.

passin@philopage.de

www.lebenskönnerschaft.de

### Literatur

**Luther, Martin (1991a):** An den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung (deutsch), 1520. In: Aland, Kurt (Hrsg.): Luther deutsch, Bd. 2 (= Der Reformator). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

**Luther, Martin (1991b):** Die Ablassthesen und die Resolutionen (1517–1518). In: Aland, Kurt (Hrsg.): Luther deutsch, Bd. 2 (= Der Reformator). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

**Münzer, Thomas (1524):** Ausgedrückte Entblößung des falschen Glaubens der ungetreuen Welt durchs Zeugnis des Evangeliums Lukas vorgetragen, der elenden, erbärmlichen Christenheit zur Innerung ihres Irrsals; [www.mlwerke.de/mu/mu\\_002.htm](http://www.mlwerke.de/mu/mu_002.htm)

**Passin, Carsten (o. J.):** Widerstandsrecht und Ungehorsam gegen die Obrigkeit bei Martin Luther. In: Grosse, Axel / Kratsch, Stefan / Franz, Martina / Passin, Carsten / Thiel, Tobias: Seminarbausteine: Reformation und Politik. Anregungen zum Philosophieren mit Jugendlichen aus dem Projekt „DenkWege zu Luther“. Lutherstadt Wittenberg: Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e. V., S. 11–21; [www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=70](http://www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=70)

<sup>9</sup> Zum Thema Reformation und Sprache siehe die Themenseite: [www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=73](http://www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=73)

<sup>10</sup> Ausführlich dazu auf dem DenkWege-Portal „Thematisches Geocaching. Anregungen für die Jugendbildung“: [www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=74](http://www.denkwege-zu-Luther.de/link.asp?id=74)

## Tipps, Hinweise, Links zum Thema „Religionen in der Migrationsgesellschaft“

Der **INTERKULTURELLE RAT IN DEUTSCHLAND E. V.** ist eine Plattform für Fragen zur Gemeinschaft in einer multikulturellen Gesellschaft. Er widmet sich der frühzeitigen Identifizierung von Herausforderungen und Problemen im gesellschaftlichen Zusammenleben und ist durch die Initiierung von vielfältigen Dialogforen und Projekten bei der Suche nach Lösungsansätzen involviert. Im Interkulturellen Rat sitzen Mitglieder aus vielen zivilgesellschaftlichen Institutionen Deutschlands: Gewerkschaften, NGO wie Pro Asyl, Vertreter/-innen der verschiedenen Religionsgemeinschaften in Deutschland, diverse Stiftungen sowie staatliche Organisationen. Unter dem Dach des Interkulturellen Rats versammeln sich diverse Formate gesamtgesellschaftlicher Vertretungen. So gibt es in vielen deutschen Städten einen **RAT DER RELIGIONEN** zur Förderung eines Dialogs zwischen den Religionsgemeinschaften und der Stadtgesellschaft. Die Räte der Religionen nehmen aus einer religiösen Sicht Stellung zu gesellschaftlichen und politischen Themen der jeweiligen Städte. Sie sind über die **INTERRELIGIÖSE KONFERENZ** deutschlandweit vernetzt.

Quelle und weitere Informationen: [www.interkultureller-rat.de/](http://www.interkultureller-rat.de/);  
<http://rat-der-religionen.de/>

Der **DEUTSCHE KOORDINIERUNGSRAT DER GESELLSCHAFTEN FÜR CHRISTLICH-JÜDISCHE ZUSAMMENARBEIT (DKR)** setzt sich mit seinen über 80 Mitgliedsgesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit für die Verständigung zwischen Christen und Juden, den Kampf gegen Antisemitismus und Rechtsradikalismus sowie für ein friedliches Zusammenleben der Völker und Religionen ein. Der Deutsche Koordinierungsrat vertritt als bundesweite Vereinigung diese Gesellschaften auf nationaler und internationaler Ebene.

Quelle und weitere Informationen: [www.deutscher-koordinierungsrat.de/](http://www.deutscher-koordinierungsrat.de/)

Es gibt eine hohe Anzahl muslimischer Verbände in Deutschland. Trotzdem sind nur ca. 15–30 % der Muslime in Deutschland „organisiert“, d. h. haben sich in Moscheevereinen, Föderationen und Verbänden zusammen-

geschlossen. Zu den bekanntesten zählen hierbei die **TÜRKISCH-ISLAMISCHE UNION DER ANSTALT FÜR RELIGION (DITIB)** oder der **VERBAND DER ISLAMISCHEN KULTURZENTREN (VIKZ)**. Keine der Organisationen kann Anspruch auf Vertretung aller Muslime erheben. 2006 gründete sich die **DEUTSCHE ISLAMKONFERENZ**, die vom Bundesministerium des Innern angeregt wurde, um einen gesamtstaatlichen Rahmen für die Pflege der Beziehungen zwischen dem deutschen Staat und den Muslimen in Deutschland zu schaffen. 2007 gründete sich im Zuge dieser Konferenz der Koordinationsrat der Muslime (KRM), der jedoch von ca. 4 Millionen Muslimen in Deutschland nur ca. 280.000 vertritt. Kritisiert wird, dass sich im Koordinationsrat der Muslime vor allem konservative Strömungen des Islam wiederfinden. Der **LIBERAL-ISLAMISCHE BUND E. V.** bietet mit der Religionspädagogin Lamyia Kaddor das Projekt „extrem out“ an, welches als Ziel hat, den Salafismus als politische Ideologie kritischer zu betrachten und sich mit muslimischen Jugendlichen damit auseinanderzusetzen.

Quellen und weitere Informationen: [www.lib-ev.de/](http://www.lib-ev.de/); [www.ditib.de/](http://www.ditib.de/);  
[www.vikz.de/](http://www.vikz.de/); [www.bpb.de/politik/innenpolitik/konfliktstoff-kopftuch/63317/islamische-gruppen](http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/konfliktstoff-kopftuch/63317/islamische-gruppen)

Der Bau eines **HOUSE OF ONE** ist ein aktuelles interreligiöses Vorhaben des Bet- und Lehrhauses Petriplatz Berlin e. V. Das Haus soll eine Kirche, eine Moschee und eine Synagoge beherbergen und zusätzliche Räume für Begegnungen, für einen interreligiösen Dialog und den Austausch über Religionen bietet. Entwickelt haben die Idee ein Rabbiner, ein Pfarrer und ein Imam. Das Haus soll ausschließlich durch Spendengelder finanziert werden.

Quelle und weitere Informationen: [www.house-of-one.org](http://www.house-of-one.org)

Die **KARL-KONRAD-UND-RIA-GROEBEN-STIFTUNG** widmet sich der Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens. Sie leistet einen Beitrag zum intellektuellen und praktischen Austausch zwischen den abrahamitischen Re-

ligionsgemeinschaften (Judentum, Christentum, Islam). Die Stiftung verfolgt das Ziel, die akademische Ausbildung von Lehrkräften für eine auf Toleranz und Integration ausgegerichtete religiöse Erziehung in den abrahamitischen Religionen zu fördern. Aktuell fördert sie Projekte zur interreligiösen Verständigung, z. B. sogenannte Abrahamische Teams, die sich zur Unterstützung von Projekten in Schulen engagieren; islamische Foren, die der Interkulturelle Rat initiiert hat, und die wissenschaftliche Begleitung und Beratung von Bürgerstiftungen.

Quelle und weitere Informationen: [www.sfgm.de/](http://www.sfgm.de/)

Die **STIFTUNG WELTETHOS** engagiert sich weltweit im interreligiösen Bereich mit Konferenzen, Projekten und publizistischen Aktivitäten. Sie unterstützt Menschen und Organisationen, die im Sinne interreligiöser Verständigung tätig sind. Die inhaltlichen Ideen der Stiftung gründen auf dem gleichnamigen Buch des Theologen Hans Küng. Sie basieren auf den folgenden drei Grundsätzen: „Kein Frieden unter den Nationen ohne Frieden unter den Religionen. Kein Frieden unter den Religionen ohne Dialog zwischen den Religionen. Kein Dialog zwischen den Religionen ohne Grundlagenforschung in den Religionen.“ Die Stiftung Weltethos gibt auch gesonderte Materialien für Schulen und Lehrkräfte aus, die sich mit der Thematik des friedlichen Zusammenlebens von allen Menschen auf der Grundlage einer gemeinsamen Weltethik auseinandersetzen.

Quelle und weitere Informationen: [www.weltethos.org/](http://www.weltethos.org/)

Der **MEDIENDIENST INTEGRATION** ist eine Informations-Plattform für Medienschaffende und seit Dezember 2012 online. Dort finden Journalisten mit wenigen Klicks die wesentlichen Informationen zu den Themenfeldern Migration, Integration und Asyl in Deutschland: begleitende Recherchen, Zahlen und Fakten, Vermittlung von Expertinnen und Experten. Die Seite ist auch für Nicht-Journalisten zugänglich. Der Mediendienst ist ein Projekt des „Rats für Migration e.V.“, einem bundesweiten

Zusammenschluss von Migrationsforschern. Gefördert wird sie u. a. von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und der Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung.

Quelle und weitere Informationen: <http://mediendienst-integration.de/>

Der Verein **UFUQ.DE** bemüht sich seit der Vereinsgründung 2007 um unaufgeregte Alternativen in den Debatten um Parallelgesellschaften, „foreign fighters“ oder eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands. An der Schnittstelle von politischer Bildung, Pädagogik und Wissenschaft arbeitet der Verein bundesweit zu den Themen Religiosität und Alltag sowie Rassismus, Radikalisierung und Resilienz – und unterstützt Pädagoginnen/Pädagogen und Multiplikatorinnen/Multiplikatoren bei ihrer Arbeit mit Jugendlichen. Mit verschiedenen Beratungs- und Fortbildungsangeboten, Materialien, vielfältiger Projektarbeit, Expertise und Erfahrungen möchten ufuq.de die pädagogische Praxis voranbringen, den Fachaustausch bereichern und einen Beitrag zum demokratischen Zusammenleben leisten.

Bei allen Fragen und Konflikten, die sich in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Politik rund um die „Einbürgerung des Islams“ ergeben mögen, geht es heute nicht mehr darum, ob diese Einbürgerung stattfindet, sondern darum, wie dieser Prozess gestaltet wird. Der Vereinsname ufuq.de ist daher Programm: „ufuq“ ist ein arabisches Wort und bedeutet „Horizont“.

Ein Ziel der Arbeit mit Jugendlichen ist es, Räume zu schaffen, in denen sie unter der Leitfrage „Wie wollen wir leben?“ eigene Interessen, Wünsche und Orientierungen formulieren und sich mit denen anderer auseinandersetzen können. Dazu gehört auch, die Vielfältigkeit muslimischer Denk- und Lebenswelten sichtbar zu machen. Denn wer selbst denkt und Vielfalt kennt, hat Alternativen – zu traditionalistischen und zu ideologischen Positionen, mit denen Jugendliche immer wieder konfrontiert sind. Die Sensibilisierung für demokratie- und freiheitsfeindliche Einstellungen und das Wissen um Alternativen zu ideologischen und radikalen Sinn- und Orientierungsangeboten, schützt Jugendliche vor einfachen Welt- und Feindbildern und öffnet ihnen Wege, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben. →



Damit wendet sich der Verein auch an Nichtmusliminnen und -muslime. Denn Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus sind Themen, die alle angehen – und auch unter Nichtmusliminnen und -muslimen die Bereitschaft voraussetzen, den demografischen Wandel, die Biografien von Jugendlichen mit Migrationsgeschichten und die Normalität muslimischer Lebenswelten in Deutschland anzuerkennen. Schlussendlich bedeutet das auch, Erfahrungen mit Diskriminierungen und Alltagsrassismus ernst zu nehmen, Frustrationen und Ohnmachtsgefühle angesichts gesellschaftlicher und internationaler Konflikte aufzugreifen, Verständnis für Komplexität und Ambiguität lebensweltnah zu wecken und konkrete Handlungsmöglichkeiten vorzustellen.

Sindyan Qasem, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei ufuq.de und Koordinator des ufuq-Online-Projekts „Was Postest Du? Politische Bildung mit jungen Muslim\_innen online“; sindyan.qasem@ufuq.de; Portal für Pädagogik zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus: [www.ufuq.de](http://www.ufuq.de)

Die **BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG** pflegt auf ihrer Homepage einen **INFODIENST RADIKALISIERUNGSPRÄVENTION**. Der Infodienst bietet praxisbezogene Hintergrundinformationen und Materialien zur Herausforderung durch salafistische Strömungen. Er richtet sich an alle Berufsgruppen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit mit dem Thema in Berührung kommen, unter anderem in der schulischen und außerschulischen Bildung und in der öffentlichen Verwaltung. Er wird kontinuierlich aktualisiert. Neben Hintergrundbeiträgen werden aktuelle Entwicklungen mit Bezug zum Themenfeld Salafismus sowie Fachdiskussionen zur Radikalisierungsprävention aufgegriffen. Das Angebot versteht sich als Plattform für den fachlichen Austausch. Anregungen, konstruktive Kritik, Fragen und Wünsche sind willkommen.

Quelle und weitere Informationen: [www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/](http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/)

# Ausgewählte Literatur zum Thema „Religionen in der Migrationsgesellschaft“

Ausgewählt und zusammengestellt von der **Bibliothek des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung/Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen**

**Achour, Sabine (2013):** Bürger muslimischen Glaubens. Politische Bildung im Kontext von Migration, Integration und Islam. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

**STICHWÖRTE:** Internationale Migration; Soziale Integration; Staatsbürger; Politische Bildung; Schulbildung; Interkulturelles Lernen; Deutschland; Einwanderung; Muslim; Demokratie; Rechtsstaat; Prinzip; Religion; Islam; Menschenrecht; Politischer Unterricht

**Ariëns, Elke / König, Helmut / Sicking, Manfred (Hrsg.) (2011):** Glaubensfragen in Europa. Religion und Politik im Konflikt. Bielefeld: transcript Verlag

**STICHWÖRTE:** Religion; Freiheit; Staat; Politik; Migration; Europa; Moderne; Vielfalt; Religiosität; Politische Kultur

**Benz, Wolfgang (2014):** Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet. München: Verlag C.H. Beck (Elektronische Ressource; 2. Auflage)

**STICHWÖRTE:** Deutschland; Islam; Stereotyp

**Dirim, Inci u. a. (Hrsg.) (2015):** Impulse für die Migrationsgesellschaft. Bildung, Politik und Religion. Münster u. a.: Waxmann

**STICHWÖRTE:** Multikulturelle Gesellschaft; Bildung; Erfolg; Religion; Rolle; Islam; Jugend; Pluralismus; Mehrsprachigkeit; Interkulturalität

**Edler, Kurt (2015):** Islamismus als pädagogische Herausforderung. Eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer (Elektronische Ressource)

**STICHWÖRTE:** Islam; Jugendliche; Politische Bildung; Demokratische Erziehung; Fundamentalismus

**Foroutan, Naika (2012):** Muslumbilder in Deutschland. Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: FES (Elektronische Ressource)

**STICHWÖRTE:** Muslim; Soziale Integration; Religion; Vorurteil; Wahrnehmung

**Frech, Siegfried / Juchler, Ingo (Hrsg.) (2009):** Dialoge wagen. Zum Verhältnis von politischer Bildung und Religion. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

**STICHWÖRTE:** Religion; Politische Bildung; Religionsunterricht; Politischer Unterricht

**Hafez, Kai / Schmidt, Sabrina (2015):** Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung (2. Auflage)

**STICHWÖRTE:** Deutschland; Religion; Islam; Wahrnehmung; Stereotyp

**Halm, Dirk / Sauer, Martina (2015):** Lebenswelten deutscher Muslime. Religionsmonitor – verstehen was verbindet. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung (Elektronische Ressource)

**STICHWÖRTE:** Deutschland; Muslim; Soziale Integration; Religiosität

**Kazzazi, Kerstin / Treiber, Angela / Wätzold, Tim (Hrsg.) (2016):** Migration, Religion, Identität. Aspekte transkultureller Prozesse. Wiesbaden: Springer VS

**STICHWÖRTE:** Migration; Multikulturelle Gesellschaft; Interkulturalität; Religion; Kulturelle Identität

**Khalifaoui, Mouez / Möhring-Hesse, Matthias (Hrsg.) (2015):** Eine Arbeitsgesellschaft – auch für Muslime. Interdisziplinäre und interreligiöse Beiträge zur Erwerbsarbeit. Münster u. a.: Waxmann

**STICHWÖRTE:** Deutschland; Muslim; Berufstätigkeit; Religiosität; Arbeitswelt; Soziale Integration; Arbeitsrecht; Islamische Theologie

**Kösemen, Orkan / Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2013):** Brücken bauen – Perspektiven aus dem Einwanderungsland Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

**STICHWÖRTE:** Deutschland; Multikulturelle Gesellschaft; Migrationshintergrund; Kulturelle Identität; Religion

**Massing, Peter / Niehoff, Mirko (Hrsg.) (2014):** Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Sozialwissenschaftliche Grundlagen – politikdidaktische Ansätze – Praxisberichte. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

**STICHWÖRTE:** Deutschland; Politische Bildung; Migration; Demokratie

**Meier-Braun, Karl-Heinz / Weber, Reinhold (Hrsg.) (2013):** Deutschland Einwanderungsland. Begriffe, Fakten, Kontroversen. Stuttgart: Kohlhammer

**STICHWÖRTE:** Deutschland; Migration; Integration; Politikfeldanalyse

**Rothgangel, Martin / Aslan, Ednan / Jäggel, Martin (Hrsg.) (2013):** Religion und Gemeinschaft. Die Frage der Integration aus christlicher und muslimischer Perspektive. Göttingen: V&R unipress

**STICHWÖRTE:** Religion; Identität; Soziale Integration; Islam; Migration; Christentum; Rolle; Wandel; Integration; Multikulturelle Gesellschaft; Theologie; Religiöse Erziehung; Stadt; Caritas; Kirche

# Diskussionen über den Beutelsbacher Konsens

## Beobachtungen und Anmerkungen zu einer Tagung in Heppenheim

**Der Beutelsbacher Konsens stand im Mittelpunkt einer Tagung, die am 19. und 20. September 2015 in Heppenheim im Haus am Maiberg stattgefunden hat. Eingeladen hatten neben der gastgebenden Einrichtung auch der Bundesausschuss politische Bildung, die Bundeszentrale für politische Bildung, die Hessische Landeszentrale für politische Bildung, die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik und die Deutsche Vereinigung für politische Bildung/Landesverband Hessen. Das ergibt eine Menge Häuptlinge und Deutungsperspektiven, es kamen aber auch fast 70 Tagungsgäste, die zu einem nicht geringen Teil sich schon vorher schriftlich zu Wort gemeldet hatten.** von Paul Ciupke

„Brauchen wir den *Beutelsbacher Konsens*?“, so lautete die Frage, die in den zwei Tagen erörtert werden sollte. Die Frage könnte als Sakrileg erscheinen, gelten doch manchen Akteuren im weiten Feld die drei dünnen Formeln als Grundgesetz oder gar drei (gedacht wie die 10) Gebote der politischen Bildung. Dabei war historisch der *Beutelsbacher Konsens* von 1977 gar kein wirklicher Konsens, sondern ein Versuch, eine längere zum Teil sehr kontroverse Diskussion, die man nur vor dem Hintergrund des in der Gesellschaft wie im Fach zum Teil erbittert geführten Streits um die Rahmenrichtlinien in Hessen und NRW und den politischen Nachwehen der Protestbewegung der 1960er und 1970er Jahre verstehen kann, im Nachhinein zusammenzufassen. Er ist sozusagen ein Konstrukt, aber auch ein Wechselbalg, denn es galt unbotmäßige Formen der politischen Bildung zu ächten. Er hat aber in der Tat eine gewisse Befriedung in erster Linie für den Schulbereich herbeigeführt.

„Die Auseinandersetzung mit der Studentenbewegung fand überwiegend über didaktisch-methodische Prinzipien statt“, resümierte der frühere Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung *Franklin Schultheiß* rückblickend (Schultheiß 1995, S. 58). Für die außerschulische politische

Bildung, die in der Tat damals sich durch die Einflüsse sozialer Bewegungen und neuer Jugendkulturen erheblich politisierte, stellten sich die Fragen: Wie nah dran darf politische Bildung an den Bewegungen und Subkulturen sein und ist es erlaubt, aus Veranstaltungen der politischen Bildung heraus politische Aktionen und Initiativen zu starten? In manchen Fachverbänden gab es heftige Kontroversen über die Auslegung des Bildungsverständnisses zwischen Vertretern verschiedener politischer Lager, oft auch zwischen den Generationen. Insbesondere die zweite Frage war sehr umstritten und hier zeigt der *Beutelsbacher Konsens* deutliche Grenzen auf.

Allerdings wurde im Bereich der außerschulischen politischen Bildung dieser Konsens lange Zeit kaum zur Kenntnis genommen. Man kann sagen, dass er erst Ende der 1990er Jahre ins professionelle Bewusstsein einwanderte. Es gab aber andere Regulierungsmechanismen und orientierende Kriterien. Fördernde Institutionen konnten natürlich über Richtlinien, Geldflüsse und andere Eingriffe als problematisch erachtete Lehr-Lernformen und Personen ausgrenzen, was auch geschah. Andererseits aber gab es ein zunehmendes professionelles Bewusstsein; im Mittelpunkt derartiger Bemühungen, reflektierte didakti-

sche Formen zu entwickeln, stand die Subjekt- oder Teilnehmerorientierung. Und hier haben wir ein – wenn man so will – normatives Fundament, das auch im *Beutelsbacher Konsens* zum Tragen kommt und zum Markenkern politischer Bildung gehört: nämlich die Anerkennung und Achtung der Autonomie des lernenden Individuums. Überhaupt muss angemerkt werden, dass schon in der Volks- bzw. Erwachsenenbildung der Weimarer Zeit nachgedacht und gestritten wurde über Fragen der Neutralität, des Relativismus als didaktische und methodische Haltung und die Notwendigkeit der Unterscheidung von (politischer) Jugend- und Erwachsenenbildung einerseits und Bewegungspolitik und Milieusicherung andererseits (siehe dazu auch Ciupke 2011). Leider ist die Geschichte des eigenen Feldes unter den Professionsangehörigen wenig bekannt. Womit auch gesagt sein soll, dass die Problemdiskussion viel älter ist und der *Beutelsbacher Konsens* ein Schnappschuss der 1970er Jahre.

Und wenn die Gehalte des *Beutelsbacher Konsenses* so zentral für Verständnisse und Arbeitsformen politischer Bildung sind, warum dann ihn in Zweifel ziehen? Diese Frage stellte sich auch *Wolfgang Sander* in Heppenheim, der in einem konzisen Vortrag sechs verschiedene Formen der Kritik am *Beutelsbacher Konsens* einer Prüfung unterzog, die darin endete, dass er fragte, ob wir – mit Verweis auf die Flüchtlingsfrage – zurzeit nicht andere politische Probleme hätten als diesen alten Formelkompromiss zu diskutieren. Diese Zuspitzung mag der Tagesaktualität geschuldet sein, denn zugleich zeigte *Sanders* Analyse, dass es sich gleichwohl lohnt, sich in einer komplexeren Weise mit dem Thema auseinanderzusetzen. In der Tat ist die verkürzte Betrachtung des *Beutelsbacher Konsenses* oft ein Problem. Aus diesem etwa ein striktes Neutralitätsgebot für Lehrende herauszulesen, ist eine ziemliche Simplifizierung. Während der Tagung wurden wiederholt zwei Argumente geäußert. Das eine bezieht sich auf die alte Frage, inwieweit gemeinsame politische Aktionen im Lernarrangement erlaubt sein dürfen. Einige Befürworter möchten damit gern die politische Bildung wieder politischer werden und partizipativer im öffentlichen Raum agieren lassen. Nun ist es in der Tat diskutabel, was etwa bei einer Forderung nach einem städtischen Jugendparlament im Kontext eines Schülerseminars das Verdikt der Überwältigung rechtfertigen würde. Bei solchen Fragen würde es gut tun, mit Hilfe präziserer Beobachtungen und Unterscheidungen das Problembewusstsein zu vertiefen und gleichzeitig unstrittige Sachverhalte zu identifizieren, wenn es sich z. B. um allgemein gehaltene Aktionsformen zu weitgehend ge-

teilten Inhalten und Grundlagen der politischen Kultur und Demokratie handelt.

Ein anderer Einwand zum Überwältigungsverbot wurde in Heppenheim ungefähr so formuliert: Das Überwältigungsverbot thematisiert das Machtgefälle in Lehr-Lern-Handlungen. Der/die Lehrenden verfügen in der Regel nicht nur über einen Wissensvorsprung, sondern besitzen auch eine aus der Struktur der Veranstaltung geborene höhere Autorität, die sie etwa zu Manipulationszwecken einsetzen können. Diese kritische Sichtweise auf veranstaltungsinhärente Herrschaftsinteraktionen muss aber mittlerweile als viel zu schlicht eingeschätzt werden, gibt es doch noch viele andere Feingriffe der Macht und Habitusdispositionen, die sich strukturell – oftmals hinter dem Rücken der Agierenden, also der Lehrenden und Lernenden – durchsetzen. Hier lassen u. a. die Ideen und Analysen von *Michel Foucault* und *Pierre Bourdieu* grüßen. Diese Einrede verweist auf mitgebrachte Sozialisationsbedingungen, in den individuellen Habitus eingebrannte Handlungsrou-tinen, die kontraproduktiv für das Lernen sein können oder bewusste oder unbewusste Ausschlussmechanismen, die durch das Seminararrangement oder durch das Lehrhandeln mit hervorgebracht werden. Dass es solche strukturellen Einflussfaktoren gibt, ist natürlich unbestreitbar. Aber macht es Sinn, diese teils sehr allgemeinen Strukturbedingungen, teils individuell mitgebrachten Handlungsdispositionen gegen die reflektierte Auswahl didaktischer Leitbegriffe auszuspielen? Wohl kaum.

*Wolfgang Sanders* Vortrag vorausgegangen war die Verlesung des Beitrags von *Peter Henkenborg*. Der Mar-

---

## Politisches Wissen und politische Orientierungen sind aber in großen Teilen flüchtige Substanzen, sie sind irrtumsanfällig, sie sind hybride Konstruktionen.

burger Politikdidaktiker war kürzlich mit erst 60 Jahren plötzlich verstorben, sein Beitrag für den Tagungsreader – zwei Tage vor dem Tode abgegeben – ist somit vermutlich sein letzter Text. Dieser stellt sich dar als eine klug argumentierende und eindringliche Verteidigung der Anerkennung von pädagogischem Eigensinn im Medium des Deutungslehrens und der Umgebung einer demokratischen →

Kultur des Dissenses. Er fordert die Berücksichtigung pluraler politischer Meinungen und Positionen, von Multiperspektivität und er reklamiert die Offenheit des Lernprozesses. Nicht der Primat der Politik sondern der Primat des Subjekts soll gelten. Und an dieser Stelle wird für *Peter Henkenborg* der *Beutelsbacher Konsens* unverzichtbar, denn er garantiert die pädagogische Professionalität. *Henkenborgs* Vermächtnis ist ein engagiertes Plädoyer für eine politische Bildung zur Mündigkeit, die als ersten Schritt dazu den Respekt vor dem lernenden Individuum einfordert.

*Bettina Lösch* hingegen stellte in ihrem schriftlichen Beitrag fest: „Was bedeutet Kontroversität in Zeiten des willkürlichen Pluralismus und der Konfliktscheue? Eine liberale Vielfältigkeit verdeckt meist dominante Diskurse und Positionen.“ Aus meiner Sicht ist das ein schwieriger Befund mit problematischen Assoziationen und nicht nur guten Erinnerungen an frühere Diskussionen, wo rigide unterschieden wurde zwischen richtigem und falschem Wissen oder linkshegelianisch zwischen Wesen und Erscheinung. Politisches Wissen und politische Orientierungen sind aber in großen Teilen flüchtige Substanzen, sie sind irrtumsanfällig, sie sind hybride Konstruktionen. Wahrheiten sind allenfalls Momentaufnahmen im Diskurs um ihre Anerkennung.

Dennoch sind die Forderungen nach einer Überprüfung des *Beutelsbacher Konsenses* richtig. Aber die nötigen Überlegungen sollten sich der Komplexität des Feldes angemessen stellen. Was bedeutet denn heute beispielsweise das Kontroversitätsgebot? Dass man in Veranstaltungen alle aufgegebenen Thesen und Themen kontrovers darstellt, wie manchmal in naiver Weise angenommen bzw. propagiert, ist ja in der Regel nicht leistbar und – vor dem Hintergrund mancher kruder Theoreme und Auffassungen – oft auch nicht wünschbar. Kontroversität kann ja nur heißen, dass in Veranstaltungen die Möglichkeit kontroverser Darstellung und Diskussion immer gegeben sein muss, nicht mehr. Das Kontroversitätsgebot garantiert einen Möglichkeitsraum. Und mit Neutralität, wie schon früher erwähnt, hat das nichts zu tun, wohl aber mit einem gewissen pädagogischen Taktgefühl, über das Lehrende verfügen sollten.

Auch die anderen Grundsätze des *Beutelsbacher Konsenses* wären zu präzisieren. Und warum nicht weitere orientierende Prinzipien hinzufügen? Politische Bildung, die politischer sein will, vergisst im Überschwang oftmals die didaktischen und methodischen Dimensionen. Es nutzt nichts, großartige Ziele und weit gespannte Erwar-

tungshorizonte aufzubauen, ohne gleichzeitig den Handlungsrahmen zu konkretisieren, die Arbeitsformen zu bestimmen und die – wenn man so will – Grundsätze des Respekts oder pädagogischen Taktes zu identifizieren, mit denen solches möglicherweise erreicht werden kann. Die Diskussionen dazu sind aber bedauernswerterweise oft nicht vielschichtig und beziehungsreich genug. Was wir aber nicht brauchen, ist ein Konsens, der als Bildungspolitist oder Überwachungsradar funktioniert.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2016

### Zum Autor



**Paul Ciupke**, Dr. phil. und Diplompädagoge ist Mitglied des Leitungsteams im Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V. und Mitherausgeber der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“.

paul.ciupke@hu-bildungswerk.de

### Literatur

**Ciupke, Paul (2011):** Parteiliche oder neutrale Bildungsarbeit? Kontroversen in der Volksbildung der Weimarer Zeit. In: Widmaier, Benedikt / Nonnenmacher, Frank (Hrsg.): Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 45–66

**Schultheiß, Franklin (1995):** Gelebte politische Bildung. Ein Gespräch mit Franklin Schultheiß. In: Außerschulische Bildung, H. 1-1995, S. 52–61

# breit aufgestellt!

## Bildungsarbeit gegen Ungleichwertigkeitsvorstellungen und extrem rechte Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft

**Mit dem bundesweiten Fortbildungsprojekt „breit aufgestellt“ richtet ARBEIT UND LEBEN bereits seit 2013 den Fokus auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Mitte der Gesellschaft und qualifiziert Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Präventionsarbeit. Auf den Ebenen von Theorie, Selbstreflexion und Methodenkompetenz werden die Ideologieelemente des Rechtsextremismus bearbeitet und wird das Erlernte in Praxisprojekten zu den jeweiligen Handlungsfeldern der Teilnehmenden umgesetzt. Die Auswertung der bisher drei in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) abgeschlossenen Durchgänge bestätigt Ansatz und Zugänge des Projekts.** von Jens Schmidt

### Die Ausgangslage – Ausgrenzung durch die Mitte

Seit Jahren weisen Studien regelmäßig auf ausgrenzende Einstellungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in der Mitte der Gesellschaft hin. Dies hat schon immer auch seinen Ausdruck in diskriminierenden Strukturen und gewaltförmigen Handlungen gefunden. In den vergangenen Monaten wurde diese Bedrohung für Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Menschenrechte in Deutschland noch offensichtlicher. Die körperliche Gewalt gegen Geflüchtete, deren Unterkünfte und Unterstützer/-innen, gegen engagierte Politiker/-innen und Journalistinnen und Journalisten ist zuletzt extrem angestiegen. Die Täter/-innen kommen – soweit ermittelbar – häufig aus der Mitte der Gesellschaft und waren bislang selten strafrechtlich auffällig. Große Gruppen von „ganz normalen Bürgerinnen und Bürgern“ unterstützen sie dabei. Der sogenannte Rechtsextremismus radikalisiert und legitimiert Ausschlusspraxen, die in einer weniger verdichteten Form ihre Verankerungen in der Mitte der Gesellschaft haben.

### Der pädagogische Ansatz –

#### Intersektionale politische Bildung

ARBEIT UND LEBEN hat mit dem Fortbildungsprojekt *breit aufgestellt* die Herausforderungen angenommen, die die Prävention gegen extrem rechte Einstellungen bereithält, und gleichzeitig versucht, die Erfahrungen und Kompetenzen der Profession zu bündeln. Das Projekt ist Element eines umfassenden Fortbildungskonzepts, das seit 2013 in Zusammenarbeit der bpb mit drei zentralen Trägern der politischen Bildung angeboten wird: *Qualifiziert handeln!* Übergreifendes Ziel ist die Befähigung zu Prävention und Intervention gegen ausgrenzende Einstellungen. Die Fortbildungen sind als komplementär strukturierte und wirkende Bausteine angelegt (vgl. [www.bpb.de/qualifiziert-handeln](http://www.bpb.de/qualifiziert-handeln)).

Konzeptionell greift *breit aufgestellt* die Ideologieelemente des „Rechtsextremismus“ und der GMF auf, beschreibt sie in ihrem Zusammenwirken und knüpft an den Erfahrungen und Ansätzen der politischen Bildungsarbeit in den entsprechenden Themenfeldern an. Es unterstützt die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, einen analytischen Blick und eine pädagogische Haltung in ihre Arbeit zu integrieren, die Vielfalt, Diskriminierung und →



verschiedene Identitätsaspekte einbezieht und stellt ein konkretes Methodenset für die verschiedenen Themenfelder bereit. Die Module beziehen in ihrer Ausgestaltung Theorie, Selbstreflexion und pädagogische Praxis als drei gleichgewichtige Zugänge ein. Damit sollen die Teilnehmenden in ihrem Umfeld und in den Institutionen befähigt werden, präventiv gegen ausgrenzende und extrem rechte Einstellungen zu wirken bzw. bestehende Konfliktlagen pädagogisch anzugehen.

Die Fortbildung umfasst etwa 90 Präsenzstunden an fünf Wochenenden über einen Zeitraum von neun Monaten und schließt mit einer Zertifizierung zur Präventionskraft ab. Im Einzelnen sieht der Aufbau der Module vor, dass nach einer einführenden Beschäftigung mit der Rolle der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren einerseits

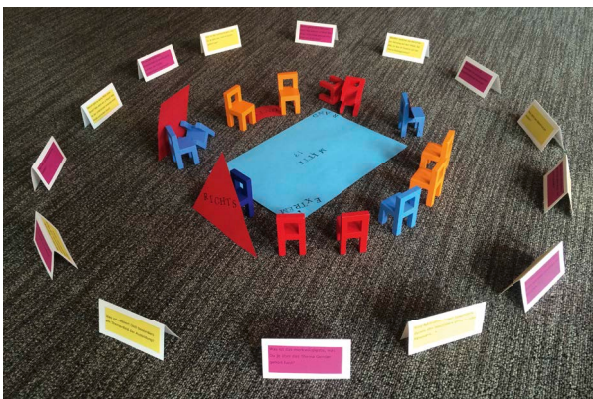


Foto: AuL Hamburg

sowie dem Verständnis von Rechtsextremismus bzw. (extrem) rechten Einstellungsmustern in der Mitte der Gesellschaft andererseits, einzelne ausgrenzende Ideologien aufgegriffen werden: Sozialdarwinismus, Rassismus, Sexismus/Homophobie, Nationalismus, Antisemitismus und Antiziganismus. Um den Bezug zur individuellen Praxis der Teilnehmenden herzustellen gibt es sowohl abschließende Module zu Professionalität und didaktischen Kompetenzen als auch die Umsetzung in Praxisprojekten und deren Auswertung.

Als theoretische Klammer für die zusammenhängende Bearbeitung der verschiedenen Themen wird der analytische Zugriff der Intersektionalität gewählt, um die verschiedenen Kategorien miteinander zu verbinden und einen umfassenden und übergreifenden Zugang für die pädagogische Arbeit gegen Rechts zu entwickeln. Intersektionalität (intersection = Schnittpunkt) meint dabei, dass alle relevanten sozialen Kategorien beim Verstehen und der

Bekämpfung extrem rechter Ideologie einbezogen werden – und dies nicht isoliert voneinander, sondern in ihren Wechselwirkungen. Eine Mehrebenenanalyse betrachtet die Diskriminierungsachsen dabei auf drei Ebenen: gesellschaftliche Strukturen inkl. Institutionen (Makroebene), interaktiv hergestellte Prozesse der Identitätsbildung (Mikroebene) sowie kulturelle Symbole (Repräsentationsebene).

### Projekt als Methodenwerkstatt

Im Rahmen der inhaltlichen Module sind verschiedene neue Methoden zur Erschließung und Bearbeitung der Themenstränge entstanden: „Bin ich Albert Einstein?“ kontrastiert beispielsweise im Nationalismus-Modul die Biographie Einsteins (Selbst-/Ausbürgerung im NS, seine kritische Reflexion von Patriotismus und Staatsangehörigkeiten) mit seiner Einbeziehung in die Kampagne „Du bist Deutschland“, um damit eine Auseinandersetzung mit nationalen Narrativen und Kampagnen zu initiieren. Die Tierfabel von Äsop wird in der Methode „Der Grashüpfer und die Ameisen“ aufgegriffen, um anhand der Disney-Version und einer veränderten Fassung in der Muppetshow über Anknüpfungspunkte antiziganistischer Sinnstrukturen an Werte der Gesellschaft nachzudenken: Mit welchen Merkmalen und Eigenschaften werden Grashüpfer und Ameisen dargestellt? Was ist die „Moral von der Geschichte“? Welche gesellschaftlichen Normen und Dichotomien können abgeleitet werden? Was hat das mit Antiziganismus zu tun? Wie prägen diese Werte auch uns? Die Wunschpronomenrunde verbindet eine Vorstellungs-/Namensrunde mit einem Sensibilisierungsprozess für selbstbestimmte Geschlechteridentitäten und signalisiert Trans\*/Inter\*-Offenheit. Auf Spurensuche begeben sich die Teilnehmenden im Rahmen des Sozialdarwinismus-Moduls bei der Methode „Das Leben des Norbert Plath“: Die Geschichte des von Neonazis zu Tode geprügelten Obdachlosen fokussiert einerseits exemplarisch auf die Opferperspektive und ermöglicht andererseits die Thematisierung von Abwertung, Hass und Gewalt gegenüber Obdachlosen als ein Ausdruck von Sozialdarwinismus, der in unterschiedlicher Gestalt bis in die Mitte der Gesellschaft hineinwirkt.

### Von der Theorie zur Praxis: Aha-Effekte durch Umsetzungsschritte

Ein zentrales Element der Fortbildung ist die Umsetzung theoretischer, selbstreflexiver und methodischer Erkenntnisse aus den Modulen durch die Planung, Durchführung und Evaluation von Praxisprojekten im eigenen professionellen Handlungsfeld. In den bisherigen Durchgängen

entstanden dabei sehr unterschiedliche Projekte: Projekt-tage zum NSU, ein intersektionales Blogprojekt „lernen-gegenrechts.de“ oder ein Präventionsprojekt gegen rechte Ideologien an der Grundschule, GMF-Workshops an Berufsschulen, Seminarangebote für Jugendverbände zu Nationalismus oder „Wer disst verliert“ – eine Interview-intervention zu diskriminierungsfreier Sprache im Kontext eines Festivals, ein Diversity-Sensibilisierungstraining für Auszubildende im Einzelhandel, Foto- und Graphic Novel-Projekte mit geflüchteten Jugendlichen, ein Theaterprojekt zu Nation mit Schüler/-innen oder „Free you Hijab“ – ein Empowermentworkshop für Musliminnen.

Hier geht es im Anschluss an Theorieinput und Methodentraining darum, „Elerntes zu übersetzen“. Die Auswertung zeigt, dass so die Schwelle von den erarbeiteten Fortbildungsinhalten zur Umsetzung – verschiedentlich mit Skepsis und Bedenken verknüpft – gemeinsam überwunden werden konnte.

Teilweise wurden bislang angewandte Methoden noch einmal überarbeitet, offene Fragen in der Praxis weiter verfolgt und die Wirkungen der Konzepte in der Praxis evaluiert. Als bedeutsam stellte sich heraus, auf diesem Wege die eigenen Zielsetzungen und das Rollenverständnis noch einmal intensiv zu reflektieren.

### **Auswertung – vom „Nach- und Neudenken“ und „Durchblick für viele Mechanismen“**

An der Fortbildung teilgenommen haben bislang Multiplikatorinnen/Multiplikatoren aus Schule, Wissenschaft, Soziale Arbeit, Verwaltung, Beratungseinrichtungen, Justiz, Kindertagespflege und Pädagoginnen/Pädagogen aus der politischen Bildung aus dem ganzen Bundesgebiet (Durchschnittsalter etwa 35 Jahre). Die Auswertung der Rückmeldungen weist darauf hin, dass der theoretisch-empirische Zugang (Intersektionalität/GMF bzw. Mitte) das Feld aufschließen konnte. Begründet wurde dies unter anderem damit, dass „darin zum einen alle ‚Bausteine‘, Machtebenen, Kategorien welche in einem rechtsextremen Weltbild eine Rolle spielen, aufgegriffen werden und die Komplexität der Wirkungsweisen sehr deutlich wurde“. Hervorgehoben wurde auch GMF als „Verbindungsline verschiedener -ismen sowie die Struktur, die letztlich hinter den -ismen steht.“ Teilnehmende beschreiben den Erkenntnisgewinn durch das „zuvor nicht geläufige Analyseinstrument“ der Intersektionalität als „Durchblick für viele Mechanismen“ und das Antreffen im „Alltag von in der Fortbildung behandelte Komplexe.“ Der Ansatz sei sinnvoll, „damit man nicht evtl. ‚betriebsblind‘ wird“ und

„damit gut verschiedene Ebenen von möglichen Betroffenheiten sehen könne.“

Geschätzt wurde von den Teilnehmenden das Nebeneinander verschiedener Ebenen: Biographische Methoden, Selbstreflexionseinheiten, theoretische Inputs, Textarbei-

---

**„Bevor ich anderen etwas beibringen kann, muss ich überhaupt auch mal über meine eigene Position reflektiert haben. Das ist für mich ein Bestandteil von professioneller pädagogischer Arbeit.“**

ten, Bild- und Filmanalysen. Entsprechend den individuellen Ansätzen und Zugängen der Referierenden sowie den Bezügen zum jeweiligen Themenbereich variierte dabei die Schwerpunktsetzung: „Sowohl für die Konzeption von Seminaren als auch für die konkrete Umsetzung von Methoden habe ich viel für die bildungsarbeiterische Praxis gelernt. Das Ergebnis ist jetzt im Job sehr hilfreich, habe neue Aspekte erfahren und wurde viel zum Nach- und Neudenken angeregt.“ oder „Für mich persönlich war nochmal ganz viel theoretischer Input da. Wenn ich in Gruppen in Seminaren irgendwelche Diskriminierungsformen finde, zu denen ich dann gerne etwas machen möchte. Dazu habe ich jetzt einfach nochmal mehr Input. Ich kann das total gut ummünzen oder auch gleich in ähnlicher Weise anwenden.“ und „Ich denke, bevor ich anderen etwas beibringen kann, muss ich überhaupt auch mal über meine eigene Position reflektiert haben. Das ist für mich ein Bestandteil von professioneller pädagogischer Arbeit.“

### **Hürden und Potentiale: der Komplexität gerecht werden**

Das analytische Instrument der Intersektionalität erfasst zunächst Komplexitäten gesellschaftlicher Realitäten und macht damit konzeptionelles Arbeiten auf den ersten Blick nicht einfacher. Der mit ihm verbundene Erkenntnis- und Qualitätsgewinn stellt sich verschiedentlich erst in der Anwendung heraus, lässt dann aber zu, mit Verschränkungen oder auch Widersprüchlichkeiten von Ausgrenzungsmechanismen umzugehen (aktuelle Beispiele sind dazu Rechtes „Engagement“ für Frauen/Homosexuelle im Kontext →

Geflüchtete oder das Verhältnis von Klassismus und Nationalismus im Kontext von PEGIDA).

Die Verbindung der einzelnen Module/Modulthemen zur „ausgrenzenden Mitte“ einerseits und zur extremen Rechten andererseits stellte sich als Herausforderung dar. Es gibt Module, in denen die Verbindung zur extremen Rechten vermeintlich auf der Hand lag, so z. B. in den Modulen Rassismus und Antisemitismus, so die Rückmeldung der Teilnehmenden. In anderen Modulen war eine gezieltere Beschäftigung mit der allgemeinen gesellschaftlichen Bedeutung von ungleichwertigkeitsgenerierenden Kategorien (bspw. der Kategorie Geschlecht) und der Verbindung zu der extrem rechten Zuspitzung von ausgrenzenden Vorstellungen notwendig. Diese konkreten Unterschiede in den Modulverläufen hängen sicher auch mit den Erfahrungen, Wissensbeständen und Normalitätsvorstellungen der Teilnehmenden zusammen und können deshalb nicht als gegeben gesetzt werden. Vielmehr stehen die Referierenden vor der Herausforderung, flexibel und prozessorientiert auf die Erfahrungshintergründe und Interessen, Widerstände und Dynamiken der jeweiligen Gruppe einzugehen. Der „doppelte Blick“ auf ausgrenzende Einstellungen, Handlungen und Strukturen in der gesellschaftlichen Mitte und der extremen Rechten muss daher systematisch in den Aufbau der einzelnen Module integriert werden. Ähnliche Herausforderungen gelten für das Verhältnis von Breite (verschiedene Diskriminierungsformen aufzuzeigen) und Tiefe (jedes einzelne Thema theoretisch zu durchdringen, selbstreflexiv zu bearbeiten und für die pädagogische Praxis aufzubereiten) oder die klassischen Dilemmata im Kontext ausgrenzungskritischer Pädagogik nach den Möglichkeiten der Benennung von Identitätskategorien ohne Reproduktion von Zuschreibungen oder den Reichweiten einer Wissensvermittlung gegen Ressentiments.

Der Erfolg von *breit aufgestellt* liegt vor allem auch in Kooperationen begründet. Im Rahmen des Fortbildungskonzepts „Qualifiziert handeln“ gibt es die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Fachbereich Extremismus der bpb sowie im wissenschaftlichen Beirat mit den *Fachhochschulen Düsseldorf und Koblenz*, die einen intensiven und produktiven Austausch ermöglicht. Die fachliche Verzahnung der Angebote der beteiligten Träger untereinander sowie die Diskussion und Weiterentwicklung der theoretischen Zugänge mit Unterstützung der Wissenschaft sind dabei als von der bpb initiierte Grundlage für die positiven Rückmeldungen der Teilnehmenden an der einzelnen Fortbildung zu betrachten. Außerdem sind es die zehn Refe-

rierenden der einzelnen Module, die – aus verschiedenen Bildungs- und Beratungsfeldern stammend – die fachliche Tiefe und Breite des Fortbildungsangebots absichern.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2016

### Zum Autor



**Jens Schmidt** ist Jugendbildungsreferent bei Arbeit und Leben Hamburg und Projektleiter der Projekte Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus, empower-Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und breit aufgestellt. Seine Arbeitsschwerpunkte sind geschlechterbezogene und intersektionale Bildungsarbeit. Er ist Sprecher der Fachgruppe für Soziale Gerechtigkeit und gegen Ausgrenzung und Rassismus beim Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN.

Jens.Schmidt@hamburg.arbeitundleben.de

[www.bpb.de/qualifiziert-handeln](http://www.bpb.de/qualifiziert-handeln)

[www.hamburg.arbeitundleben.de/pb/breitaufgestellt](http://www.hamburg.arbeitundleben.de/pb/breitaufgestellt)

# Niedrigschwellige politische Bildung

## Erfahrungen in der Bildungsarbeit mit Migrantinnen und Migranten in sozial benachteiligenden Lebenslagen

**Das Modellprojekt „Neukölln Gemeinsam Gestalten“ des Nachbarschaftsheims Neukölln e. V. bot migrantischen Erwachsenen in sozial benachteiligenden Lebenslagen Workshops der politischen Bildung an. Thema der Workshops waren demokratische Beteiligungsmöglichkeiten und zentrale Werte einer Demokratie. Als Träger der Gemeinwesenarbeit, der ganzheitlich und kontinuierlich mit dieser Zielgruppe arbeitet, kannten wir die Voraussetzungen der eher politikfernen Teilnehmenden und konnten angemessene didaktische Herangehensweisen entwickeln. Der Artikel stellt einige zentrale Methoden und Haltungen vor, die eine niedrigschwellige politische Bildungsarbeit mit dieser Zielgruppe gelingen lässt.** von Annette Wallentin

### Geringe politische Beteiligung von Menschen in sozial benachteiligenden Lebenslagen ...

In Berlin Neukölln sind Menschen ohne deutschen Pass doppelt so häufig arbeitslos wie ihre Nachbarinnen und Nachbarn mit deutscher Staatsangehörigkeit. Der Anteil armer Haushalte ist unter den Menschen mit Migrationsgeschichte im Bezirk sogar bis zu dreimal höher als in der übrigen Gesellschaft. Neuköllner Migrantinnen und Migranten befinden sich also häufig in sozial benachteiligenden Lebenslagen. Die Frage, wie die Familie durchzubringen ist, liegt da allemal näher als die nach politischer Einflussnahme und Beteiligung.

Auch Studien belegen es: Menschen in sozial benachteiligten Lebenslagen sind unterdurchschnittlich politisch interessiert und unterdurchschnittlich politisch vertreten. Die Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte und deutschem Pass ist – egal bei welcher Wahl – im Schnitt um 10 % geringer als in der Gesamtbevölkerung. Auch bei Teilnehmungsformen, die allen offen stünden (ob mit oder ohne Pass), wie z. B. Mitgliedschaft in Vereinen, organisiertes bürgerschaftliches Engagement in Bürgerinitiativen und Protestgruppen, Beiräte und Interessenvertretungsgremien, fällt eine Unterrepräsentanz von Migrantinnen und Migranten auf.

### ... als Zielgruppe der politischen Bildungsarbeit?

Politische Bildung, die sich bewusst an eine solche, meist nicht-akademisch sozialisierte, vordergründig politikferne Zielgruppe wendet, hat in der Jugendbildung in Deutschland eine lange Tradition. Als Beispiele ließen sich neben der Arbeiterjugendbildung, dem „Lernen durch Engagement“ und ähnlichen Modellprojekten in Kooperation mit Schulen noch viele andere Ansätze nennen. Im Erwachsenenbereich haben solche Konzepte dagegen noch immer Seltenheitswert. Akademien und Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung in Deutschland setzen überwiegend auf Bildungsangebote, die sich in Inhalt und Methode klar an ein meist studiertes, beruflich gut situiertes und gesellschaftlich engagiertes Klientel richtet. Immer wieder wird der politischen Bildungsarbeit das Etikett „Bildung für Eliten“ angeheftet, die nur die Menschen erreicht, die ohnehin politisch interessiert sind und ein gewisses Maß an Vorbildung mitbringen.

Mit dem Projekt „Neukölln Gemeinsam Gestalten“ hatten wir – gefördert durch das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* – drei Jahre lang die Möglichkeit, ein Konzept niedrigschwelliger politischer Bildungsarbeit mit sozial benachteiligten Migrantinnen und Migranten →

zu Möglichkeiten der politischen Beteiligung zu entwickeln und zu erproben.

### **Das Modellprojekt „Neukölln Gemeinsam Gestalten“**

Im Zentrum dieses Projekts stand die politische Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in Neukölln, die häufig in Beteiligungs-Gremien noch zu wenig repräsentiert sind. Mit aufsuchenden Workshops informierten die Mitarbeiter/-innen besonders Menschen mit und ohne deutschen Pass und mit eigener Einwanderungserfahrung in Schulen, migrantischen Vereinen, Stadtteilzentren und anderen Treffpunkten der migrantischen Einwohnerschaft darüber, welche Beteiligungsmöglichkeiten ihnen offenstehen. Voraussetzungsarm und mit niedrigschwelligen Methoden der politischen Bildungsarbeit lud „Neukölln Gemeinsam Gestalten“ die Zielgruppe zur Mitarbeit z. B. in Elternvertretungen in Schulen oder im Quartiersrat ein, zur Bundestagswahl etwa auch zum informierten Wahlgang, denn schließlich haben in Neukölln ca. die Hälfte der Migrantinnen und Migranten einen deutschen Pass. Bereits Engagierten vermittelten die Projektmitarbeiterinnen in Kursreihen das Handwerkszeug der ehrenamtlichen politischen Arbeit (Förderanträge stellen, Öffentlichkeitsarbeit, Sitzungen leiten, kommunale Einflusswege), damit sie ihr Engagement effektiv und zielgerichtet einsetzen können.

„Neukölln Gemeinsam Gestalten“ des Nachbarschaftsheim Neukölln e. V. wurde durch das BAMF als best-practice-Projekt ausgezeichnet.

Welches waren nun die didaktischen Gelingensbedingungen der Arbeit im Projekt? Welche Methoden und Haltungen erwiesen sich als Erfolg versprechend, um sozial benachteiligte Menschen mit Migrationsgeschichte mit Angeboten der politischen Bildung zu erreichen?

### **Zentrale Bedingung: Die Voraussetzungen der Teilnehmenden kennen**

Um angemessene Methoden zu finden, war zu Beginn des Modellprojekts ein Blick auf die Ausgangsbedingungen unserer Zielgruppe wichtig: Was kennzeichnet die Menschen, mit denen wir künftig arbeiten wollten? Welche Erfahrungen mit Politik und Bildung bringen sie ein? Neben Literaturstudien und Expertinnen-/Experten-Interviews war hier auch eine Reihe von Kiez-Frühstücken in unserem Stadtteilzentrum hilfreich, bei denen wir die künftige Zielgruppe unserer Bildungsworkshops in informellen und persönlichen Gesprächen kennenlernen konnten. Besonders suchten wir den Kontakt zu Migrantinnen und Migranten der ersten Einwanderergeneration, d. h. Men-

schen, die außerhalb Deutschlands geboren und oft auch aufgewachsen sind.

Wir stellten fest, dass ihnen „Demokratie“ oftmals ein weitgehend leerer Begriff war, den sie zwar kannten, aber inhaltlich nicht füllen konnten – die Vorerfahrung aus dem Herkunftsland fehlte. „Der Politik“ gegenüber zeigten sie indifferente bis feindliche Haltungen – auch hier wurden negative Vorerfahrungen aus dem Herkunftsland und im Behördenkontakt in Deutschland als Begründungen genannt. Auch mit Bildungssituationen wurden bislang oftmals nur wenig positive Erfahrungen gesammelt. Diese Voraussetzungen der Teilnehmer/-innen galt es, in der Entwicklung von Bildungskonzepten und -methoden mit zu bedenken und darauf zu reagieren.

### **Didaktische Gelingensbedingungen**

Welche didaktischen Überlegungen und Methoden unserer politischen Bildungsarbeit mit dieser Zielgruppe schlossen wir daraus?

Ganz wichtig, um die weitgehend an Politik desinteressierte Zielgruppe dennoch zu erreichen, war ein aufsuchender Ansatz. Wir haben uns in bestehende migrantische Freizeit- und Vereinsgruppen selbst eingeladen, was in den meisten Fällen auf positive Resonanz stieß – wir wurden freudig empfangen. Der „Heimvorteil“ der Teilnehmer/-innen als Gastgeber der Workshops machte von Beginn an ein gleichberechtigtes und vertrauensvolles Miteinander möglich.

Von Bedeutung für unsere freundliche Aufnahme in den migrantischen Gruppen war sicherlich auch, dass der Träger unseres Beteiligungsbüros (das Nachbarschaftsheim Neukölln e. V.) der Zielgruppe bekannt und vertraut ist. Sie verbinden uns mit dem Fußballtraining ihrer Töchter, mit den wöchentlichen Begegnungen im „Kiezcafé“ und mit weiteren lebensweltlichen Angeboten wie Sozialberatung, Bewegungskurse und großen Nachbarschaftsfeiern zu den interkulturellen Festen. Ein Träger, der ausschließlich politische Erwachsenenbildung anbietet, hätte diesen Vertrauensvorschuss wohl nicht.

Jeder Workshop begann mit einer Phase informellen Austauschs, bei der die migrantische Gruppe sich selbst und ihre Arbeit vorstellte. Auch dies beförderte eine Kommunikation auf Augenhöhe und gab uns Informationen, um im Workshop selbst unmittelbar an der Lebenswelt der Teilnehmenden anknüpfen zu können.

Im Workshop vermieden wir politisches Institutionenlernen und die Vermittlung von Strukturwissen. Stattdessen erarbeiteten wir gemeinsam demokratische Werte. „Politik“



erzeugt alleine schon als Begriff Abwehr („die da oben“), die „Sache der Gemeinschaft“ dagegen keineswegs. Wir knüpften an Erfahrungen von Solidarität und Unterstützung der Teilnehmenden an und erschlossen damit, wo Politik in ihrem Leben (ohne sie so zu nennen) eine Rolle spielt.

Wichtig war außerdem, bei der Erarbeitung von demokratischen Werten voraussetzungsarm vorzugehen und die zentrale Idee der Beteiligung gegebenenfalls auf sehr kleine Ebene herunterzubrechen: Dann heißt die große „De-

## Wir lernten, diese untypischen Ausgangslagen unserer Teilnehmenden als Ressource wahrzunehmen.

mokratie“ erst einmal, überhaupt eine eigene Meinung für sich zu finden und mutig genug zu sein, sie in der Gruppe zu formulieren.

Die Verwendung einer einfachen Sprache und insgesamt von wenig Schrift, dafür mehr Visualisierung durch Skizzen und Gegenstände verstehen sich von selbst. Die Regeln der „Leichten Sprache“ in Wort und Schrift sind erlernbar (vgl. Netzwerk Leichte Sprache o. J. a und b) und helfen den Dozentinnen und Dozenten zusätzlich dabei, sich auf das Wesentliche des zu Vermittelnden zu konzentrieren.

### Erfolge und Grenzen

Die Teilnehmer/-innen unseres Modellprojekts brachten untypische Voraussetzungen mit, wenn man sie mit den durchschnittlichen Teilnehmer/-innen von Angeboten der politischen Erwachsenenbildung vergleicht: Sie verfügten über wenig Vorwissen darüber, welche politischen Beteiligungswege ihnen offenstehen, dafür aber über große Vorbehalte gegenüber „der Politik“, die sie nur als Parteipolitik oder aus Behördenkontakten kennen. Wir lernten, diese untypischen Ausgangslagen unserer Teilnehmenden als Ressource wahrzunehmen. Sie eröffneten uns die Chance, uns von Phrasen des politischen Unterrichtens freizumachen und stattdessen die Gelegenheit zu nutzen, uns noch einmal auf die eigenen zentralen Werte und das Wesen von Demokratie zu besinnen: Was ist genau das Wesentliche daran, was ist der Kern von Demokratie? Was macht Alltagsleben in einer demokratischen Gemeinschaft aus? Die Überlegungen führten zu ganz persönlichen Fragen:

Was ist mir persönlich an Demokratie wichtig? Warum mache ich politische Bildungsarbeit? Nach langjähriger Berufspraxis in diesem Arbeitsfeld ist ein Rückbesinnen auf die Quintessenz wohltuend.

Bei der Verwendung von „Leichter Sprache“ ist auf den schmalen Grad zwischen „leicht“ und „kindlich“ zu achten. Es besteht die Gefahr, die Zielgruppe nicht ernst zu nehmen und sie zu unterschätzen. Den Begriff „Parlament“, beispielsweise, versteht nach unserer Erfahrung jede/r Erwachsene, da er in vielen Sprachen gleich oder ähnlich lautend vorkommt und auch das Konzept bekannt ist. Dozentinnen und Dozenten sollten einfach sprechen, aber dabei nicht klingen wie die „Sendung mit der Maus“. Wo Begriffe unvertraut blieben, lernten wir, uns von den Teilnehmenden helfen zu lassen: Oft fanden sie eigene Worte für unsere Inhalte, die näher an ihrer Lebenswelt waren. Diese Begriffe der Teilnehmenden griffen wir auf und arbeiteten damit weiter.

Insgesamt haben wir die positive Erfahrung gemacht, dass sich Abstraktes immer auch vom Konkreten her vermitteln lässt. Es geht darum, die Teilnehmenden als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt ernst zu nehmen und ihnen die Fähigkeit zuzugestehen, aus der eigenen Erfahrung auch abstrakte Prinzipien ableiten zu können – Oskar Negts Idee der „Autonome Theoriefähigkeit des Subjekts“ lässt grüßen.



NGG-Mitarbeiterin Elif Yesilgöz in einem Workshop für Elternvertreter/-innen an Schulen Foto: Kemal Hür

Das durchaus ehrgeizige Ziel des Projekts war es, nicht nur politische Bildungs-Workshops „abzuliefern“, sondern migrantische Einwohner/-innen Neuköllns darin zu bestärken und zu ermutigen, sich in Beteiligungsgremien ihrer Lebenswelt wie Elternvertretung in Kitas und Schulen sowie in Bewohner/-innen-Räten von Kiezen bis hin zum →



kommunalen Parlament zu engagieren. Als Grenze für unser Projekt stellten wir die gängige, akademisch geprägte Arbeits- und Kommunikationskultur in diesen Gremien fest. Nicht nur unsere Teilnehmenden, sondern auch die Gremien-Moderatorinnen und -Moderatoren samt der anderen Gremien-Mitglieder der Aufnahmegesellschaft müssen vorbereitet werden und sich verändern, wenn in diesen Beteiligungs-Gremien tatsächlich allen eine Heimat geboten werden soll. Ermutigte und politisierte Neu-Mitglieder ohne entsprechenden akademischen Hintergrund (ob mit

---

## Es geht darum, die Teilnehmenden als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt ernst zu nehmen und ihnen die Fähigkeit zuzugestehen, aus der eigenen Erfahrung auch abstrakte Prinzipien ableiten zu können.

oder ohne eigene Migrationsgeschichte) fühlen sich sonst dort am falschen Ort. Allein in der schulischen Elternvertretungsarbeit, so unsere Erfahrung, gibt es positive Beispiele einer gelingenden politischen Inklusion.

Die Vision einer größer gedachten politischen Bildungsarbeit könnte also sein, die Grundbildung zu demokratischen Werten nicht allein mit einer politikfernen Zielgruppe in sozial benachteiligten Lebenslagen zu unternehmen, sondern mit einem umfassenden Querschnitt der Einwohnerschaft: Der demokratische Grundwert der Gleichheit und abgeleitet davon der gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Beteiligungsformen wäre sicherlich nur ein lohnenswertes Lernziel einer solchen politischen Bildungsarbeit.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2016

### Zur Autorin



**Annette Wallentin**, Politologin, arbeitet beim Nachbarschaftsheim Neukölln e. V. und leitet dort das Beteiligungsbüro „Mitreden in Neukölln“ mit dem Schwerpunktthema „Politische Inklusion von Menschen mit Migrationsgeschichte“. In der politischen Erwachsenenbildung war sie schon zuvor tätig als Programmreferentin des Berliner August Bebel Instituts.

annette.wallentin@gmx.de

Foto: Ute Falkner

### Literatur

**Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg/i-Punkt (2008)**: Perspektiven Bilden. Fotoseit für die politische Bildung. Stuttgart: LpB

**Munsch, Chantal (2005)**: Die Effektivitätsfalle. Gemeinwesenarbeit und bürgerschaftliches Engagement zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren GmbH

**Netzwerk Leichte Sprache (o. J.a)**: Die Regeln für Leichte Sprache; [www.leichte-sprache.de/dokumente/upload/21dba\\_regeln\\_fuer\\_leichte\\_sprache.pdf](http://www.leichte-sprache.de/dokumente/upload/21dba_regeln_fuer_leichte_sprache.pdf) (Zugriff: 13.07.2015)

**Netzwerk Leichte Sprache (o. J.b)**: Die Regeln für Treffen und Tagungen. [www.leichtesprache.org/images/Regeln\\_Tagungen.pdf](http://www.leichtesprache.org/images/Regeln_Tagungen.pdf) (Zugriff: 13.07.2015)

**Wittmann, Beate (o. J.)**: Handbuch für politische Bildung in der Basisbildung. Anregungen und Übungen. Teilhabe durch Bildung – Teilprojekt 5. Im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft. In: Bewegung II. Veröffentlichung des BHW Bildungs- und Heimatwerks Niederösterreich; [www.lernende-gemeinde.at/gemeindeamt/download/221437117\\_1.pdf](http://www.lernende-gemeinde.at/gemeindeamt/download/221437117_1.pdf) (Zugriff: 13.07.2015)

# Soziale Ungleichheit, politische Partizipation und die Zukunft der Demokratie

## Reflexionen zum AdB-Jahresthema 2016

**Das Jahresthema des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten im Jahr 2016 lautet: „Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie“. In jeder Ausgabe der „Außerschulischen Bildung“ wird ein Beitrag dazu aufgenommen. In diesem Artikel wird der Fokus auf die wachsende soziale Ungleichheit und die damit einhergehende ungleiche Verteilung politischer Partizipationschancen gelegt, also letztlich auf die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie. von Robert Schmidt**

Soziale Gerechtigkeit ist ein Schlüsselbegriff moderner Demokratien. Dennoch herrscht keine Einigkeit darüber, welche gesellschaftlichen Zustände darunter verstanden werden sollen und was Gerechtigkeit eigentlich genau bedeutet. Zahlreiche widerstreitende Interessen fließen in die konkreten Ansätze zur Gestaltung sozial gerechter Lebensbedingungen ein. Für die Einen ist das Leben in Industrienationen mit viel Teilhabe, Macht, Bequemlichkeit und Komfort verbunden, für die Anderen wird die seit Jahrzehnten zu beobachtende wachsende Ungleichverteilung von Bildung, Chancen und Ressourcen zu einem Existenzproblem und ist Auslöser von Ängsten.

Ungerechte Lebensbedingungen engen Handlungsspielräume nicht nur ein, sie machen es auch schwer, ein Leben zu führen wie man es sich wünscht. Mit Leistungsunterschieden lässt sich Ungleichverteilung, wie wir noch sehen werden, weder erklären noch rechtfertigen. Sie widerspricht nicht nur fundamentalen Gerechtigkeitsprinzipien, sondern bedroht auch die Demokratie. Der britische Politikwissenschaftler *Colin Crouch* stellte in seinem Buch „Postdemokratie“ beispielsweise die These auf, dass die westlichen Demokratien zwar noch eine demokratische Hülle hätten, in ihrer Substanz aber entdemokrati-

siert seien. „Die Mechanismen der Demokratie wie zum Beispiel Wahlen oder der Parlamentarismus funktionierten zwar noch oberflächlich; faktisch nehme im politischen System der Einfluss privilegierter Eliten, insbesondere aus der Wirtschaft zu.“ (Marschall 2014, S. 103; vgl. Crouch 2008; 2011) Vor diesem Hintergrund hängen Moralpolitiken und damit verbundene Konflikte und Entscheidungsprozesse weniger vom jeweiligen Regelungsgegenstand ab als vielmehr von den Wertvorstellungen derer, die sich mit ihrer Problemsicht im politischen Prozess durchsetzen können und somit den Rahmen eines Policy-Problems beeinflussen (vgl. Heichel/Knill 2013; Leif/Speth 2013). In der Regel vermischen sich in pluralistischen Gesellschaften unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen, dennoch legen eine Reihe von neueren Studien nahe, dass Menschen in schwacher gesellschaftlicher Position sehr wohl Gefahr laufen, von der Dominanz der Eliten und Höhergebildeten im politischen System übergangen zu werden (vgl. Schäfer 2015, S. 73–89, 167–186).

Für die folgenden Ausführungen soll die Gerechtigkeitsdefinition von *Stefan Hradil* als Arbeitsgrundlage dienen, die im Kern auf das aristotelische Verständnis von Gerechtigkeit verweist. „Unter Gerechtigkeit werden →

moralisch begründete, akzeptierte und wirksame Verhaltens- und Verteilungsregeln verstanden, die Konflikte vermeiden, welche ohne die Anwendung von Gerechtigkeitsregeln bei der Verteilung begehrter Güter oder ungeliebter Lasten auftreten würden. Wie alle moralischen Regeln, so setzen auch Normen sozialer Gerechtigkeit voraus, dass Menschen ihr Verhalten und Verteilungsprozesse gestalten können.“ (Hradil 2012, S. 181) Die spezifischen Ausdrucksformen sozialer Gerechtigkeit<sup>1</sup> sind auf verschiedenen Ebenen, in gesellschaftlichen Einrichtungen, in den Einstellungen und Zielvorstellungen der Menschen sowie in der politischen Partizipation vorzufinden. Eine normative Perspektive sozialer Gerechtigkeit eignet sich ganz gut als Ausgangspunkt für eine Kurzanalyse zu den Wirkungszusammenhängen zwischen den Phänomenen sozialer Ungleichheit und der Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie.

### Politische Grundwerte

Mit der grundgesetzlichen Aussage „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ sollte eigentlich der Kurs für das gesamte politische und gesellschaftliche Leben bestimmt sein. Artikel 1 gibt somit eine verbindliche Orientierung für Lösungen in politischen und sozialen Entscheidungsprozessen vor. Politische Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität, Frieden und Sicherheit fokussieren sich allesamt in der Würde des Menschen. Für das Zusammenleben und das Funktionieren einer Demokratie haben die Grundwerte somit eine hohe Bedeutung. Natürlich kann und soll in einer lebendigen Demokratie darüber gestritten werden, wie einzelne Grundwerte,

## Wie eine Gesellschaft ihre Armen behandelt, ist der Maßstab dafür, ob sie als human, sozial und demokratisch gelten kann.

die in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen, ausbalanciert werden können. Denken wir nur an die Wertepaare Freiheit und Gleichheit oder Freiheit und Sicherheit. Zudem ist vor dem Hintergrund eines beobachtbaren Wertewandels eine intensive öffentliche Debatte darüber,

1 Eine gute Gesellschaftsanalyse zur Frage nach sozialer Gerechtigkeit findet sich bei Thomas Ebert (2015)

was uns wichtig ist, von großer Bedeutung (vgl. Schiele 2013). Der Schutz der Menschenwürde stellt allerdings eine verbindliche Norm dar, sie ist die Grundlage für die unbedingte Geltung von Menschenrechten und kommt jedem einzelnen Menschen als angeborenes, unveräußerliches Recht zu. Menschenrechte werden nicht von einem Staat gewährt, sie sind dem Staat vorgegeben, sie müssen von ihm anerkannt und geschützt werden. „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen ...“, heißt es im Artikel 25 der für Deutschland bindenden Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.<sup>2</sup> Das Grundgesetz sowie die Erklärung der Menschenrechte werden zwar in großen Teilen der Gesellschaft prinzipiell bejaht, das Ganze wird allerdings komplizierter und ernüchternder wenn wir uns dem Alltag nähern und insbesondere das Thema Armut in den Blick nehmen.

### Armut in Deutschland

Wie eine Gesellschaft ihre Armen behandelt, ist der Maßstab dafür, ob sie als human, sozial und demokratisch gelten kann. „Als typische Armut in modernen Gesellschaften gilt die *relative* Armut, (...) weil sie sich am Lebensstandard und an den Maßstäben der jeweiligen Gesellschaft bemisst. (...) Hiernach wird als arm angesehen, wer so wenig zur Verfügung hat, dass er von der Lebensweise ausgeschlossen ist, die im jeweiligen Land als Minimum annehmbar gilt. Unter diesem Minimum wird immer weniger ein Lebensstandard, sondern die Teilhabe an wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen verstanden.“ (Hradil 2010, S. 3) In diesem Sinne hat die Armut in Deutschland in den letzten Jahren zugenommen. 2014 waren 15,4% aller Deutschen von Armut bedroht.<sup>3</sup>

2 „Jeder sechste in Deutschland lebende Mensch gilt als armutsgefährdet, über 330.000 Menschen leben ohne eigene Wohnung, viele finden keinen Zugang zu medizinischer Regelversorgung.“ (nak Nationale Armutskonferenz, Pressemitteilung v. 30.11.2015) Als armutsgefährdet gilt, wer mit weniger als 60 % des sogenannten bedarfsgewichteten Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss. Die Grenze lag 2014 für 1-Personen-Haushalte bei einem monatlichen Einkommen von ca. 900 EUR (Berechnung nationaler Armut, in: [www.armut.de](http://www.armut.de)).

3 Vgl. den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: [www.armuts-und-reichtumsbericht.de](http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de), vgl. auch [www.armut.de](http://www.armut.de)



Foto: ts-grafik.de/photocase.de

### Soziale Ungleichheit und politische Partizipation

Doch viel aufschlussreicher als das Zahlenmaterial sind die gesellschaftlichen Hintergründe der Armut sowie die Gesamtschau auf die Wirkungskette aus wachsender sozialer Ungleichheit und ungleicher politischer Partizipation. „Armut ist ein mehrdimensionales Problem, das ökonomische (...), soziale und kulturelle Aspekte umfasst.“ (Butterwegge 2012, S. 17 f.) Weitgehende Mittellosigkeit, ein länger andauernder Mangel an lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen, die Notwendigkeit, staatliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen sowie Mängel im Bereich der Wohnung, des Wohnumfeldes, der Haushaltsführung, Ernährung, Gesundheit, Bildung, Freizeit und Kultur sind nur einige Merkmale von Armut. Viel weitreichender sind der Ansehensverlust sowie der Ausschluss der betroffenen Person von einer Beteiligung am gesellschaftlichen Leben. Hierzu gehört „die Macht- und Einflusslosigkeit der betroffenen Personen in allen gesellschaftlichen Schlüsselbereichen, d. h. den Gremien der Wirtschaft, Politik, staatlicher Verwaltung, Wissenschaft und Massenmedien, wo die ganze Gesellschaft betreffende und auch für sie selbst bindende Entscheidungen getroffen werden,“ sowie „eine allgemeine Missbilligung der Lebensweise“ der Armen, die infolgedessen „marginalisiert, negativ etikettiert und stigmatisiert, d. h. ausgegrenzt und in der Regel selbst für ihr Schicksal verantwortlich gemacht werden, während man dessen gesellschaftliche Determiniertheit und seine Hintergründe tunlichst ignoriert bzw. negiert“ (ebd., S. 17 f.).

Die Entwicklungen machen deutlich, dass wir es in Deutschland mit einer zunehmenden „Verfestigung von Armut“ zu tun haben. Dabei sind „vor allem Familien der Arbeiterschicht, mit mehreren Kindern oder alleinerziehenden Müttern oder Vätern sowie Menschen mit Migrationshintergrund“ (Groh-Samberg 2010, S. 15) betroffen.

### Ungleiche Entwicklungen und die Krise der Demokratie

Soweit unsere demokratischen Zielvorstellungen von politischen Grundwerten getragen werden, können wir die gegenwärtigen Bedingungen des Zusammenlebens mit marginalisierten Gruppen nicht akzeptieren. Denn die Krise der Demokratie ist im Verlust politischer Gleichheit zu verorten. Die Zukunftsfähigkeit demokratischer Systeme wird maßgeblich davon abhängen, inwieweit es gelingt, politische Grundwerte wieder nachhaltig, wahrnehmbar und respektvoll in die Lebenswelten der von Armut betroffenen Menschen zurückzuführen. Der Staat kann allerdings keine Werte schaffen, das müssen schon die innergesellschaftlichen Regulierungskräfte übernehmen. An dieser Stelle sind alle gefragt. Unsere Demokratie scheint an vielen Stellen reformbedürftig, zumal zentrale Leistungen wie umfassende Partizipation, Repräsentation und Inklusion in Gefahr stehen nicht mehr erbracht zu werden (vgl. Marschall 2014, S. 103 f.; Schäfer 2015, S. 37 f.) Die Gründe hierfür sind vielfältig, lassen sich aber in folgenden ausgewählten Fehlentwicklungen beschreiben: →

a.) im zunehmenden Verlust politischer Gleichheit, b.) in der Omnipräsens der Wirtschaft, c.) in der defizitären Ordnung politischer Diskurse sowie d.) in der untragbaren Situation ungleicher Bildungschancen. Auf diese Entwicklungen wird im Folgenden kurz eingegangen:

### *Der Verlust politischer Gleichheit*

Die politische Partizipationswahrscheinlichkeit steigt zwar einerseits mit der individuellen Ressourcenausstattung, dem Bildungsgrad und dem verfügbaren Einkommen, andererseits ist zu beobachten, dass trotz eines zunehmenden Ressourcenniveaus die Wahlbeteiligung zurückgeht. In diesem Zusammenhang sind die „politischen Folgen der Verteilung partizipationssteigernder Ressourcen“ (Schäfer 2015, S. 73) vor dem Hintergrund einer zunehmenden Ungleichheit in der Mehrzahl der OECD-Staaten von besonderem Interesse. Dabei ist festzustellen, dass in den letzten drei Jahrzehnten die stetig wachsende Ungleichverteilung der Einkommen in 23 entwickelten Demokratien dazu geführt hat, dass die Wahlbeteiligung abgenommen hat, „selbst wenn eine ganze Fülle von institutionellen und sozioökonomischen Faktoren“ (ebd., S. 87) beachtet wurde. Die Analyse von Umfragen zu 85 nationalen Wahlen legt einen Befund nahe: „Je ungleicher die verfügbaren Haushaltseinkommen zum Zeitpunkt einer Wahl verteilt sind, desto niedriger fällt die individuelle Wahlbeteiligung aus.“ (Ebd., S. 87) So glauben untere Einkommensgruppen „überdurchschnittlich häufig, ‚die da oben‘ interessieren sich nicht für sie und die Stimmabgabe bei Wahlen mache keinen Unterschied.“ (Ebd., S. 88) Vor dem Hintergrund, dass politische Entscheidungen demzufolge zugunsten der politisch Aktiven getroffen werden, wird die soziale Ungleichheit verschärft. Auch rechtliche Gleichheit „verhindert unter Bedingungen wachsender sozialer Ungleichheit den Anstieg politischer Ungleichheit nicht, wodurch das demokratische Grundprinzip ausgehöhlt wird, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleich viel zählen.“ (Ebd., S. 89)

### *Die Omnipräsens der Wirtschaft*

Vor dem Hintergrund unserer Betrachtungen zur Würde des Menschen wird die derzeitige Prädominanz der Ökonomie sowie die verabsolutierte Effizienzlogik des Marktes, welche alle Lebensbereiche dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterstellt, dem Menschsein und einer ausgewogenen Repräsentation in der Demokratie nicht gerecht. „Viele Menschen fühlen sich getrieben und überfordert von objektiven oder selbstauferlegten Sachzwängen und Abhängigkeiten.“ (Kitzler 2014, S. 159) Die Funktio-

nalisierung des Menschen für ein nicht selbst bestimmtes Ziel „stellt eine unhaltbare Restriktion seiner Freiheit und Verantwortung dar“ (Nothelle-Wildfeuer 2013, S. 6). Denn Selbstbestimmung ist nur möglich, wenn das Individuum auch an der „Gesellschaft mit ihren Prozessen und Errungenschaften teilhaben kann“ (ebd.).

Das Armutsrisiko Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen psychosozialen Folgen markieren in diesem Zusammenhang nur eine weitere zentrale Dimension sozialer Ungleichheit, unter der viele Menschen zu leiden haben. „Die Gruppe der Ausgeschlossenen wächst im Gefolge einer funktionalen Arbeitsteilung, die die wissensbasierte und dienstleistungsorientierte Facharbeit zum Normalmodell einer industriellen Hochproduktivitätsökonomie werden lässt.“ (Bude 2008, S. 22) Die Soziologie spricht hier von sozialer Platzierung und meint damit die „Prozesse und Verläufe, die bestimmen, wie Personen auf Stellen kommen, wie sie in Positionen verbleiben und wie sie zu Statuswechseln gezwungen werden“ (ebd., S. 29). „Wenn es keine Instanz außerhalb des Marktes mehr gibt, die seinen Spielraum festlegt, wird die Utopie von einer humanen Gesellschaft durch Ökonomismus ersetzt und jedes Problem der Welt zu einem Problem der Betriebswirtschaft. Kein Zufall, dass Unternehmer Regierungsgeschäfte übernehmen, während Politiker zu Unternehmern werden.“<sup>4</sup> Wer in der Wirtschaft herrscht, gibt auch in der Gesellschaft den Ton an.“ (Kurnitzky 2002, S. 117)

### *Die Ordnung politischer Diskurse*

Es gehört zu den Grundannahmen der Sozialwissenschaften, dass die Beziehungen der Menschen zur Welt durch kollektiv erzeugte Sinnsysteme oder Wissensordnungen vermittelt werden (vgl. Berger/Luckmann 1980). Inspiriert durch die Arbeiten von *Michel Foucault* (2003) hat der Begriff Diskurs an Bedeutung gewonnen. Bei Diskursen handelt es sich um „Formen institutionellen Sprachgebrauchs, um Aussagekomplexe, die Behauptungen über Phänomenbereiche aufstellen und mit (...) Geltungsansprüchen versehen“ (Keller 2004, S. 63). Die Massenmedien stellen den öffentlichen Raum für Diskurse zur Verfügung. Sie erzeugen Texte und Bilder, welche zur gesellschaftlichen Wirklichkeitskonstruktion beitragen. Der französische Soziologe *Pierre Bourdieu* hat nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Massenmedien durch Selektionsprozesse den *kulturellen Code des Politi-*

<sup>4</sup> Vgl. hierzu „Seitenwechsel“ und „Drehtür-Effekt“ unter [www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)



schen mitbestimmen, das heißt „was politisch denkbar ist“ und wer „zu den legitimen Akteuren des politischen Spiels zählt“ (Bourdieu 1992, S. 88). Somit werden über Diskurse Deutungszusammenhänge produziert und es geht dabei um die Beantwortung der Fragen, welches Wissen, welche Gegenstände, Zusammenhänge, Eigenschaften, Positionen als wirklich behauptet werden und mit welchen Mitteln und Machtwirkungen Deutungen und Interpretationen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Ungleichheiten vorgenommen werden. Deutungshegemonie liegt vor, wenn

## **Gleiche Bildungschancen für alle gelten als Schlüssel für Integration und drücken auch die normative Grundlage einer demokratisch verfassten Gesellschaft aus.**

jemand, „sei es eine Person, eine Gruppe oder eine Instanz, das Recht oder die Macht hat, zu einem bestimmten Ereignis oder Sachverhalt die vorrangige Interpretation zu liefern“ (Höffe 2009, S. 271). Die Überzeugungen und Wertvorstellungen gesellschaftlich etablierter, reicher und gut positionierter Personenkreise dominieren in Deutschland den politischen Diskurs zur sozialen Ungleichheit. Die Betroffenen kommen so gut wie nicht zu Wort. So drängt sich grundsätzlich die Frage auf, welche Machteffekte von einem Diskurs ausgehen und wie sie sich zu den tatsächlichen Alltagsrepräsentationen verhalten.

### *Ungleiche Bildungschancen*

Gleiche Bildungschancen für alle gelten als Schlüssel für Integration und drücken auch die normative Grundlage einer demokratisch verfassten Gesellschaft aus. Man ist sich heute darüber einig, dass der Bildung eine herausragende Bedeutung für die Lebensperspektiven junger Menschen zukommt. Dagegen zeichnet sich in der Realität oftmals folgendes Bild ab: „Die langsam, aber stetig vorschreitenden Polarisierungsprozesse“ führen innerhalb der Städte zu einer „Konzentration von bildungsnahen und bildungsfernen Bevölkerungsgruppen in bestimmten Stadtteilen – mit den entsprechenden Verstärkereffekten auf die Entwicklung der dort lebenden Kinder in die eine und die andere Richtung.“ (van den Brink 2009, S. 11 f.) Die Herkunft aus einer bestimmten sozialen Schicht bzw.

Erwerbsklasse in Deutschland hat nach wie vor einen besonderen Einfluss auf den späteren Status des Menschen (vgl. Hradil 2012, S. 177). Und gerade für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund spielt der Erwerb schulischer und beruflicher Bildungsqualifikationen eine Schlüsselrolle in sozialen Integrationsprozessen. Verschiedene Studien weisen allerdings schon seit längerer Zeit darauf hin, dass eine erhebliche Vernachlässigung dieser Gruppen im deutschen Bildungssystem zu beobachten ist. Schule nimmt heute „Selektions- und Allokationsfunktionen wahr und platziert junge Menschen auf der Basis von individuellen Leistungen. Herkunftsbedingte Ungleichheiten und Benachteiligungsstrukturen werden dabei nicht berücksichtigt. Bildungsgerechtigkeit müsste sich mit individualisierten Förderprogrammen auseinandersetzen, die es schaffen, alle Kinder und Jugendliche so zu unterstützen und zu begleiten, dass niemand dabei auf der Strecke bleibt.“ (Freitag 2013, S. 32)

### **Die Zukunft der Demokratie**

In diesem Sinne zeichnen die beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen ein ambivalentes Bild von Demokratie. Die politische Entfremdung von beachtlichen Teilen der Bürgerschaft ist nur ein Ausdruck von wahrgenommener Ungleichheit. Es hat Folgen für das Gemeinwesen und das Zusammenleben, wenn die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Wir benötigen eine zukunftsgerechte, partizipative Demokratie mit transparenter und argumentativer Klarheit, ausgestattet mit einem gerechten und würdevollen Blick auf die Lebenswirklichkeit der Menschen. In diesem Sinne scheint die Demokratie reformbedürftig, sie ist somit neu zu denken und zu gestalten. Insbesondere die parlamentarische Repräsentation sollte sich auf alle Ebenen der Gesellschaft beziehen, direkte und innovative Beteiligungsformen bei Entscheidungsprozessen sollten demzufolge vorgebracht werden. Die Dominanz der Wirtschaft muss beschränkt werden. Neue Wege im Hinblick auf eine Gemeinwohl-Ökonomie (vgl. Felber 2010; Opaschowski 2009) sind auszuloten. Soziale Grundsicherungen müssen bedarfsdeckend, armutsschützend und repressionsfrei sein.

Auf die Frage, wie wir zusammen leben wollen, ist vor dem Hintergrund unserer Analyse nur eine Antwort naheliegend: unter würdevollen, gerechten, gleichen, nachhaltigen und freien gesellschaftlichen Bedingungen – damit die Zukunft für viele Menschen wieder ein Versprechen und keine Bedrohung darstellt. **AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2016**

→



## Zum Autor



**Dr. Robert Schmidt** ist Soziologe und Kulturwissenschaftler. Er arbeitet als Bildungsreferent in der Akademie Biggese. Seine Arbeitsgebiete sind Wertebildung, zivilgesellschaftliches Engagement, interkulturelle und psychosoziale Kompetenzen.

robert.schmidt@akademie-biggese.de

## Literatur

- Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas (1980):** Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer
- Bourdieu, Pierre (1992):** Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg: VSA
- Bude, Heinz (2008):** Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. München: Carl Hanser Verlag
- Butterwegge, Christoph (2012):** Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Bonn: bpb
- Crouch, Colin (2008):** Postdemokratie. Frankfurt am Main: edition Suhrkamp
- Crouch, Colin (2011):** Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus: Postdemokratie II. Frankfurt am Main: edition Suhrkamp
- Ebert, Thomas (2015):** Soziale Gerechtigkeit. Ideen, Geschichte, Kontroversen. Bonn: bpb
- Felber, Christian (2010):** Gemeinwohl-Ökonomie. Wien: Deuticke
- Foucault, Michel (2003):** Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main: Fischer
- Freytag, Tatjana (2013):** Gerechtigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 34–36, S. 31–34
- Groh-Samberg, Olaf (2010):** Armut verfestigt sich – ein missachteter Trend. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 51–52, S. 9–15
- Heichel, Stephan / Knill, Christoph (2013):** Institutionelle Rahmenbedingungen moralpolitischer Steuerung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 34–36, S. 57–62
- Höffe, Ottfried (2009):** Ist die Demokratie zukunftsfähig. München: C.H. Beck
- Hradil, Stefan (2010):** Der deutsche Armutsdiskurs. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 51–52, S. 3–8
- Hradil, Stefan (2012):** Soziale Ungleichheit. Eine Gesellschaft rückt auseinander. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. Bonn: bpb, S. 155–189
- Keller, Reiner (2004):** Diskursforschung. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Kitzler, Albert (2014):** Wie lebe ich ein gutes Leben? Philosophie für Praktiker. München: Droemer TB
- Kurnitzky, Horst (2002):** Die unzivilisierte Zivilisation. Wie die Gesellschaft ihre Zukunft verspielt. Frankfurt am Main/New York: Campus
- Leif, Thomas / Speth, Rudolf (Hrsg.) (2013):** Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bonn: bpb
- Marschall, Stefan (2014):** Demokratie. Opladen/Toronto: Budrich
- Nothelle-Wildfeuer, Ursula (2013):** Schwierigkeiten heute mit der Rede vom Menschenbild. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 34–36, S. 3–6
- Opaschowski, Horst W. (2009):** Wohlstand neu denken. Wie die nächste Generation leben wird. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus
- Schäfer, Armin (2015):** Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main/New York: Campus
- Schiele, Siegfried (2013):** Gibt es noch Werte? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 34–36, S. 15–19
- Van den Brink, Henning (2009):** Von den feinen Unterschieden zu großen Ungleichheiten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 17, S. 8–14

# Rezensionen

**Julian Bruns / Kathrin Gösel /  
Natascha Strobl: Die Identitären**

Handbuch zur Jugendbewegung  
der Neuen Rechten in Europa



Münster 2014  
Unrast Verlag, 264 Seiten

**KLAUS-PETER HUFER** Seit einiger Zeit macht eine Bewegung auf sich aufmerksam, die sich selbst als die „Identitären“ bezeichnet. Wer sich ihre im Internet sehr präsenten Videos anschaut, der erlebt mitunter magische Klänge, geheimnisvolle Symbole und Bilder sowie junge Menschen, die eloquent den Verlust von Heimat, Tradition und eben Identität beschwören. Sie seien die Generation, die verraten wurde – beispielsweise von den „68ern“ – und deren Zukunft auf dem Spiel stehe, vor allem wegen Zuwanderung und „Multikulturalismus“. Das sind Botschaften, die eindeutig sehr „rechts“ sind. Aber so ohne Weiteres lassen sich die Identitären mit ihren geschickt inszenierten Auftritten und Selbstdarstellungen nicht gleich als rechtsextrem einordnen. So greift man voller Interesse zu dem „Handbuch“ der drei jungen Wiener Wissenschaftler/-innen, die verheißen, die Aktionen und ideologische Verortung der Identitären analysieren zu wollen.

Das Buch ist in vier große Kapitel gegliedert: Politische Verortung der Identitären und historische Vorlagen; Die *identitäre Bewegung* in Europa und ihr Umfeld; Ideologie der Neuen Rechten und der Identitären und Fazit.

Die Autorinnen und der Autor beziehen eine klare Position gegen die Ideologie und die Aktivitäten der Identitären, machen jedoch auch deutlich, „dass eine bloße

Brandmarkung der Identitären als ‚Neonazi‘-Gruppe nicht adäquat ist und damit weder die Breitenwirkung noch das Attraktivitätspotenzial erkannt wird.“ (S. 17) Das Ziel der Untersuchung sei es, „eine möglichst übersichtliche und nachvollziehbare Gesamtdarstellung der identitären Gruppen und ihrer politischen Verortung und Ideologie zu geben.“ (S. 18)

Dieser Anspruch erforderte eine gründliche Recherche, ja, wie das Autorentrio betont, „manchmal detektivistische Arbeit“ (S. 18). In der Tat haben die drei eine Fülle von Material zusammengetragen, allein die Bibliographie umfasst 27 Seiten und enthält zum größten Teil nicht leicht zugängliches Text- und Videomaterial. Darin liegt eine erhebliche Leistung.

Doch damit wird das Buch auch problematisch. Denn die immense Menge an Primär- und Sekundärtexten (darunter viele Homepage-Mitteilungen und Facebook-Meldungen) und Bilder machen letztendlich den Band auch reichlich unübersichtlich, trotz Bemühungen, eine Struktur hereinzubringen. Hinzu kommt die puristische, ja schon zwanghaft wirkende Personenbenennung mit Unterstrichen. Das verdarb erheblich die Lesefreude und führte hier und da zu Unklarheiten: Eindeutige grammatikalische Standards wurden verstümmelt und grotesk neue Wortungen geschaffen (z. B. „Feind\_innenbilder“, S. 164 und 225, oder die Benennung der Dresdener Stadtchefin als „Oberbürger\_innenmeisterin“, S. 230 u. v. a.).

Worum es im Kern bei der vorliegenden Untersuchung geht, wird zum Schluss auf den Punkt gebracht: „Die Identitären sind eine Jugendgruppe, ein aktivistischer Flügel der Neuen Rechten in Europa.“ (S. 219) Ihr „dezidiert neuer Aspekt“ liegt in der „Einbindung von popkulturellen Elementen (...). Die Identitären haben die Neue Rechte für eine junge Generation ein Stück weit vitalisiert, sie breitenwirksamer, aktionistischer gemacht und ihre Ziele unter ein länderübergreifendes gemeinsames Ganzes gestellt, das sie mit Hilfe einer Corporate Identity erreichen wollen.“ (S. 220)

Es wäre didaktisch gut gewesen, diese dezidierten Aussagen gleich zu Beginn als These vorzustellen und damit das weitere Vorgehen zu begründen. Denn dann wären manche Leser/-innen auch etwas nachsichtiger bei der Überraschung, dass im ersten Kapitel über 30 Seiten →

die „Neue Rechte“ und die „konservative Revolution“ in Europa vorgestellt wird. Hier ist nichts Neues zu erfahren, es wird meistens Literatur aus den 90er Jahren aufgearbeitet. Immer wiederkehrende Verweise auf Ernst Jünger, Oswald Spengler oder Carl Schmitt wirken, wie das gesamte Kapitel überhaupt, wie ein Fremdkörper, die unmittelbare Relevanz für die weitere Darstellung ist nicht erkennbar, eine Überleitung gibt es auch nicht. Dieses Kapitel hat den Charakter einer fleißig zusammengetragenen Seminararbeit.

Ob die Identitären tatsächlich ein Teil der mittlerweile alten „Neuen Rechte“ ist oder eine ganz neue Bewegung, die sich zielsicher und medial geschickt jugendkulturell interessanter Inszenierungen bedient und vielleicht doch auch neue und originäre Themen hat, wird in dem Band nicht diskutiert, sondern behauptet.

Im zweiten Teil wird über ca. 100 Seiten die identitäre Bewegung in Europa länderweise vorgestellt. Die Autorinnen und der Autor beschreiben mit vielen Details, Namen, Fakten und Belegen die Aktivitäten in zwölf Ländern sowie schließlich deren „politisches und publizistisches Umfeld“ (S. 122–161). Auch hier gibt es aufschlussreiche Darstellungen und ergiebige Material. Allerdings vergaloppieren sich die Verfasserinnen und der Verfasser dabei kräftig. Mir ist rätselhaft, wieso hier auf Heiner Geißler (S. 131), Hendrik M. Broder (S. 141), einen Teil der Berliner CDU (S. 155 f.) sowie diverse Thinktanks (S. 156 ff.) verwiesen wird und somit der absonderliche Eindruck entsteht, sie würden in Verbindung mit den Identitären gebracht.

Auch bei der Lektüre des nächsten Kapitels, das sich mit „Ideologie und Strategien der Neuen Rechten und der Identitären“ beschäftigt, habe ich Anerkennung und Zweifel empfunden. Denn auch hier wird einerseits wieder auf alte Literatur Bezug genommen. Um beispielsweise das „Menschenbild“ der Neuen Rechten und der Identitären zu beschreiben, wird auf die längst nicht mehr diskutierte Verhaltensforschung (Lorenz, Eibl-Eibesfeldt, S. 172 f.) zurückgegriffen. So geht das seitenweise mit Zitaten aus den 90er Jahren weiter. Dann aber werden andererseits die Strategien der Identitären detailliert und erkenntnisreich vorgestellt (S. 188–215).

Das abschließende Fazit versucht – wie eingangs erwähnt – darzulegen, dass die Identitären die Fortsetzung der Neuen Rechten seien. Das wird auch im Schlussteil noch einmal betont, in dem sehr allgemein und kurz gehaltene „Gegenstrategien“ empfohlen werden. Zusammenfassend werden die Identitären so bewertet: „Sie vertreten eine klare politische Ideologie der Ungleichheit zwischen

Menschen, des antimuslimischen Rassismus, konservativer Geschlechterrollen und eines völkischen Menschenbildes. Sie rekrutieren vor allem Schüler\_innen und Studet\_innen und wissen, sich Öffentlichkeit zu schaffen.“ Aber „de facto sind sie kleine, mobile Gruppen“ mit geringen „persönlichen Ressourcen“ (S. 226). Darüber hätte ich gerne mehr gewusst.

Insgesamt bleibt mein Resümee nach nicht einfacher Lektüre zwiespältig: Ich bekam durch die vielen Zitate, Belege und Bilder einen guten Eindruck von der Ideologie, den Zielen und Aktivitäten der Identitären, musste aber in Kauf nehmen, dass die Autorinnen und der Autor offensichtlich allzu ambitioniert ein Buch füllen wollten. Eine Beschränkung auf etwa 150 prägnant und beispielhaft dargestellte und analytisch gründlicher aufgearbeitete Seiten wäre gut gewesen!

## Klaus Schroeder / Monika Deutz-Schroeder: *Gegen Staat und Kapital – für die Revolution!* Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie



Frankfurt am Main u. a. 2015  
Peter Lang Verlag, 653 Seiten

**JOHANNES SCHILLO** Im Zuge der von der schwarzgelben Koalition 2009 aufgelegten Programme zur Extremismusbekämpfung, die den in der vorausgegangenen großen Koalition vereinbarten „Kampf gegen rechts“ ablösten, geriet speziell der Linksextremismus in den Fokus wissenschaftlicher und pädagogischer Bemühungen. In der politischen Bildung machte sich z. B. die – 2014 wieder abgeschaffte – „Extremismusklausel“ des Jugendministeriums störend bemerkbar (vgl. AB 1/14). Einschlägige Diagnosen,

so die Handreichung für die Bildungsarbeit von Bergsdorf/van Hüllen (vgl. AB 3/11), stilisierten den Linksextremismus zur großen „unterschätzten“ Gefahr, wobei die Autoren übrigens als besondere Gefährdung Brandanschläge auf Autos in Berlin herausstellten, die nachträglich zumeist einem unpolitischen Einzeltäter zugeordnet wurden. Bemerkenswert auch: Die Diagnose erschien 2011 fast zeitgleich mit dem Bekanntwerden des NSU-Skandals, der schlagend deutlich machte, welche Gefahrenlagen vom deutschen Verfassungsschutz bislang unterschätzt wurden.

Für die Extremismusforschung bedeutete dies kein Umdenken (vgl. die Sammelrezension in AB 3/14). Sie erweckt weiter den seltsamen Eindruck, in der Republik hätten sich Politik und Öffentlichkeit in den letzten Jahren gegenüber linksradikaler Kritik nachsichtig gezeigt, und man müsse sich jetzt dem drohenden Ansturm einer Massenbewegung entgegenstemmen. Die neueste Variante dieser These hat das Autoren-Duo Klaus Schroeder und Monika Deutz-Schroeder vom Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin mit seiner Studie über den „Linksextremismus in Deutschland“ vorgelegt. Die beiden Politikwissenschaftler halten diesen ebenfalls für eine unterschätzte Gefahr, die wegen der Fixierung der öffentlichen Wahrnehmung auf Islamismus und Rechtsextremismus nicht ausreichend ins Visier genommen und auch nicht wirklich bekämpft werde. Ihr Buch, das mit Förderung des BMFSFJ im Rahmen der genannten Programme entstanden ist, versteht sich als Ermunterung dazu, einen solchen Kampf nachhaltig zu betreiben.

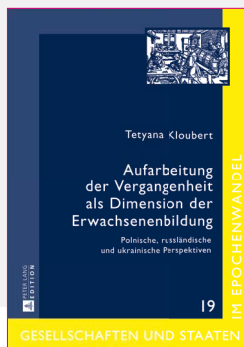
Dabei schließt es – bei gewissen Modifikationen des Rasters „links“, „linksradikal“ und „linksextrem“ – an das gängige Freund-Feind-Schema der Extremismusforschung an, unterstellt also als Zweck der einschlägigen Bestrebungen, dass „sie sich aktiv gegen die in unserer Verfassung niedergelegten Werte und Institutionen richten“, wobei schon die Forderung nach einer „echten“ statt einer parlamentarischen Demokratie Verfassungsfeindlichkeit anzeigen soll (S. 1). Die Autoren wissen zwar (wie sie in der FAZ vom 23.02.2015 schrieben), dass „im Zentrum des linksextremen Denkens und Handelns die Fundamentalkritik des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft sowie der bürgerlichen Herrschaftsform insgesamt“ steht. Dieser spezielle Inhalt ist aber nicht von Belang, denn die Autoren wollen sich mit den inkriminierten politischen Aktivitäten unter dem Blickwinkel befassen, dass von ihnen „Gefährdungen zu befürchten sind – unabhängig von ‚linken‘ oder ‚rechten‘ Positionen, Inhalten und politischen Zielen“. Die Standpunkte und Zielsetzungen spielen keine große Rolle,

es zählt nur die Einordnung in die Gut-Böse-Dichotomie der Extremismusforschung anhand „struktureller Gemeinsamkeiten“. Das macht das Buch gleich eingangs deutlich, wenn Ergebnisse der Feldforschung zurückgewiesen werden, weil sie z. B. „Antifa-Aktivisten“ ehrenwerte Ziele wie die Bekämpfung von Rassismus oder Ungleichheit attestieren. Hier wird der betreffende Forscher dafür kritisiert, dass er die Antworten aus der Szene ernst genommen habe: „Hinterfragt werden diese vermeintlichen Ziele nicht ...“ (S. 11)

Das Buch liefert eine ausführliche Diskussion bisheriger Studien und Extremismuskonzepte, lässt auch Selbstdarstellungen zu Wort kommen (einen Schwerpunkt bilden die Autonomen), präsentiert Falldarstellungen zu Kampagnen oder Demonstrationen, problematisiert den Gewaltbegriff und resümiert schließlich die Ergebnisse einer von Infratest dimap durchgeführten repräsentativen Befragung der Bevölkerung. Die Befunde, die in einigen Medien für Aufregung sorgten, laufen darauf hinaus, dass eine nennenswerte Minderheit im Westen und eine Mehrheit im Osten den Sozialismus/Kommunismus für eine gute Idee halten (S. 596). Als Beleg für die Gefährlichkeit dieser – wie auch immer zu interpretierenden – gesellschaftlichen Vision wird mitgeteilt, dass eine breite Mehrheit die praktizierte Demokratie nicht für eine echte Demokratie halte, weil der Einfluss der Wirtschaft zu groß sei (S. 569). Dass sich in solchen Statements eher die Sorge um die Demokratie artikuliert und nicht die Aufforderung zu ihrer Abschaffung, wird hier großzügig übergangen, und so wird aus landläufigen Bedenken gegenüber der Macht der Wirtschaft – die z. B. im Fall TTIP bei der Parteibasis von Sozialdemokraten oder Grünen breit vertreten sind – im Handumdrehen eine extremistische Position, die sich aus dem demokratischen Konsens ausschließt.

## Tetyana Kloubert: Aufarbeitung der Vergangenheit als Dimension der Erwachsenenbildung

Polnische, russländische und ukrainische Perspektiven



Frankfurt am Main 2014  
Peter Lang Edition, 719 Seiten

**DETMAR DOERING** Vergangenheitsaufarbeitung – das ist ein Begriff, den man hierzulande fast ausschließlich mit unserem Verhältnis zur Geschichte des Dritten Reiches verbindet. Spätestens seit dem Niedergang des kommunistischen Sowjetimperiums im Jahre 1989 ist indes eine Erweiterung des historischen Horizonts geboten.

Dass dies dort, wo politische Bildungsarbeit dereinst mit Indoktrination gleichzusetzen war, ein interessantes Neuland für die politische Erwachsenenbildung im modernen Sinne sein muss, leuchtet ein. Tetyana Kloubert (Universität Augsburg) ist in ihrer großangelegten Studie „Aufarbeitung der Vergangenheit als Dimension der Erwachsenenbildung“ dem Umgang mit der totalitären Vergangenheit in Polen, der Ukraine und Russland aus erwachsenenbildnerischer Perspektive nachgegangen. Dazu wurden Erwachsenenbildnern aus den drei Ländern umfängliche, an einem detaillierten Leitfaden ausgerichtete Fragen gestellt.

Das sehr umfangreiche Buch, das eine bereits gekürzte Fassung der Dissertation der Autorin ist, ist keine leichte Lektüre und sicher nicht für den unmittelbaren praktischen Bedarf der politischen Bildung gedacht. Vielmehr sind die Ergebnisse der Experteninterviews eine unerschöpfliche Quelle für Hintergrundwissen – sowohl über den eigentlichen historischen Hintergrund als auch über die damit verbundenen methodologischen und systematischen Fragen.

Das Ergebnis ist vielleicht intuitiv nicht immer ganz überraschend, dafür aber erstmals in empirisch fundierter Weise unterfüttert. Die Art und Tiefe der Vergangen-

heitsbewältigung hängen in hohem Maße von der Art und Tiefe des Transformationsprozesses im jeweiligen Land ab und sind auch von aktuellen politischen Herausforderungen geprägt.

In Polen, dem Land, das den stabilsten und kontinuierlichsten Transformationsprozess durchgeführt hat, ist auch die Vergangenheitsbewältigung am offensten und konsequentesten durchgeführt worden. Der Warschauer Aufstand, das Verbrechen von Katýn, die Bürgerrechtsbewegung und die Rolle des Katholizismus sind nach und nach in unterschiedlichem Maße Teil der polnischen Selbstidentität geworden. Obwohl die Aufarbeitung selbst sehr oft Gegenstand von Parteauseinandersetzungen werde, gelte hier: „Das Polen von heute muss – im Unterschied zu den beiden anderen untersuchten Ländern – mit den Resten der sowjetischen Identität kaum kämpfen.“

Auf der anderen Seite des Spektrums liegt erwartungsgemäß Russland, wo die Interviews eher große Lücken bloßlegen, von Mangel an Selbstkritik zeugen oder durch konkurrierende Vorstellungen geprägt sind. Einer echten Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit fehle die gesellschaftliche Basis oder, wie die Autorin feststellt: „(..), dass ‚der Krieg der Erinnerungen‘ als solcher in Russland relativ schwach ausgeprägt ist.“

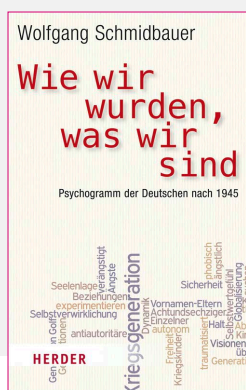
Bleibt der besonders interessante Fall der Ukraine. Gerade die gegenwärtigen Ereignisse um den Konflikt mit Russland bestätigen, was die Autorin schon in ihrer Untersuchung nachweist: Die Ukraine ist auch in der Wahrnehmung ihrer Vergangenheit ein recht gespaltenes Land. Die Verworrenheit der geschichtlichen Grundlinien und die vielfachen Verstrickungen führten zu einem eher defensiven Umgang mit der Geschichte – was ganz im Gegensatz zum polnischen Selbstbewusstsein steht. Trotz des Leids, den der Kommunismus im Lande angerichtet hat (Stichwort: Holodomor), gebe es „keinen allgemeinen antikommunistischen Konsens“. Trotzdem zeichne sich eine Mehrheit ab, die das Land eher nach Westen orientieren wolle. Insgesamt stehe die politische Bildungsarbeit daher in der Ukraine noch eher am Anfang.

In allen drei Fällen sehen die Befragten mehrheitlich die Aufarbeitung als ein Teil nationaler Identitätsbildung, die das „Bedürfnis nach Stabilität und Halt“ bedient, aber auch und vor allem als eine Kompensation der „Jahrzehnte des Verschweigens und Verdrängens“. In Polen und der Ukraine – bezeichnenderweise nicht in Russland – spielt die Aufarbeitung noch eine wesentliche Rolle bei der Integration in den europäischen Weg und hin zu einer stärkeren Demokratisierung.

Darin sieht Kloubert denn auch die schwere Hauptaufgabe politischer Bildung, nämlich die „Überwindung der festgefahrenen Denk- und Handlungsmuster der früheren Sozialisation mit ihren Hauptzielen der Anpassung, der Gleichgültigkeit, der Passivität, des Mangels an Selbstvertrauen.“ Für die Bewältigung dieser Aufgabe bedarf es eines langen Atems und großer Hartnäckigkeit.

## Wolfgang Schmidbauer: *Wie wir wurden, was wir sind*

Psychogramm der Deutschen nach 1945



Freiburg 2014  
Verlag Herder, 240 Seiten

**NORBERT TILLMANN** Der Autor versucht in diesem Buch den Zusammenhang von Historie und insbesondere elterlichen Bindungen herauszuarbeiten. Ihm geht es um die emotionalen Strukturen zwischen den Generationen. Er will Verständnis für Generationen entwickeln und unterscheidet verschiedene Typen: Zunächst beschreibt Schmidbauer die traumatisierte Generation der Nachkriegszeit, die Generation der Kriegsteilnehmer mit ihren Erfahrungen von Niederlagen, Gefangenschaft und Vertreibung. Ausgehend von dem inneren Zusammenbruch dieser Generation spricht Schmidbauer eher von der fehlenden Kraft zu trauern oder dem Mangel an Trauer, anstatt i. S. Mitscherlichs von der Unfähigkeit zu trauern. Die damaligen Kinder waren damit überfordert, die Wunden der Eltern zu heilen. Trotz materieller und körperlicher Versorgung gab es kein lebendiges Gespräch zwischen Eltern und Kindern. So ist für Schmidbauer der Wahlslogan der CDU von 1957 „Keine Experimente“ DAS Motto der traumatisierten Generation – bloß nichts Neues ausprobieren,

das Neue ist eine Gefahr für das Bewährte – den endlich erreichten Frieden.

Als überschätzte oder thymotische („gefühlskranke“) Generation bezeichnet Schmidbauer die 68er. Sie sei ohne Halt durch elterliche Bindung aufgewachsen. Sie wurden von den traumatisierten Eltern in die Selbstüberschätzung getrieben. Den Anspruch Rudi Dutschkes, den neuen, den nicht-kapitalistischen Menschen zu schaffen, ist für Schmidbauer der Ausdruck dieser Selbstüberschätzung. Es sei der Ausdruck des Größenwahns als Ergebnis einer elterlichen Haltung, die ihren Kindern nichts zutraute. Die Kinder der 68er bezeichnet Schmidbauer als die entwertete Generation. Diese wurden hohen und widersprüchlichen Anforderungen ausgesetzt, was eine Angst vor Nähe und Sexualität bewirkt und letztlich in einer längeren Abhängigkeit der Kinder im Hotel Mama mündete.

In der aktuellen Generation sieht Schmidbauer eine Wendung zur Angst – die phobische Generation der Bundesrepublik am Beginn des Jahrtausends. In dieser herrscht ängstliche Fürsorge vor, aber Kinder, Jugendliche und Heranwachsende gewinnen keine Autonomie. Die ängstliche Haltung entspricht dem Kampf um die knappen Ressourcen. Emotionale und ökonomische Realitäten stehen im komplementären Einklang mit der Konsumgesellschaft. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen werden als gegeben hingenommen und nennenswerter Protest dagegen regt sich nicht. Stattdessen flüchten die Heranwachsenden in elektronische Phantasiewelten – verbunden mit dem Wunsch nach Ruhe und Überschaubarkeit von Realität.

Zusammenfassend hält Schmidbauer bei dieser Überblicksdarstellung des Psychogramms der Generationen nach 1945 in Stichworten fest: Traumatisiert, überschätzt, Vermeiden – das seien die zentralen Themata der Bundesrepublik.

Dieser Längsschnitt durch die psychischen Befindlichkeiten der bundesrepublikanischen Gesellschaft hat seine Stärken in der Zusammenschau, in der Abfolge von Generationen. Es ist ein gelungener psychohistorischer Blick, der aber zu Klassifizierungen neigt. Dies ist für die Darstellung verständlich, aber vermutlich müsste man eine ganze Reihe von „Zwischengenerationen“ definieren, um psychologische und politische Phänomene differenziert beschreiben zu können. Beispielsweise ist die Definition der 68er Generation problematisch, denn das von Schmidbauer beschriebene Psychogramm dieser Generation ist auch nur ein Ausschnitt. Es gab andere Verhaltensweisen, andere Dispositionen, Mischformen, Verschiebungen und Verzerrungen. →

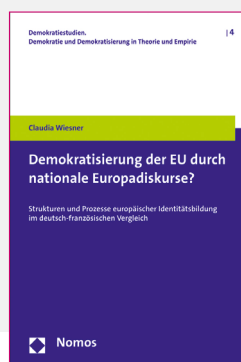


Das Spannende an einem Psychogramm einer Gesellschaft ist doch das Aufspüren von Unterschieden und Kontinuitäten. Ein Beispiel: Der traumatisierten Kriegsgeneration hat man das Datum von Hitlers Geburtstag eingebläut. Jahrzehnte später erinnern sich die damaligen Kinder heute als Eltern oder Großeltern an dieses Datum und an die damit verbundenen Schulerlebnisse. Das Erinnern zeigt diese fokussierte Traumatisierung. Doch was machen die Generationen der Kinder und Enkelkinder? Inwieweit nehmen sie diese Erinnerung auf, oder muss es einen Bruch, besser eine Befreiung aus diesem Menetekel geben, um diese psychohistorische Kontinuität auflösen zu können?

Schmidbauer geht es um die Geschichte der Bundesrepublik und um die Dynamik deutscher Familien. Kinder wollen anders sein, als ihre Geschwister und anders als die Eltern, andere Nischen besetzen – dies vor dem Hintergrund der Geschichte der Bundesrepublik zu diskutieren, ist sein Anliegen. In seinem Fazit gelingt ihm sogar ein positiver Ausblick auf künftige Generationen. Seine Empfehlung: Weg vom Perfektionismus und mehr Humor. So könnte man den Titel seines Buches auch umdeuten: Wie wir werden, was wir sind oder sein wollen.

## Claudia Wiesner: Demokratisierung der EU durch nationale Europadiskurse?

Strukturen und Prozesse  
europäischer Identitätsbildung im  
deutsch-französischen Vergleich



Baden-Baden 2014  
Nomos Verlagsgesellschaft,  
496 Seiten

**RAINER GRIES** Wie kann die Demokratisierung der Europäischen Union befördert werden? Diese Frage gewinnt – auch in der politischen Weiterbildung – angesichts krisenhafter Entwicklungen in Europa, der EU und im EURO-Raum weiter an Bedeutung.

In der vorliegenden gekürzten Fassung ihrer Habilitationsschrift legt Claudia Wiesner eine vergleichende Diskursanalyse zweier nationaler Europadiskurse vor. Sie will den Verlauf der Diskurse beschreiben und erklären. Daraus generiert sie Hypothesen und entwickelt Modelle für Abläufe und Zusammenhänge in nationalen Europadiskursen. Es wird empirisch untersucht, „welche Bedeutungen nationale Europadiskurse der EU zuschreiben, inwieweit sie tatsächlich dazu beitragen können, europäische Identität zu konstruieren, und welche Rolle dabei die nationalen Kontexte spielen (politische Systeme, politische Parteien, Einstellungen der Bürger, nationale Identitätskonzepte, vorherige Europadiskurse).“ (S. 19)

Nach umfassenden Theorieteilern zur Demokratisierung der EU, demokratischer Identität in der EU sowie zum methodischen Vorgehen stehen die vergleichende Darstellung der Europadiskurse in Frankreich und Deutschland im Zusammenhang mit dem Entwurf zu einer europäischen Verfassung 2005 im Mittelpunkt.

Eingebettet in die jeweiligen nationalen Kontexte wird vor allem die Berichterstattung von jeweils vier ausgewähl-

ten französischen und deutschen Qualitätszeitungen untersucht: Le Figaro, Le Monde, Libération, L'Humanité sowie Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, taz – die tageszeitung und Neues Deutschland. Wenn wir aktuell die Debatte über die EURO-Krise sowie über Griechenland in Deutschland sehen, erscheint die Berichterstattung der Boulevardmedien für den Europadiskurs der Mehrheit der Bevölkerung prägender als die der oben genannten Zeitungen.

Neben Faktoren, die die individuelle Einstellung zu Europa und der EU beeinflussen, stellt die Autorin heraus, dass auf der Makroebene bislang weniger die EU-Bürger als eher EU-Funktionsebenen betrachtet werden. In der diskursiven Konstruktion europäischer Identität spielen (für viele Autoren) politische Eliten eine zentrale Rolle – in unterschiedlicher nationaler Ausprägung. Die starke Rolle politischer Eliten habe eine Kehrseite: Bürgerinnen und Bürger seien an diesen Konstruktionsprozessen noch kaum beteiligt (S. 64). Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass es interessant wäre, auch die „Rolle der Bürgerinnen und Bürger in der Konstruktion europäischer Identität stärker in den Blick zu nehmen.“ (S. 64) Insgesamt zeige sich sehr deutlich, dass die Inhalte europäischer Identität – wofür die EU stehe, womit sie verbunden, womit sie aufgeladen werde – derzeit nicht nur offen, sondern sogar umkämpft sind.

Wiesner weist darauf hin, dass in den Diskursen in beiden Ländern zum europäischen Verfassungsentwurf 2005 die aktive Konstruktion positiver bzw. integrierender Bezüge zur EU selten vorkamen (in Deutschland eher die weitgehende Abwesenheit von aktiven Zuschreibungen; in Frankreich die aktive Konstruktion von negativen oder konfliktierenden Bezügen).

Sie hebt hervor: „Erfolgreich europäische Identität zu konstruieren, würde jedoch die *aktive Konstruktion von positiven und integrierenden Bezügen* erfordern – ähnlich, wie es in der Nationenbildung erfolgreich geschah: Den Nationalbewegungen ging es um die – durchaus gezielte, oftmals von oben gesteuerte – Konstruktion und Verbreitung positiver Zuschreibungen an die Nation.“ (S. 451)

Will man den Chancen des Buchtitels nachspüren, so wird man stärker die Bürger/-innen sowie die Faktoren, die ihre politischen Deutungsmuster zur EU beeinflussen, in den Focus rücken müssen. In Veranstaltungen der politischen Weiterbildung zu Europa und der EU sind seit Beginn der Finanzkrise 2007/08 häufig Tendenzen einer Renationalisierung erkennbar – besonders weil Teilnehmer/-innen

in Gefahr sehen, was Wiesner abschließend als potenziell emotional aufladbare Legitimationsideen nennt: Frieden und Friedenssicherung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie das europäische Sozialmodell.

## Francesca Raimondi: Die Zeit der Demokratie Politische Freiheit nach Carl Schmitt und Hannah Arendt



Konstanz 2014  
Konstanz University Press,  
222 Seiten

**DETMAR DOERING** Die Demokratie habe sich endgültig legitimiert und auf alle Zeiten etabliert, hieß es noch 1989, als man mit Francis Fukuyama an ein „Ende der Geschichte“ glaubte. Dem himmelhoch jauchzenden Optimismus ist mittlerweile der bodenlose Pessimismus gefolgt, der uns von einem gegenwärtigen Zeitalter der „Postdemokratie“ sprechen lässt. Keine Frage: Die Demokratie ist als Thema der politischen Philosophie wieder hoch auf der Agenda. Das Buch „Die Zeit der Demokratie“ der Frankfurter Philosophin ist ein tiefschürfender Beitrag hierzu.

Ein Problem der gegenwärtigen Demokratie sieht die Autorin darin, dass die „konsensuelle Demokratie“ mit ihrem ständigen Einbinden von neuen Minderheiten, den politischen Charakter von Demokratie untergrabe und zu einer Art Verwaltungsdominanz (Raimondi benutzt hier den Begriff „Polizei“ im ursprünglichen Sinne) führe. Dadurch sei eine Ökonomisierung der Politik entstanden, die zugleich sanft den Widerstand dagegen zu brechen scheint.

Den Weg zu einem Neuanfang findet die Autorin in einer ideenhistorischen Auseinandersetzung mit den Demokratiekonzeptionen zweier sehr unterschiedlicher Denker, nämlich Carl Schmitt und Hannah Arendt. Schmitt interpretierte Demokratie ganz im Sinne seines →

Dezisionismus als eine Frage der Souveränität und letztinstanzlichen Entscheidung. Arendt hingegen sieht darin eher einen freiheitlichen gesellschaftlichen Prozess zum Ausgleich konstitutiv heteronomer menschlicher Individualität und Interessen. Beide Ansätze krankten daran, so die Autorin, dass sie ihre jeweiligen konstituierenden, geschichtlichen Narrative überidealisierten und die eigentliche „politische Subjektivierung“ ausblendeten.

Es wird deutlich, dass Raimondi dem prozeduralen Gedanken Arendts eher folgt, dass sie ihn aber letztlich sogar durch einen dekonstruktivistischen Ansatz noch radikalisiert. Das zeigt sich an einem der wenigen konkreteren Beispiele, die Raimondi anführt, nämlich dem Problem der Staatenlosigkeit.

Die für Arendt zur Demokratie gehörenden Rechte manifestieren sich zurzeit nur in einer festen Staatszugehörigkeit. Das führt zu Problemen – eben etwa bei der Behandlung Staatenloser oder Flüchtlinge, die keine Instanz zur Berufung auf ihre „vorstaatlichen“ Rechte haben, da sie nicht bereits in Staatlichkeit integriert sind. Hilfreich bei der Lösung des Problems sei, dass eine lebendige Demokratie per se über eine von ihren Institutionen autonome Öffentlichkeit verfügt. Die Öffentlichkeit müsse „möglichst wenig formatiert werden“, denn „gerade in ihrem ‚Wirrwar‘ ist sie demokratisch“. Dieses „Wirrwar“ sieht sie allerdings durch vielfältige Diskurshegemonien in der gegenwärtigen Situation als allenfalls verzerrt realisiert und gefährdet.

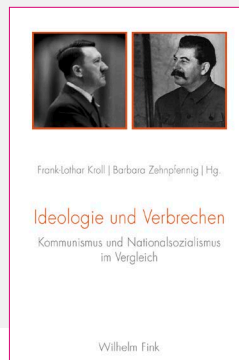
Deshalb versucht Raimondi, die Logik Arendts so weiterzudenken, dass neue demokratische Prozesse auch außerhalb des staatlichen Gefüges stattfinden können und an diese nicht per se gebunden sein müssen. Das Schmitt'sche „souveräne Entscheiden“ und Arendt'sche „gemeinsame Handeln“ will Raimondi in eine neue Balance bringen und überwinden. Dazu gehört die historische Erfahrung, dass „Nicht-Dazugehörige“ immer wieder den Eintritt in den demokratischen Prozess fanden und die Koordinaten grundsätzlich neu formulierten. „Demokratie“, so meint sie, sei „keine feststehende politische Form (...), die man prüfend an die gegebenen Verhältnisse herantragen könnte, sondern vielmehr ein allgemeiner Aufruf zur Befreiung.“ (S. 209)

Man mag die latent anti-kapitalistische Grundeinstellung, die in diesen Ausführungen teilweise sichtbar wird, nicht teilen, weil eine klare und funktionierende Idee, was die Alternative dazu sein könnte, schon aufgrund des ausgesprochen hohen Abstraktionsgrades und des leicht postmodernen Fachjargons des Buches nicht wirklich erkenn-

bar ist. Dennoch muss man das Buch als eine willkommene Einladung zum vertieften Nachdenken betrachten, nicht zuletzt, weil die zutreffend analysierte „Polizeilastigkeit“ der konsensuellen Demokratie auch aus einer konsequent marktliberalen Sicht der Dinge eine bedenkliche Tendenz sein muss. Ob die im Buch skizzierte Demokratieentwicklung aber mit marktwirtschaftlichen Ordnungsbedingungen kompatibel bleibt, bleibt unklar.

Klar ist: Dass die Entwicklungen der Moderne – Globalisierung und Digitale Revolution (deren mögliche Rolle ausgeklammert bleibt) die Gussformen der Demokratie gewaltig verändern werden – und zwar sicher nicht friktionsfrei, lässt sich kaum mehr übersehen. Viele der Grundsatzfragen, die es nun zu berücksichtigen gilt, liegen mit diesem Buch klar auf dem Tisch.

## Frank-Lothar Kroll / Barbara Zehnpfennig: *Ideologie und Verbrechen* Kommunismus und Nationalsozialismus im Vergleich



München 2014  
Wilhelm Fink Verlag, 306 Seiten

**SEBASTIAN HAAS** Die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts waren ideologisch begründet. Den logischen Konsequenzen aus dem Denken der Ideologen widmet sich der vorliegende Sammelband. Dafür haben Frank-Lothar Kroll (TU Chemnitz) und Barbara Zehnpfennig (Passau) Experten aus der Geschichts- und Politikwissenschaft, Philosophie, Soziologie und Rechtswissenschaft gebeten, sich mit dem ideologischen Denken an sich, mit dem Zusammenhang von Ideologie und Verbrechen sowie mit den Beziehungen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus auseinanderzusetzen.

Rolf Zimmermann nähert sich dem Phänomen des Totalitarismus aus moralphilosophischer Perspektive. Er bemerkt, dass Nazismus und Bolschewismus die Vorstellung einer einheitlichen Menschheitsmoral in Frage gestellt haben. Die Erosion geltender Moralvorstellungen zeige sich an den Phasen der „Diskriminierung, Entrechtung, Miss-handlung, Verfolgung und Vernichtung“ (S. 14). Daher müsse der egalitäre Universalismus von heute „gegebenfalls auch mit Machtmitteln“ (S. 39) verteidigt werden.

Hendrik Hansen erkennt im Denken von Marx alle „Merkmale einer totalitären Ideologie“ (S. 64): ein umfassendes und geschlossenes Welterklärungsmodell, das gegen jede Korrektur durch empirische Erfahrung immunisiert wird und das Geschichte wie Gegenwart als unerbittlichen Kampf zwischen Gut und Böse deutet. „Dieser Wille zur Vernichtung des Geistes und zur Reduktion des Menschen auf das Bedürfnis ist nicht eine Erfindung von Lenin oder Stalin, sondern liegt bereits dem Werk von Marx zugrunde.“ (S. 65)

Frank-Lothar Kroll untersucht, welche Arten des Antisemitismus ihre Konsequenz im Nationalsozialismus hatten, und bemerkt: „Das Verbrechen des Holocaust war Ausdruck und Folge eines auf Handlung und Tat drängenden paranoiden Denkens.“ (S. 136) Doch erst die politisch-militärische Konstellation seit Frühjahr 1941 habe es „den von einer verbrecherischen Ideologie angetriebenen nationalsozialistischen Henkern“ ermöglicht, „die Juden Europas zu deportieren und zu liquidieren“ (S. 137 f.). Wolfgang Bialas zeichnet nach, dass sich diese Mordpolitik auf rassistische Denkmuster gründete, nach denen Angehörige einer sogenannten artfremden Rasse nicht erwarten konnten, „überhaupt als moralische Subjekte behandelt“ und daher möglicherweise „konvertiert oder vom Gegenteil ihrer falschen Weltanschauung überzeugt“ zu werden (S. 161).

Manuel Becker vergleicht den NS-Staat und die DDR hinsichtlich ihrer Feindbilder, die beide ein „klar definiertes dichotomes Freund-Feind-Schema“ (S. 240) aufweisen, sich aber in der dogmatischen Gewichtung unterscheiden: „Der unerbittliche Glaube an die unbedingte Ausrottung der Juden wurde tatsächlich umgesetzt, wohingegen nie versucht wurde, die Ausrottung des Faschismus in ähnlicher Weise planmäßig umzusetzen.“ (S. 244)

Jochen Staadt beschreibt die Funktion des Antifaschismus in der DDR, also der systematischen wie geräuschlosen Eingliederung ehemaliger NS-Angehöriger. So gehörten den diversen Zentralkomitees der SED insgesamt 27 ehemalige NSDAP-Mitglieder an, dazu kommt eine nicht unbeträchtliche Anzahl von (stellvertretenden) Ministern.

Rechtsradikale Zwischenfälle, Rassismus und Antisemitismus in der DDR wurden aus der öffentlichen Diskussion ebenfalls systematisch verdrängt.

Weitere Aufsätze beschäftigen sich mit der Weltanschauung Hitlers (Barbara Zehnpfennig), dem Verhältnis von Ideologie und Gewalt im Kommunismus (Lothar Fritze), den weltanschaulichen Beziehungen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus (Friedrich Pohlmann), den politischen Beziehungen zwischen Sowjetunion und Drittem Reich (Bogdan Musial), dem Totalitarismus als Herausforderung für Demokratietheorie und demokratische Praxis (Eckhard Jesse/Sebastian Liebold) sowie den Nachwirkungen der Rechtskulturen des Dritten Reiches und der DDR im vereinigten Deutschland (Michael Stolleis).

Die Beiträge des Sammelbandes sind zum größten Teil Fallstudien – und so mussten sich die Herausgeber mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass ihre Autoren den Weg von der Ideologie zum Gewaltexzess teils zu geradlinig zeichnen und dass sich der Vergleich der Diktaturen nicht damit begnügen darf, allein das Denken der Ideologen zu analysieren. „Wer die Wahrheit in Reden, Texten und Rechtfertigungen sucht, erfährt, wie geredet, geschrieben und gesprochen wird, aber nicht, was die Diktatur ist und was sie mit den Menschen macht“, erklärte beispielsweise Jörg Baberowski in der FAZ vom 11. August 2014. Dennoch ist es beeindruckend, mit welcher Akribie und welchem Weitblick die Autoren die Ursprünge und Konsequenzen totalitären Denkens herausarbeiten. Den gewünschten Anstoß zur Kontroverse bietet das vorliegende Buch in jedem Fall, und tatsächlich regen die durchweg lesenswerten Aufsätze zur Reflexion und hoffentlich weiteren Forschung an.

# AdB Aktuell

## Die qualitative Vertiefung wagen! AdB-Stellungnahme zur Weiterentwicklung der europäischen und internationalen politischen Bildungsarbeit im AdB

### Präambel

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) hat unter Einbeziehung aller verbandlichen Gremien die qualitative Ausgestaltung und Weiterentwicklung seiner europäischen und internationalen Bildungsarbeit diskutiert. Er sieht sich in der Verantwortung, sein Verständnis der europäischen und internationalen Arbeit zu überprüfen und die Voraussetzungen für eine adäquate Weiterentwicklung zu schaffen angesichts der sich rapide verändernden nationalen und globalen Rahmenbedingungen und daraus resultierender Herausforderungen an Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit.

Globale wirtschaftliche und soziale Entwicklungen, Krisen und Konflikte sowie weltweite Wanderungsbewegungen wirken sich auch auf die internationale Bildungsarbeit, die Inhalte, Themen und Teilnehmenden der Begegnungsmaßnahmen aus und führen zu einer Re-Politisierung der internationalen Begegnungsarbeit. Zudem rücken sie die internationalen Fachkräfte- und Jugendaustauschmaßnahmen stärker in den Fokus des Politischen. So richten sich mittlerweile nicht nur jugendpolitische, sondern auch bildungs-, außen-, sicherheits-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Erwartungen an die Begegnungen. Dieses ressortübergreifende Interesse führt auf internationaler Ebene zu einer Vernetzung bisher getrennter Politikfelder, zu einem erweiterten fachpolitischen Austausch, zu einer neuen politischen Rahmung von Fachdiskursen und damit auch zu Konsequenzen für die Bearbeitung auf nationaler Ebene.

### Zum Verständnis europäischer und internationaler politischer Bildung

Europäische und internationale Arbeit (EIA) im AdB ist fester inhaltlicher und struktureller Bestandteil außerschulischer politischer Bildungsarbeit und auch internationaler Bildungs- und Begegnungsarbeit

mit Jugendlichen, Erwachsenen und Fachkräften der Jugendarbeit.

Europäische und internationale Bildungsarbeit hat das Ziel, den Austausch über Fragen des demokratischen Zusammenlebens in einer globalisierten Welt anzuregen. Dies geschieht im internationalen Kontext verbunden mit Fragen nach Subsidiarität, Solidarität und gesellschaftlichem Ausgleich. Als Einrichtungen politischer Bildung sind die Bildungsstätten und Bildungswerke Anbieter einer Pädagogik außerschulischen, non-formalen Lernens und gestalten Lernprozesse, die Einzelne und Gruppen befähigen, sich im gesellschaftlichen Wandel zu orientieren, zu positionieren und diesen mitzugestalten. In einer globalisierten Welt hat dieser Wandel immer eine internationale Dimension, die sichtbar und verstehbar gemacht werden soll.

Die europäische und internationale Bildungsarbeit in den Einrichtungen der politischen Bildung leistet einen zentralen Beitrag zur Verständigung sowie zur Entwicklung eines dynamischen Geschichtsbildes über nationale Identitätskonzepte hinaus, das die Orientierung in einer pluralistischen Gesellschaft ermöglicht. Ein wichtiger Bestandteil ist hier die Gedenk- und Erinnerungsarbeit, die die historische Grundlage für die europäische und internationale Zusammenarbeit bilden.

Europäische und internationale Bildungsarbeit trägt zur Internationalisierung Deutschlands bei, indem sie im Rahmen internationaler Begegnungen Räume schafft, die den Umgang mit Diversität und Vielfalt ermöglichen sowie interkulturelle und fremdsprachliche Kompetenzen stärken. Internationale Maßnahmen haben einen nachgewiesenen Einfluss auf die Biografien von Teilnehmenden, sie sind oft Ausgangspunkt für eine internationale Ausrichtung in ihren späteren Tätigkeiten.

Europäische und internationale Bildungsarbeit leistet einen Beitrag zur Herausbildung einer internationa-

len und europäischen Identität und Bürgerschaft, da sie wertebildend ist, die Bearbeitung länderübergreifender Fragen ermöglicht und zu gemeinsamem politischem Engagement auf europäischer und internationaler Ebene motiviert.

### **Die Rolle des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten**

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten nimmt im Kontext europäischer und internationaler Bildungsarbeit verschiedene Aufgaben wahr. Er berät, unterstützt, qualifiziert und fördert die praktische Begegnungsarbeit in den Einrichtungen. Er vertritt in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitszusammenhängen die Interessen der Mitgliedseinrichtungen. Und er agiert auf nationaler, europäischer und internationaler politischer Ebene, um die jugend-, bildungs- und förderpolitischen Rahmenbedingungen für die europäische und internationale politische Bildungsarbeit positiv mitzugestalten. Zu diesen Aufgaben gehören auch die Initiierung und Unterstützung von sowie Mitwirkung in internationalen Netzwerken sowie das Zusammenwirken mit wissenschaftlicher Forschung und die Beteiligung an europäischen und internationalen wissenschaftlichen Forschungsvorhaben zu politischer Bildung und zu internationalem Jugend- und Fachkräfteaustausch.

### **Die Rolle der Bildungsstätten für europäische und internationale Bildungsarbeit**

Bildungsstätten sind Orte der Begegnung, Beratung, Information und Fortbildung. Die besonderen Lernbedingungen für internationale Bildungsarbeit, die sie schaffen, zeichnen sie in besonderer Weise aus. Bildungsstätten sind Lernorte, die sich an den Bedürfnissen der Teilnehmenden orientieren und ihnen ein adäquates, zielgruppenorientiertes und aktuelles Bildungsangebot machen. Mit ihrer räumlichen, fachlichen und pädagogischen Infrastruktur bieten sie insbesondere für internationale Bildungsarbeit einen sicheren Lern- und Erfahrungsraum für selbstbestimmtes, kreatives und eigenständiges Lernen. Dieser ist an vielen anderen Orten der Welt keine Selbstverständlichkeit, jedoch für Anliegen demokratischer Teilhabe und Mitwirkung unerlässlich.

Bildungsstätten sind damit Ermöglichungsorte für demokratische Erfahrungen, demokratisches Engage-

ment und demokratisches Handeln. Sie bilden im internationalen Kontext einen in vielerlei Hinsicht einmaligen Ort für Bildungsprozesse. Sie vereinen räumliche Möglichkeiten, pädagogische Expertise und fachlich qualifiziertes Personal. Sie sind Orte, die Change Agents ausbilden, die wiederum den demokratischen Wandel in ihren jeweiligen Heimatländern mitgestalten.

Diesen sicheren Erfahrungsraum zu generieren, stellt eine pädagogische (und eine politische Herausforderung) im Sinne der Entwicklung einer Werthaltung dar, der sich Bildungsstätten stellen und immer wieder neu stellen müssen. Diese Werthaltung ist zugleich Kernbestand politischer Bildungsarbeit und Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche international angelegte politische Bildungsarbeit.

### **Dimensionserweiterung**

Träger politischer Bildung stehen vor der Herausforderung, sich selbst und ihre Bildungsarbeit im globalisierten Entwicklungskontext zu verorten und sich als gestaltende Akteure dieser Entwicklung zu verstehen. Diese Internationalität kann sich in länderübergreifenden Programmen des Austauschs und der Begegnungen niederschlagen.

Der AdB will darüber hinaus anregen, nicht nur die internationale Arbeit selbst, sondern grundsätzlich die politische Bildung in ihrer Gesamtheit international zu begreifen und zu denken und die Diskurse und Fachthemen politischer Bildungsarbeit und Demokratiebildung als Ausdruck internationaler Entwicklungen und internationaler Herausforderungen zu begreifen.

Politische Bildung erfährt auf diese Weise eine Dimensionserweiterung, die sich auf Fragen und Themenbereiche politischer Bildung wie Macht, Migration, Gerechtigkeit, Teilhabe und Inklusion, Vielfalt und Diversität, Antidiskriminierung und Geschlechtergerechtigkeit, Anti-Rassismus, (Rechts)extremismus, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte, historisch-politische Bildung, Europa in all seinen Widersprüchen u. a. bezieht und die als Ausdruck aktueller globaler gesellschaftspolitischer Fragen im lokalen wie im globalen Kontext bearbeitet werden.

Durch die bewusste Einbettung politischer Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit in einen globalen Bezugsrahmen und das bewusste Aufgreifen und Einbetten in jugend-, bildungs-, außen-, sicherheits-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Diskurse →



eröffnet sich der politischen Bildung eine neue Dimension des Lernens durch Internationalität.

Zugleich schafft sie dadurch die Voraussetzung zu einer Aufwertung der eigenen Bedeutung. Politische Bildung findet einen Weg, die nicht mehr zeitgemäße „Versäulung“ in internationale und nationale Bildungsarbeit anspruchsvoll und positiv zu wenden: Indem sie selbst die Rahmenbedingungen für Menschenrechtsbildung und politische Bildung neu formuliert, erfährt Lernen durch internationale Kontextualisierung eine Dimensionserweiterung, eine Vertiefung und einen Wirkungsgewinn. Zugleich begreift die politische Bildung sich als politikgestaltender Akteur, der Bildungsarbeit im Rahmen völkerrechtlicher Vereinbarungen und Verträge leistet. Dazu gehören u. a.

- die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Umsetzung des World Program for Human Rights Education;
- die UN-Kinderrechtskonvention, die Frauenrechtskonvention, der Genfer Flüchtlingskonvention;
- die UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen;
- die Europaratscharta für politische Bildung und Menschenrechtsbildung (und weitere Vereinbarungen des Europarats);
- die Grundrechtecharta der EU und der Vertrag von Lissabon;
- die Umsetzung und Gestaltung europäische Jugendpolitik;
- die bilateralen Vereinbarungen zwischen Deutschland und anderen Ländern.

Indem der AdB im Verbund mit seinen Mitgliedsorganisationen diese Dimensionen in der Arbeit auf nationaler Ebene berücksichtigt, schaffen sie die Voraussetzung für eine Aufwertung politischer Bildung auf mehreren Ebenen:

- inhaltlich für die Teilnehmenden;
- als Lernorte, die die oben genannten Kontexte sichtbar machen und Verbindungen aufzeigen;
- als politische Akteure, die maßgebliche Bezugspunkte für die fachliche und inhaltliche Debatte aus dem Bereich der politischen Bildung selbst einbringen.

### Konsequenzen und Empfehlungen

Aus den oben beschriebenen veränderten Rahmenbedingungen für (europäische und internationale) politische Bildung sowie aus der daraus resultierenden Dimensionserweiterung ergeben sich aus Sicht des AdB Konsequenzen und Empfehlungen für die zukünftige Arbeit sowohl des Verbandes als auch der Mitgliedseinrichtungen:

- Die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung sind gefordert, ihre Strukturen und ihre Arbeit zu europäisieren und zu internationalisieren und Fragestellungen politischer Bildung unter einer europäischen und internationalen Perspektive anzugehen. Dies kann eine stärkere Verzahnung und Verknüpfung aller Arbeitsfelder zu europäischen und internationalen Fragestellungen bedeuten, eine stärkere Ansprache internationaler Teilnehmerinnen und Teilnehmer oder eine Verbesserung der Mehrsprachigkeit auf allen Ebenen im Verband. In diesem Zusammenhang bietet es sich an, die Trennung in internationale und nationale Jugend- und Erwachsenenbildung zugunsten einer inhaltlichen Profilierung aufzuheben, die in allen Bereichen auch die Durchführung europäischer und internationaler Themen, Projekte und Partnerschaften ermöglichen würde.
- Bildungsstätten und andere Bildungsträger sollten ihre Arbeit im Wirkungszusammenhang europäischer und internationaler Entwicklungen sehen, wobei Europa mehr ist als die EU. Sie können und sollten sich offensiv als Orte der Demokratie, der Menschenrechtsbildung, des Demokratielernens und der Teilhabe, der Emanzipation und des Diskurses begreifen und sich gestaltend auf allen sie betreffenden Ebenen in den Diskurs um die Umsetzung einbringen. Damit tragen sie zur Umsetzung und Ausgestaltung der „Pariser Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung“ der Bildungsminister der Europäischen Union vom 17. März 2015 bei.<sup>1</sup>
- Die Akteure politischer Bildung sind aufgefordert, sich aktiv in die Gestaltung des von der UN-Vollversammlung in der Sitzung vom 25. bis 27. September

<sup>1</sup> [http://ec.europa.eu/education/news/2015/documents/citizenship-education-declaration\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/education/news/2015/documents/citizenship-education-declaration_de.pdf)

2015 verabschiedeten Sustainable Development Goals 4.7<sup>2</sup> einzubringen. Der Anspruch könnte wirksam unterstützt werden durch die Aufnahme von Global Citizenship Education in das Leitbild jeder Einrichtung oder jedes Trägers.

- Insbesondere Jugendbildungsstätten wird empfohlen, sich aktiv um das „Council of Europe Quality Label for Youth Centres“ (Qualitätslabel des Europarats für Einrichtungen politischer Jugend- und Menschenrechtsbildung) zu bewerben und sich als Orte des „Lebens und Lernens unter einem Dach“ im Sinne außerschulischer Menschenrechtsbildung und des Demokratielernens international zu profilieren.
- Die Nutzung eines erweiterten, lebensweltlich orientierten Kulturbegriffs, der von Mehrfachzugehörigkeiten, Diversität und Weltoffenheit im Sinne eines emanzipatorischen Anspruchs ausgeht, mit dem Ziel, der Kulturalisierung sozialer und politischer Konflikte weltweit entgegenzuwirken, unterstützt Anliegen und Anspruch politischer Bildungsarbeit.
- Vorstand und Geschäftsstelle des AdB sind gefordert, zur Entwicklung und Umsetzung der Europäisierung und Internationalisierung Fortbildungen anzubieten und Unterstützungsangebote an die Mitglieder zu richten. Die erforderlichen Schritte stehen dabei in engem Zusammenhang mit der angestrebten interkulturellen Öffnung und der Abbildung von Diversität im Verband. Dabei sollte ein Ansatz von Diversität und Mehrfachzugehörigkeiten verfolgt werden, der den Aufbau von Kooperationsstrukturen zwischen Trägern internationaler politischer Jugendbildung und Migrantinnen- und Migranten-Vereinen bzw. Organisationen der (jugendbezogenen) Migrationsarbeit einschließt und diese stärker in die internationale Arbeit einzubeziehen sucht. Ziel muss

---

<sup>2</sup> Target 4.7: By 2030, ensure that all learners acquire the knowledge and skills needed to promote sustainable development; including, among others, through education for sustainable development and sustainable lifestyles, human rights, gender equality, promotion of a culture of peace and nonviolence, global citizenship and appreciation of cultural diversity and of culture's contribution to sustainable development, Quelle: Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development; [www.gcedclearinghouse.org/news-events/gced-endorsed-target-education-sdg-united-nations-summit](http://www.gcedclearinghouse.org/news-events/gced-endorsed-target-education-sdg-united-nations-summit)

es sein, dass die europäische und internationale Bildung die gesamte Gesellschaft erreicht.

- Im Hinblick auf die aktuellen Debatten in der außerschulischen politischen Bildung – genannt seien exemplarisch die Anerkennung non-formalen Lernens, die Sichtbarmachung von Wirkungen internationaler Bildungs- und Begegnungsarbeit, die Teilhabe benachteiligter Gruppen oder die Zusammenarbeit mit Transformationsländern Nordafrikas – erscheint es notwendig, die internationale Expertise, die Fachkenntnisse und die Erfahrungen im AdB und seinen Mitgliedseinrichtungen stärker herauszustellen und sichtbar zu machen. Damit empfiehlt sich der Verband als Ansprechpartner gegenüber politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, Fördereinrichtungen und Ministerien auf den unterschiedlichen Ebenen.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten,  
Berlin im Oktober 2015

## „Mehr Licht“

AdB-Haustechnikertagung befasste sich mit Licht und Beleuchtungskonzepten in Bildungsstätten



Die Teilnehmer an der AdB-Haustechnikertagung auf dem Turm einer Windenergieanlage Foto: AdB

Stellt die immer besser werdende LED-Technologie eine Alternative zu den vielen Leuchtstoffröhren in Seminarräumen und Speisesälen dar? So lautete die zentrale Frage während der Fachtagung für Haustechniker, die vom 13. bis 16. Oktober 2015 in der Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V. – Europahaus Aurich stattfand. Bisher konnten in den Einrichtungen sehr unterschiedliche Erfahrungen mit der neuen Technologie gesammelt werden. Torsten Wedler, unabhängiger Lichtberater und Experte aus Oldenburg, stellte einen Zusammenhang zwischen der Emotionalität von Licht und der technischen Umsetzung dar. Entscheidend dabei ist die „Lichttemperatur“: Lichtquellen mit hohem Blau-Licht-Anteil haben sich als wirkungsvoller für Seminarräume erwiesen, da sie wacher halten, während sogenanntes warmweißes Licht („830er-Licht“) zu schnelleren Ermüdung der Seminarteilnehmenden führt. Die Umstellung auf LED bietet sich nach

Einschätzung der Haustechniker insbesondere für Flure an, Seminar- und Tagungsräume können durchaus weiter mit qualitativ hochwertigen Leuchtstoffröhren betrieben werden. LEDs zeichnen sich durch ihre lange Haltbarkeit (ca. 50.000 Std.) und ihren geringen Stromverbrauch aus. Da Leuchtmittelhersteller zunehmend komplett auf LED umsteigen, müssen auch die Bildungsstätten diese Produkte stärker in den Blick nehmen und gezielt einsetzen.

Anhand ausgewählter Beispiele erarbeiteten die Tagungsteilnehmer Konzepte und Vorschläge für Beleuchtungskonzepte in Bildungsstätten wie z. B. Speise- und Seminarräumen, Flure sowie Empfangsbereiche und ermittelten die unterschiedlichen Stromverbräuche bei gleichbleibender Beleuchtungsstärke (Lux).

Die Frage, wo der benötigte Strom dafür herkommt, beschäftigte die Teilnehmer im weiteren Verlauf der Tagung während einer Exkursion zum größten Windenergieanlagenhersteller Deutschlands, Enercon.

Die neue Betriebssicherheitsverordnung mit seinen konkretisierten Bestimmungen zur Bereitstellung von Arbeitsmitteln durch den Arbeitgeber rundete das Tagungsprogramm ab. Im Wesentlichen diskutierten die Haustechniker die Beschaffung, Einweisung und Inbetriebnahme von Werkzeugen, Maschinen und Arbeitsgeräten und die damit verbundenen Dokumentationspflichten des Arbeitgebers aus Sicht der Praxis und entwickelten erste Ideen für entsprechende Verfahrensbeschreibungen, die jede Bildungsstätte vornehmen sollte, um den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden.

## On- und offline kommunizieren

AdB-Fortbildung zu den Themen „Social Media und Bildungsstätten“ und „Krisenkommunikation“



Teilnehmende an der Fortbildung mit dem Referenten Christian Müller (1. Reihe re.) Foto: AdB

Die Veranstaltung, die vom 9. bis 10. November 2015 im Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut/Jagdschloss Glienicke in Berlin stattfand, war der Auftakt für eine Fortbildungsreihe, die den für Öffentlichkeitsarbeit in den AdB-Mitgliedseinrichtungen zuständigen Referentinnen und Referenten die Möglichkeit geben soll sich auszutauschen, Fragen und Probleme zu thematisieren und nach Antworten zu suchen. Es wurden zwei Themenfelder in den Fokus gestellt, die sich in einer Befragung der Mitgliedseinrichtungen als besonders wichtig herauskristallisiert haben: Social Media und Krisenkommunikation.

Das Thema „Social Media und Öffentlichkeitsarbeit“ nahm die Rolle und die Einsatzmöglichkeiten von Social Media in den Bildungseinrichtungen in den Blick.

Christian Müller, Sozialpädagoge, Coach und Kommunikationsberater für kleine und mittlere Unternehmen, für Bildungsträger und soziale Einrichtungen, stand als Experte für die Fortbildung zur Verfügung. Er verstand es, die Teilnehmenden mit Sachverstand und Begeisterung für die Themen zu interessieren, gab viele wichtige und hilfreiche Tipps und machte an verschiedenen Beispielen deutlich, wie welche Inhalte am besten transportiert werden können und welche Fallstricke zu beachten sind. Deutlich wurde: Social Media sind immer nur ein Teil der Gesamtkommunikation und müssen mit einem klar formulierten Ziel in ein Gesamtkonzept einer Bildungseinrichtung eingebettet werden.

Das zweite Thema widmet sich den Kommunikationskonzepten in Bildungseinrichtungen und da insbesondere der Krisenkommunikation: Wie gehen Bildungseinrichtungen mit Krisen um? Wie kommunizieren sie Veränderungen? Wie erreichen sie Resonanz in den Medien? Wichtig war hier sowohl die Kommunikation nach innen als auch nach außen. Krisenkommunikation sollte immer die Vorbereitung auf einen Fall sein, der hoffentlich nicht eintritt, und nicht erst die Reaktion auf eine Krise. In diesem Sinne gilt es, Verfahrensabläufe festzuschreiben, Verantwortlichkeiten zu klären und Sprachregelungen zu treffen.

Das Netzwerk Öffentlichkeitsarbeit im AdB hat mit dieser ersten Veranstaltung einen wichtigen Schritt für die zukünftige Zusammenarbeit getan. Weitere interessante Fortbildungen werden folgen.

## Neue Broschüre des AdB erschienen

### Interkulturelle Öffnung

Eine Arbeitshilfe für Bildungsstätten  
und Träger der politischen Bildung



Foto: sajola/photocase.de

Im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) wurde in den vergangenen Jahren ein Prozess zur Interkulturellen Öffnung von Trägern, Einrichtungen und Angeboten der politischen Bildung begonnen, um Menschen aller Kulturen mit und ohne Migrationshintergrund für die politische Bildung zu gewinnen.

Mit der nun vorliegenden Broschüre sollen Bildungseinrichtungen in diesem Prozess unterstützt werden. Es werden Anregungen gegeben, wie Vielfalt und Diversität stärker in den Blick genommen und wie Strukturen nachhaltig verändert werden können. Ziel des Prozesses soll sein, alle Ebenen der Organisationen für neue Impulse und Chancen zu sensibilisieren, Teilhabegerechtigkeit in den Organisationen zu erhöhen und Menschen mit Migrationsgeschichte gleiche Partizipationschancen sowohl in den Veranstaltungen der politischen Bildung als auch in allen Funktionen und auf allen Ebenen der Organisationen zu geben.

Diese Publikation – erstellt von Expertinnen und Experten der AdB-Mitgliedseinrichtungen – ist ein Baustein in einem fortlaufenden, nicht abgeschlossenen Prozess zur Interkulturellen Öffnung im AdB. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, wird die Notwendigkeit für einen solchen Prozess noch einmal besonders deutlich.

Wir freuen uns über Anregungen, Hinweise und Ergänzungen.

Die Publikation steht unter dem Link [www.adb.de/materialien](http://www.adb.de/materialien) zum Download bereit und kann gegen eine Schutzgebühr von 5,00 € (incl. Porto) in der Geschäftsstelle ([meissner@adb.de](mailto:meissner@adb.de)) bestellt werden.

## „Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie“

Fachtagung des AdB in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing



Teilnehmende an der Fachtagung Foto: AdB

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten wird im Jahr 2016 den Schwerpunkt seiner Arbeit auf das Thema „Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie“ legen. Als Einstimmung auf das Jahresthema wurde vom 23. bis 24. November 2015 eine Fachtagung in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing als Kooperationsveranstaltung zwischen Verband und Mitgliedseinrichtung durchgeführt.

Die Frage „Wie wollen wir zusammen leben?“ ist eine Kernfrage unserer Profession, so Ulrich Ballhausen, Vorsitzender des AdB-Vorstands, am Beginn der Tagung. Er begrüßte die zahlreichen Teilnehmenden an der Fachtagung und machte deutlich, dass diese Frage alle zentralen Kategorien von Politik – Konflikt, Interesse, Macht, Herrschaft, Konsens, Willensbildung – berührt.

Dr. Judith Niehues vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln gab mit ihrem einführenden Beitrag einen profunden Einblick in verschiedene Daten und Analysen, die die Entwicklung von Armut und Reichtum in Deutschland sichtbar machen können. Deutlich wurde in ihrem Vortrag, dass alleinerziehende Menschen, junge Erwachsene, Menschen mit Migrationshintergrund und Arbeitslose einem besonders hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind. Bei Menschen in den ostdeutschen Bundesländern ist das Armutsrisiko höher als in den alten Bundesländern, auf dem Land höher als in der Stadt. Aber, so Frau Dr. Niehues, trotz anderslautender Vermutungen sei seit ca. 2005 die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergegangen, die Zahl der armen Menschen nicht weiter gestiegen. Diese aus der Datenlage abzulesende Erkenntnis gehe aber nicht mit der „gefühlten“ Einschätzung der ge-

ellschaftlichen Situation einher: Viele Menschen vermuteten, so Niehues, dass die Verteilung der Einkommen auf die Bevölkerung einer Pyramide gleiche, es also viele arme und sehr wenige reiche Menschen gäbe. De facto zeige das Schaubild aber eine Art Kreisel mit einer ausgeprägten breiten Mitte.



Dr. Judith Niehues Foto: AdB

Diese Problematik wurde auch in dem Podiumsgespräch am ersten Veranstaltungstag aufgegriffen: Professor Dr. Ulrich Eith, Studienhaus Wiesneck, Dr. Moritz Kilger, Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, diskutierten – moderiert von Boris Brokmeier – mit Dr. Judith Niehues die Ursachen der gefühlten Ungerechtigkeit. Ulrich Eith stellte eine Verbindung zum Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger her und beschrieb grob drei Gruppen: Zur ersten Gruppe zählen Menschen, die Wählen als Bürgerpflicht ansehen und von Politik das Bearbeiten und Lösen von Problemen erwarten. Eine zweite Gruppe hat ein hohes politisches Interesse, will Politik aber nicht allein Politikerinnen und Politikern überlassen, sondern selbst aktiv mitgestalten. Und zur dritten Gruppe gehören Menschen, die wenig oder kein politisches Interesse zeigen und weit entfernt sind von jeder Form von Beteiligung. Diese Aufteilung könne, so Ulrich Eith, an vielen Beispielen deutlich gemacht werden.

Und diese Beispiele wiederum zeigen bei genauerer Betrachtung, dass diese Gruppe mit der Gruppe korreliert, die Judith Niehues als die ausgemacht hat, die von Armut bzw. vom Armutsrisiko am meisten betroffen ist. Entscheidende Faktoren für politische und gesellschaftliche Beteiligung →



und Nicht-Beteiligung – nicht nur an Wahlen – sind demnach die Faktoren Alter, soziale Lage, Einkommen und Bildung.

Die Meinungen, Aussagen und Fragen der Teilnehmenden waren im Rahmen einer Open-Space-Einheit gefragt. Ausgangspunkt für wechselnde Diskussionsrunden waren sechs Thesen aus dem Vortrag von Judith Niehues, die für Gesprächsstoff und dicht beschriebene Stellwände sorgten.



Podiumsgespräch mit Dr. Moritz Kilger, Dr. Judith Niehues, Boris Brokmeier, Prof. Dr. Ulrich Eith (v.l.n.r.) Foto: AdB

Der zweite Tag der Fachtagung begann mit einer intensiven Workshop-Phase: In drei parallelen Workshops wurde den Teilnehmenden die Gelegenheit gegeben, einzelne Aspekte von Armut und Reichtum in der Demokratie zu fokussieren und mit den Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit zu verbinden:

Im *ersten Workshop* gab Mattias Fiedler von der Bewegungsstiftung einen Input zum Thema „Wohin mit dem Geld? Engagement für politische Bildung durch private Stiftungen“. In den nächsten Jahren wird weltweit ein gigantisches Vermögen vererbt. Stiftungen sind ein Modell, dieses Geld zweckgebunden zu erhalten. Wir werden uns in Zukunft stärker auf das Phänomen sogenannter Wohltätigkeitskapitalisten einstellen müssen, die ihr privates Geld gemeinnützig einsetzen und damit Politik mitgestalten. Diese Motivation, privates Geld gemeinnützig zu verwenden verdient Anerkennung, jedoch sollte sie die Öffentliche Hand nicht von ihrer Verantwortung entbinden. Ein Weg könnte sein, das Stiftungsrecht zu reformieren und an gemeinnützigen Staatszielen auszurichten. Bereits jetzt haben sich in Deutschland viele Stiftungen etabliert, die ihr Stiftungsvermögen erhalten und Projekte fördern. Die meisten der über 20.000 Stiftungen sind aufgrund geringer Rendite auf das Einwerben von Mitteln angewiesen,

um ihrem Stiftungszweck nachzukommen. Sie konkurrieren im Fundraising daher auch mit Trägern politischer Bildung, was oftmals nicht gesehen wird. Politische Bildung sollte daher die eigene Rolle als Akteur nicht unterschätzen und Agenda Setting zu ihren Themen betreiben.

Im *zweiten Workshop* „Bildung als Schlüssel gegen Armut. Was kann politische Bildung erfolgreich dazu beitragen?“ setzten sich die rund 20 Teilnehmenden zunächst mit der Kampagne „Aktiv gegen Armut“ des Internationalen Bundes (IB) auseinander, die von Gerti Wolf als dafür zuständige Referentin des IB vorgestellt wurde. Ihr Ziel als große Sozialorganisation sei es, bundesweit auf die Armut und Benachteiligung insbesondere von jungen Menschen aufmerksam zu machen und sich für ein würdevolles Leben auch von armen Menschen einzusetzen. Mit vielfältigen Aktionen, Fachtagungen und Publikationen wird diese Kampagne seit 2011 umgesetzt. Ansätze politischer Bildung werden im Rahmen dieser Kampagne als Querschnittsaufgabe bzw. Ergänzung zu Angeboten der Jugendsozialarbeit betrachtet und sollen dabei helfen, die Zusammenhänge von Armut und Reichtum zu erkennen.

Die Diskussion im Workshop setzte an diesem Punkt an und die Teilnehmenden schilderten ihre Erfahrungen mit dem Themenfeld Armut und Reichtum in ihren Bildungsangeboten. Armut als solche zum Gegenstand in Seminaren zu machen, wird als eher kontraproduktiv betrachtet. Vielmehr, so die Erfahrungen, gehe es um die Frage, was die Menschen vom Leben erwarten und darum, den Begriff der Armut nicht mit Angst zu besetzen. Darüber hinaus müssen in Bildungsangeboten insbesondere Menschen gefördert werden, die über keine oder nur geringe Zugänge zur gesellschaftlichen Teilhabe verfügen, um diese zu erhöhen und zu verbessern. Das kann durch sogenannte Perspektivseminare geschehen und durch eine intensivere Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ergänzt werden. Kooperationen mit Trägern der Jugendsozialarbeit helfen, die Bildungsarbeit mit Benachteiligten zu verbessern, da diese durch vielfältige Maßnahmen der beruflichen Eingliederung und Ausbildung enger mit den jeweiligen Zielgruppen zusammenarbeiten.

Der *dritte Workshop* widmete sich dem „Umgang mit bildungsfernen Zielgruppen – eine Herausforderung für die politische Erwachsenenbildung“. Mark Kleemann-Göhring von der Universität Duisburg-Essen stellte in seinem Input u. a. das Projekt „Potenziale der Weiterbildung durch den Zugang zu sozialen Gruppen entwickeln“ vor und diskutierte mit den Teilnehmenden, mit welchen Formaten und durch welche Maßnahmen bildungsferne Zielgruppen in der po-

litischen Erwachsenenbildung am besten erreicht werden können. Weitere Fragen waren: Was sind die Themen und lebensweltlichen Bezüge, mit denen Erwachsene erreicht und ihr Interesse geweckt werden kann? Was kann die politische Erwachsenenbildung bildungsfernen Erwachsenen an Kompetenzen, Wissen und Urteilsfähigkeit vermitteln? Mark Kleemann-Göhring machte deutlich: Nicht nur die Individuen haben Distanz zu institutionalisierter Bildung, sondern auch die institutionalisierte Bildung weist soziale und kulturelle Distanz zu ihren Adressatinnen und Adressaten auf. Deutlich wurde, wie wichtig es ist, die Zielgruppen der „Bildungsfernen“ besser zu beschreiben und sich auf deren Bedürfnisse einzustellen, entsprechende Angebote zu entwickeln und die Themen des unmittelbaren Lebensumfeldes mit der politischen Dimension zu erweitern.



Professor Dr. Michael Hartmann bei seinem Vortrag Foto: AdB

In seinem Vortrag am zweiten Tag der Fachtagung bestätigte Professor Dr. Michael Hartmann, Technische Universität Darmstadt, verschiedene Erkenntnisse des Vortrags, lenkte den Blick aber auch auf weitere Fakten. Er referierte, dass in den 80er und 90er Jahren die Einkommen und die Vermögen der reichen Menschen in Deutschland stark gestiegen seien. Er machte auf den politischen und gesellschaftlichen Einfluss der sehr reichen Bevölkerungsschicht aufmerksam und legte dar, wer z. B. besonders von den Entscheidungen in der Steuerpolitik profitiert und wie die Prioritäten von politischen und gesellschaftlichen Problemen durch Meinungsführerschaften verschoben werden können. Er führte aus, dass z. B. Vorstandsvorsitzende und Aufsichtsräte großer Konzerne einen wesentlich größeren Einfluss auf Politik haben als die von sozialer Ungleichheit unmittelbar betroffenen Gruppen. Dies führe dazu, so bestätigte der Referent die Ergebnisse der Diskussion des Vortrags, dass die vom Armutsrisiko stärker betroffenen

Menschen sich immer mehr vom politischen Geschehen und der aktiven Mitbestimmung abwenden würden.

In der anschließenden Diskussion stand die Frage im Mittelpunkt, wie es mit dem zentralen Versprechen der Demokratie auf prinzipiell gleiche Chancen bestellt sei, wenn sich ein so großer Teil von Bürgerinnen und Bürgern zurückzieht und jegliches Interesse an Politik und am politischen Geschehen verloren geht. Wie stabil kann eine Demokratie sein ohne die Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung? Ist diese Politikferne auch ein Einfallstor für politische Populisten jeder Couleur? Und was kann und sollte die politische Bildung leisten, um auf diese Entwicklungen, auf die Ausgrenzung und Marginalisierung zu reagieren? Da die beschriebene soziale Ungleichheit eine große Herausforderung, wenn nicht gar Gefahr für die Demokratie ist, ist sie auch eine Herausforderung für die politische Bildung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass politische Bildung keine Sozialpolitik ersetzt. Es ist aber ihre Aufgabe, an den Interessen und Problemen der Teilnehmenden anzusetzen und deren Fragen nach gleichen Chancen, nach Ausgrenzung, Benachteiligung und Solidarität aufzugreifen. Auch wenn die Teilnehmenden das selbst oft nicht so sehen, sind dies im Kern hoch politische Fragen.

Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des AdB, griff in ihrem Schlusswort noch einmal den Einstieg des Vorsitzenden zum Beginn der Tagung auf: Die Frage des Zusammenlebens in der Demokratie müsse die politische Bildung bewegen und bei ihren Aktivitäten und Inhalten immer wieder in den Fokus gerückt werden. Mit Blick auf den Untertitel des Jahresthemas und den Verweis auf Armut und Reichtum in der Demokratie müsse ebenso die Frage gestellt werden, ob das Gleichheitsversprechen der Demokratie – zumindest in Hinblick auf die politische Repräsentanz – mit der ungleichen Verteilung von materiellen Gütern, und damit verbunden dann auch mit der ungleichen Verteilung von sozialen, kulturellen, gesundheitlichen und Bildungsressourcen, zusammenpasst.

Am Ende der Tagung stand die Verabredung, als Träger und Organisationen der politischen Bildung weiterhin die gesellschaftlichen Ungleichheiten in Bildungsveranstaltungen zu benennen und verstärkt Menschen mit Armutsrisiko für die Bildungsarbeit zu gewinnen, sie für demokratische Beteiligungsverfahren zu mobilisieren und zu befähigen.

## „Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie“

Die AdB-Mitgliederversammlung verabschiedet Stellungnahme zum Jahresthema 2016

### AdB-Stellungnahme „Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie“

Die seit den 80er Jahren zu beobachtende zunehmende Einkommensungleichheit in Deutschland gibt Anlass zur Sorge. Die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen geht immer weiter auseinander. Wohlhabende sind reicher und vermögender geworden, während Einkommen in der Mitte und am unteren Ende der Einkommensskala (wenn überhaupt) nur gering gestiegen sind. Und obwohl die Arbeitslosigkeit seit 2005 stark zurückgegangen ist, kann dies nicht für die Armut festgestellt werden. Sie stagniert.

Armut schließt aus. Nicht nur von materiellen Gütern, sondern auch vom sozialen, kulturellen, politischen Leben und von Bildung. Demokratie enthält aber das Versprechen der gleichen Chancen für alle, der Repräsentativität und der politischen Gleichheit. Dies schließt auch neu zuwandernde Menschen mit ein, die in die demokratische Wertegemeinschaft einbezogen und für demokratische Teilhabe gewonnen werden müssen.

Umfragen belegen aber, dass eine Mehrheit der hier lebenden Menschen der Meinung ist, in Deutschland ginge es nicht gerecht zu. Es mehren sich die Anzeichen, dass sich diese Situation auch auf die Funktionsfähigkeit der Demokratie und des demokratischen Systems in Deutschland auswirkt. Wenn sich rund ein Viertel der Menschen mit Armutsgefährdung auf Nachfrage als politisch uninteressiert bezeichnen, hingegen aber nur 12 Prozent derjenigen ohne Armutsrisiko, weist das bereits auf eine Gefährdung der Demokratie hin.

So manifestiert sich in der „Politikverdrossenheit“ sozial Benachteiligter, die unter anderem am Wahlverhalten zu beobachten ist, letztlich eine Repräsentationskrise des demokratischen Systems, deren Ursachen nicht zuletzt in einer als ungerecht erlebten Verteilung von Ressourcen, Finanzmitteln und Gütern zu suchen sind. Politische Entscheidungen dürfen aber nicht nur zugunsten Wohlhabender und gut Ausgebildeter getroffen werden, denn damit schwindet das Vertrauen in die Institutionen des parlamentarisch-demokratischen Repräsentativsystems. Die daraus resultierende Neigung, sich weder an Wahlen zu beteiligen noch andere Formen politischer

Partizipation zu nutzen, stärkt wiederum jene politischen Kräfte, die um eine Sicherung der Privilegien einzelner Interessengruppen bemüht sind. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Demokratie ist mehr als ein formales Regelwerk. Sie bedeutet, dass alle Menschen eines Landes über dessen Entwicklung mitbestimmen (können), indem sie an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teilnehmen.

Eine entscheidende Rolle spielt dabei der Faktor Bildung. Bei bildungsbenachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen greifen häufig Mechanismen des Selbstausschlusses vom politischen, sozialen und kulturellen Leben, während gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger über Netzwerke und Verbindungen sowie über Kompetenzen verfügen, ihre Ressourcen zu mobilisieren und ihre Interessen zu artikulieren.

Ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung, insbesondere zu politischer Bildung, ist daher entscheidend, um das solidarische Zusammenleben und eine starke Teilhabe in der Demokratie zu fördern. Bildungsangebote müssen für alle erreichbar sein, unabhängig von materiellen oder sozialen Voraussetzungen. Dazu gehört es auch, die Träger und Einrichtungen politischer Bildung so auszustatten, dass ein adäquates Angebot, das unterschiedliche Formate, Zugangswege und Arbeitsformen berücksichtigt, für alle Bürgerinnen und Bürger bereitsteht und niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden muss.

Der AdB fordert seine Mitgliedseinrichtungen auf, weiterhin die gesellschaftlichen Ungleichheiten in Bildungsveranstaltungen sowie gegenüber Politik und Verwaltung zu benennen. Er regt an, verstärkt Menschen mit Armutsrisiko für die Bildungsarbeit zu gewinnen, sie für demokratische Beteiligungsverfahren zu mobilisieren und zu befähigen. Politische Bildung hat auch die Aufgabe, die Ursachen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und alternative Formen zu einem ausschließlich auf Wirtschaftswachstum basierendem Gesellschaftsmodell aufzuzeigen.

Die Politik und die politischen Akteure werden aufgefordert, Armutsrisiken durch eine gerechte Verteilungspolitik abzubauen und die Beteiligungs- und Ent-

scheidungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an einer transparenten und dem Gemeinwohl dienenden Politik zu stärken und so eine wirkungsvolle Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen zu garantieren.

Die Fragen nach Armut und Reichtum und nach der Gestaltung eines guten Zusammenlebens in der Gesellschaft ist immer auch eine Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Demokratie, auf nationaler wie auf europäi-

scher Ebene. Der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen sind dieser Zukunftsfähigkeit verpflichtet und tragen mit ihren Angeboten politischer Bildung dazu bei, Demokratie als Grundlage einer solidarischen und gerechten Gesellschaft für alle erlebbar zu machen.

**Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung des AdB am 25.11.2015 in Tutzing**



Der AdB-Vorstand in seiner neuen Zusammensetzung (v. l. n. r.):  
A. Fußmann, M. Kaiser, N. Pauseback, U. Ballhausen, U. Dittmann,  
P. Tabakovic, C. Reich, B. Weidemann Foto: AdB

Mit dieser Stellungnahme und mit der Fachtagung wurde das Startsignal für die Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen zu diesem Thema im Jahr 2016 gegeben. Auf der Homepage des AdB werden die bereits geplanten Vorhaben in einem Veranstaltungskalender präsentiert. Dieser Kalender wird kontinuierlich fortgeführt. Zudem finden sich dort Hinweise auf Publikationen, interessante Institutionen und Organisationen ([www.adb.de/content/jahresthema-2016](http://www.adb.de/content/jahresthema-2016)). In der „Außerschulischen Bildung“ wird in jeder Ausgabe ein Bericht aus der Praxis politischer Bildung zum AdB-Jahresthema aufgenommen.

Während der Mitgliederversammlung des AdB, die im Anschluss an die Fachtagung vom 25. bis 26. November 2015 in der Akademie für Politische Bildung in Tut-

zing stattfand, wurde ein neuer Vorstand gewählt. *Ulrich Ballhausen, Weimar-Jena-Akademie*, wurde mit großer Mehrheit als Vorsitzender des Vorstands wiedergewählt. Neue stellvertretende Vorsitzende ist *Petra Tabakovic, Internationaler Bund*. Sie arbeitet bereits seit vielen Jahren im Vorstand mit und löst nun in ihrer neuen Funktion *Ulrike Steimann* von der *Karl-Arnold-Stiftung* ab, die nach 14 Jahren nicht mehr für den Vorstand kandidierte. Neu in den Vorstand gewählt wurde *Nina Pauseback, Jakob-Kaiser-Stiftung*. Als weitere Mitglieder im Vorstand wurden bestätigt: *Christine Reich, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Birgit Weidemann, Hochdrei – Bilden und Begegnen in Brandenburg*, sowie *Udo Dittmann, Akademie Biggensee, Albert Fußmann, Institut für Jugendarbeit Gauting*, und *Martin Kaiser, Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen*.

Zudem konnten während der Mitgliederversammlung drei neue Mitglieder in den AdB aufgenommen werden. Der AdB begrüßt die *Europäische Akademie Otzenhausen, Waldritter e.V.* und *dock europe e.V.* und freut sich auf die Zusammenarbeit. Zudem wurde die assoziierte Mitgliedschaft der *Jugendkulturarbeit Oldenburg e.V.* in eine ordentliche Mitgliedschaft umgewandelt.

Die Mitglieder verabschiedeten in Tutzing die Arbeitsplanung des AdB für das Jahr 2016 zur Umsetzung der bundeszentralen Fachaufgaben, zur Durchführung der Fachkommissionen und Arbeitsgruppen sowie der Aufgaben im europäischen und internationalen Bereich.

## Aus den Mitgliedseinrichtungen

Am 29. Februar 2016 feierte die *Europäische Akademie Bayern* ihr 40-jähriges Bestehen. Die Bayerische Staatsregierung lud aus diesem Anlass zu einem Festakt in die Münchener Residenz.

Das Essener Projekt „Literatur als Brücke im interkulturellen und intergenerationellen Dialog“ ist Preisträger des NRW-Landeswettbewerbs „Kooperation Konkret 2015“. Im Fokus einer Kooperation zwischen der Erich-Kästner-Gesamtschule, der Stadtteilbibliothek Freisenbruch und dem *Bildungswerk der Humanistischen Union* in Essen stehen die Lebensgeschichten und literarischen Lieblingstexte von Zuwanderern. Bibliotheksnutzer mit Zuwanderungsgeschichte werden von Schülerinnen und Schülern interviewt und berichten vor der Kamera von persönlichen Lebenswegen und Lieblingserzählungen. Jeder Mensch trägt Geschichten mit sich, die ihn prägen und als Person ausmachen. Dieses Projekt fragt nach eben diesen Erfahrungen und Texten und verdeutlicht so, wie sehr Migration eine Gesellschaft auch literarisch bereichert.

Die *Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.* und der Verlag Herder haben einen Leitfaden für Flüchtlinge auf Arabisch und Deutsch herausgegeben. Er fasst die wesentlichen Infor-

mationen und Regeln über Deutschland zusammen, die jeder wissen muss, der nach Deutschland kommt. Das reicht von grundlegenden Fakten und Regeln bis hin zu wichtigen kulturellen Leitlinien, welche die Grundlage des Zusammenlebens in einem demokratischen Rechtsstaat bilden. Das Buch kann direkt und ausschließlich beim Verlag Herder oder als kostenfreie App für IOS und Android bezogen werden.

[www.kas.de/wf/de/33.43117/](http://www.kas.de/wf/de/33.43117/)

Bereits vor drei Jahren widmete sich die *Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.* der Frage nach der Stabilität der Mittelschicht in Deutschland. Die Studie kam zum Ergebnis, dass von einer Schrumpfung oder gar Erosion der Mittelschicht, anders als bei anderen Studien oder Autoren, nicht die Rede sein konnte. Die vielfältigen Reaktionen waren der Anlass, eine neue Studie zu diesem Thema zu veröffentlichen: der Fokus bleibt weiterhin auf der Situation der Mittelschicht in Deutschland, dabei werden aber nicht die Einkommen, sondern die Vermögen der Mittelschicht in den Blick genommen.

[www.kas.de/vermoegensstudie2015](http://www.kas.de/vermoegensstudie2015)



# Berichte, Hinweise, Nachrichten

## Personalien



Boris Brokmeier mit Ulrich Ballhausen und Ina Bielenberg während seiner Verabschiedung auf der Mitgliederversammlung des AdB Foto: AdB

„Ein Pfadfinder wird erwachsen“ – **BORIS BROKMEIER** bin ich zum ersten Mal bei einem Workshop zur Vorbereitung einer der Shell-Jugendstudien in den neunziger Jahren begegnet. Expertinnen und Experten der Jugendarbeit und Jugendbildung waren eingeladen, ihre Erwartungen an die Studie zu formulieren. Es war sehr animierend und wohl-tuend in diesem Kreis auf einen Kollegen zu treffen, der ebenfalls das Anliegen hatte, den Jugendforschern nahe-zubringen, dass sie bei ihren Fragen nach dem politischen Interesse von Jugendlichen ein erweitertes Verständnis von Politik zugrunde legen sollten.

Als die Geschäftsstelle der Evangelischen Akademien in Deutschland im Jahr 2003 und damit auch die der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung nach Berlin umzog, war der AdB schon vor Ort. Er war schon 2001 dem allgemeinen Trend nach Berlin gefolgt. Boris hat seine Tätigkeit als Bundestutor des AdB dann 2002 aufgenommen. D. h. vom Zeitpunkt unseres Starts in Berlin an ist Boris für mich zu einem sehr wichtigen Gesprächspartner zur politischen Jugendbildung, über den Berliner Politik-Dschungel und zu förder- und jugendpolitischen Initiativen geworden, dem ich freundschaftlich verbunden bin.

Man könnte darüber spekulieren, ob sein aktueller Wechsel in die Heimvolkshochschule Mariaspring auch dadurch

bedingt ist, dass gerade wieder einmal eine Reform des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) auf der Agenda steht. Denn der Beginn seiner Tätigkeit beim AdB fiel in eine Phase einer un abgeschlossenen Reform des KJP. Das BMFSFJ schockierte die bundeszentralen Träger der politischen Jugendbildung damals mit der Ankündigung, die Personalkostenförderung für Jugendbildungsreferentinnen und -referenten abzuschaffen. Für die Gewährung einer Übergangsphase forderte das BMFSFJ als Gegenleistung von den Trägern der politischen Jugendbildung die Bereitschaft, ihre Tätigkeit evaluieren zu lassen. In die Debatte um die Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Evaluation für die Förderung der politischen Jugendbildung brachte sich Boris mit kreativen Lösungen ein.

Parallel dazu diskutierte die Fachöffentlichkeit – wieder einmal – über das Selbstverständnis und die Zukunft der politischen Jugendbildung. Wie kann die politische Jugendbildung in der Öffentlichkeit und bei den Geldgebern sichtbar gemacht werden und mehr gesellschaftliche Anerkennung erhalten? Wie kann verdeutlicht werden, was politische Jugendbildung den Teilnehmenden und der Gesellschaft nutzt? In Gesprächen, Sitzungen und Ideenwerkstätten wurde an einer Sympathiekampagne für die politische Jugendbildung gebastelt, wurden Veranstaltungen geplant und mit weniger oder mehr Erfolg in Berlin durchgeführt.

Im Zentrum der Überlegungen stand dabei immer das Ziel, einen Einblick in die vielfältige Praxis der politischen Jugendbildung zu geben, die Dynamik des Arbeitsfelds aufzuzeigen und den manchmal böswilligen Kritikern zu verdeutlichen, dass politische Jugendbildung keineswegs langweilig ist. Ob es sich um die Jugendfestivals „Berlin 05/08“ handelte, die sogenannte Beteiligungsbewegung, Modellprojekte in den Aktionsprogrammen „Jugend für Toleranz und Demokratie“ oder „Vielfalt tut gut“ und nun im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, immer war Boris mit im Boot, wenn es um die Sammlung von Ideen, die Beratung bei der Entwicklung von gemeinsamen Projekten und die öffentliche Präsentation von politischer Bildung ging.

Für die Gemeinsame Initiative der bundesweiten Träger der politischen Jugendbildung (GEMINI) ist Boris darüber →



hinaus in den Jahren seiner Tätigkeit quasi zum „Mister Jugendhilfetag“ geworden. Immer wenn der nächste Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag ins Haus stand, konnten wir uns darauf verlassen, dass er die Initiative ergriff und die Verantwortung für die Präsentation der Praxis und die Durchführung einer Fachveranstaltung souverän in die Hand nahm. In diesem Kontext waren Boris immer zwei Ziele wichtig: die fachliche Qualität der politischen Jugendbildung in die Öffentlichkeit zu bringen und die Mitwirkung beim Jugendhilfetag als Projekt der Vernetzung und der Identitätsstiftung der GEMINI zu arrangieren. Dies verstand er mit großem Geschick umzusetzen.

Ein besonderes Vergnügen war die Zusammenarbeit mit Boris bei der Realisierung gemeinsamer Projekte, wie die Wiederbelebung und Stärkung einer arbeitsweltbezogenen politischen Jugendbildung im Projekt „Kompetenzen – Interessen – Kooperationen“ oder auch beim Engagement in Verbindung mit längerfristig angelegten Vorhaben wie z. B. bei der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik auf Bundesebene. Seine engagierte Mitwirkung steht für sein profiliertes und nachhaltiges Engagement für die Anliegen der politischen Jugendbildung.

Aus meiner Sicht sind die zahlreichen Gespräche bei gemeinsamen Bahnfahrten zu Sitzungen oder der Austausch bei gelegentlichen Arbeitsessen in Berlin keineswegs zu unterschätzen. Die vielschichtigen Erfahrungen einer Tätigkeit in den Geschäftsstellen von Bundesorganisationen gaben viel Anlass zum Austausch, zur Reflexion der eigenen Rolle und zu Einschätzungen von Erwartungen von Mitgliedern oder von politischen Entwicklungen in der „Berliner Republik“.

Boris ist nun in die Erwachsenenbildung gewechselt, er ist „erwachsen“ geworden. Nach den vielen Begegnungen und Gesprächen mit ihm ist für mich völlig klar, dass eine Kontinuität bleibt: Pfadfinder bleibt man für das ganze Leben. **VON KLAUS WALDMANN**

Am 18. Januar 2016 hat **SEBASTIAN BOCK** die Nachfolge von **BORIS BROKMEIER** als Referent für Jugendbildung und stellvertretender Geschäftsführer angetreten. Er war bisher in der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit tätig, u. a. als Leiter der Bundesgeschäftsstelle der Ringe deutscher Pfadfinderinnen- und Pfadfinderverbände e. V. und als Mitarbeiter in Projekten des Deutschen Bundesjugendrings e. V.

**MARTIN WESTPHAL**, Geschäftsführer des Bildungshauses Zeppelin, hat die Heimvolkshochschule in Goslar verlassen. Die kommissarische Leitung des Hauses haben **TORSTEN DASEKING** und **HEIKO EIFLING** übernommen.

Zum Jahresende hat **HORST WEIHER**, Geschäftsführer des Internationalen Haus Sonnenberg (IHS), die Einrichtung verlassen. Sein Nachfolger ist **JENS STEFFEN MINKUS**.

Das Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat den ehemaligen österreichischen Bundeskanzler **DR. WOLFGANG SCHÜSSEL** zum neuen Vorsitzenden des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung gewählt. Er löst damit den bisherigen Vorsitzenden, Bundespräsident a. D. **PROF. DR. ROMAN HERZOG** ab.

Am 10. November 2015 wurde die Konstituierung des Bundesausschusses Politische Bildung als eingetragener Verein beschlossen. **BARBARA MENKE**, Bundesgeschäftsführerin ARBEIT UND LEBEN, wurde zur Vorsitzenden gewählt. Stellvertretender Vorsitzender ist **HANNS CHRISTHARD EICHHORST**, Vorsitzender der Gesellschaft der Europäischen Akademien. **MELANIE EBELL** (Deutscher Bundesjugendring), **LOTHAR HARLES** (Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke) und **DR. KLAUS HOLZ** (Evangelische Akademien in Deutschland) gehören dem neuen Vorstand als Beisitzer an.

Am 8. Dezember 2015 wurde während der IJAB-Mitgliederversammlung der Vorstand von IJAB neu gewählt. Als Vorsitzenden wurde **LOTHAR HARLES** (Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke) bestätigt. Stellvertretende Vorsitzende sind **MARTIN SCHÖNWANDT** (Deutsche Sportjugend), **DIRK THESENVITZ** (Deutscher Bundesjugendring) sowie **DR. HERBERT WIEDERMANN** (Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden).

Im Dezember 2015 haben die Mitgliedsverbände der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesbildungsverbände (BLB) **JÜRGEN CLAUSIUS**, Leiter der Karl-Arnold-Stiftung und Vorsitzender des Gütesiegelverbundes Weiterbildung, zum neuen Sprecher gewählt.



Professor Dr. Peter Faulstich Foto: Helmut Bremer

In der letzten Januar-Woche ist der Erziehungswissenschaftler und Erwachsenenbildner **PETER FAULSTICH** im Alter von 69 Jahren gestorben. Zuletzt lehrte er Erwachsenenbildung an der Universität Hamburg. Wie so viele Erwach-

senenbildner war er ein Seiteneinsteiger, sein Erststudium war das der Stadt- und Regionalplanung. Nach Promotion und Habilitation in Erziehungswissenschaften leitete er die Kontaktstelle für Weiterbildung an der Gesamthochschule Kassel. Faulstich war kein Hochschullehrer im Elfenbeinturm, sondern ein unermüdlicher Arbeiter. Trotz seiner Vielzahl von Veröffentlichungen waren ihm die Erwachsenenbildungspolitik und vor allem die Gewerkschaften als eine Agentur für Arbeiterbildung wichtig. In seinem theoretischen Selbstverständnis unterschied sich Faulstich von den stromlinienförmig gewordenen Ansichten eines lebenslangen Lernens in der globalisierten Ökonomie, er hatte das Feld in seiner ganzen Breite und historischen Tiefe im Blick und schätzte die Bedeutung politischer Bildung nach wie vor hoch ein. Den wissenschaftlichen Nachwuchs förderte er immer nach Kräften, was heute nicht mehr selbstverständlich ist. Als Autor hat er sich auch verschiedentlich in der außerschulischen Bildung zur Wort gemeldet. **VON PAUL CIUPKE**

## In eigener Sache

Die Zusammensetzung des Redaktionsbeirats der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“ hat sich verändert: Neuer Mit-Herausgeber ist, neben dem langjährigen Herausgeber Paul Ciupke, seit Jahresbeginn 2016 der AdB-Vorsitzende Ulrich Ballhausen. Die bisherige Mit-

Herausgeberin Ulrike Steimann, die bislang den AdB-Vorstand vertrat, arbeitet weiterhin als Mitglied im Redaktionsbeirat mit (weitere Mitglieder des Beirats siehe Impressum).

## Aus Profession und Politik

### Neue Tandem-Publikation: „Gemeinsam auf dem Weg zur Erinnerung“

Freundschaftliche Beziehungen setzen den Abbau von Vorurteilen und Stereotypen sowie die Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Geschichte voraus. Gerade in der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit spielt die historisch-politische Bildung eine wichtige Rolle. Tandem hat vor sieben Jahren begonnen, konkrete Kooperationen zwischen Akteuren auf beiden Seiten der Grenze zu initiieren. Ein Ergebnis der Zusammenarbeit liegt jetzt vor: die Broschüre „Gemeinsam auf dem Weg zur Erinnerung. Materialien und Methodenbausteine für deutsch-tschechische Erinnerungsarbeit“. Praktische Handreichungen für Maßnahmen im jeweils anderen Land bzw. für zweisprachige

Gruppen stehen im Mittelpunkt. Die Veröffentlichung soll dazu beitragen, dass deutsch-tschechische Begegnungsprogramme mit Inhalten historisch-politischer Bildung und Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus erfolgreich durchgeführt werden können. In der Publikation finden sich Beiträge der KZ-Gedenkstätten Ravensbrück, Sachsenhausen, Flossenbürg, der Gedenkorte Theresienstadt und Lidice, des Max-Mannheimer-Studienzentrums Dachau sowie von DoKuPäd Nürnberg.

Quelle, Bestellung und Download der Broschüre: [www.tandem-org.de/aktuelles/tandem-news/tandem-news-2015/neue-publikation.html](http://www.tandem-org.de/aktuelles/tandem-news/tandem-news-2015/neue-publikation.html)

### Eine Generation im Aufbruch: Neue Shell Jugendstudie veröffentlicht

Im Oktober 2015 wurde die 17. Shell Jugendstudie in Berlin vorgestellt, die von einem Expertenteam um Professor Dr. Mathias Albert (Leitung), PD Dr. Gudrun Quenzel und Professor Dr. Klaus Hurrelmann mit dem Münchner Forschungsinstitut TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag der Deutschen Shell verfasst wurde. Studienleiter Albert sagte bei der Vorstellung, dass sich die junge Generation im Aufbruch befände, anspruchsvoll sei und mitgestalten wolle. Fast die Hälfte der 15- bis 24-Jährigen gab bei der Befragung an, sich für Politik zu interessieren. Ebenso sei es der großen Mehrheit der Jugendlichen wichtig, „die Vielfalt der Menschen anzuerkennen und zu respektieren“. Jugendliche machen sich Sorgen um Ausländerfeindlichkeit und sind gleichzeitig offener gegenüber Zuwanderung. Die Angst vor Terror ist sprunghaft gestiegen. 61 % der Befragten blicken optimistisch in die persönliche Zukunft;

erstmalig seit den 1990er Jahren beurteilt eine Mehrheit der Jugendlichen (52 %) auch die gesellschaftliche Zukunft optimistisch. 41 % bezeichnen sich heute als politisch interessiert (2002: 30 %). Damit einher geht die gestiegene Bereitschaft, sich politisch zu engagieren. Von dem wachsenden Politikinteresse können die etablierten Parteien jedoch nicht profitieren.

Quelle, weitere Ergebnisse und die Zusammenfassung der Studie: [www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study-2015.html](http://www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study-2015.html)



---

## JIM-Studie 2015 erschienen

Die JIM-Studie 2015 untersucht, welche Medien je nach thematischem Interesse von Jugendlichen bevorzugt zur Information genutzt werden. Im Rahmen der Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest (mpfs) wurden 12- bis 19-Jährige in Deutschland zu 14 vorgegebenen Themenkategorien gefragt, wie wichtig es für sie sei, über neue Entwicklungen dieser Themen schnell Bescheid zu wissen. Im zweiten Schritt wurde nach den am häufigsten genutzten Informationsquellen zu den jeweiligen Themen gefragt. Am stärksten ist das Interesse der Jungen und Mädchen an der Lösung persönlicher Probleme (87 %) sowie am aktuellen Weltgeschehen (83 %). Etwa drei von vier Jugendlichen ist es (sehr) wichtig, über Neues aus der Welt der Musik (78 %) und dem Themenfeld „Ausbildung und Beruf“ (75 %) schnell Bescheid zu wissen. Zwei Drittel der Jugendlichen wollen beim Thema Smartphone (65 %) auf dem Laufenden sein. Gut die Hälfte der Jugendlichen zeigt bei Bundespolitik (59 %), Sport

auf bundesweiter oder internationaler Ebene (57 %), Lokalsport (54 %), Lokalpolitik (54 %) und Fernsehsendungen und -serien (53 %) ein gesteigertes Informationsbedürfnis. Betrachtet man die Informationspräferenzen zu jedem spezifischen Themengebiet, so ist das Internet für acht von 14 Themen die bevorzugte Informationsquelle. Das Fernsehen hingegen ist beim aktuellen Zeitgeschehen, bei Sport in Deutschland sowie Bundespolitik das Informationsmedium erster Wahl. Die Tageszeitung hat ihre spezifische Stärke in der Lokalberichterstattung und spielt für die Themen Lokalpolitik und Lokalsport die wichtigste Rolle. Während die Information über das Internet für einige Themen überwiegt, können gewisse Informationsbedürfnisse der Jugendlichen offenbar besser durch die „traditionellen“ Medien erfüllt werden.

Quelle, weitere Informationen sowie Download der Studie:  
[www.mpfs.de/index.php?id=676](http://www.mpfs.de/index.php?id=676)

---

## Bildungsziel: Mitmischen. Politische Jugendbildung stärkt Beteiligung

Unter diesem Titel hat die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung ihr Jahrbuch 2015 veröffentlicht. Darin wird nach Formen der Partizipation von Jugendlichen im Alltag und bei Themen, die sie betreffen, gefragt. Im Vordergrund steht die Übernahme von Verantwortung im sozialen Umfeld, in Schule, Kommune und Arbeitswelt sowie das Engagement in Projekten und Initiativen. In der Broschüre werden konkrete Beispiele aus der politischen Jugendbildung vorgestellt, die jugendpoli-

tischen Rahmenbedingungen für die Beteiligung auf Bundesebene reflektiert und Impulse für eine jugendgerechte Netzpolitik entwickelt. Es ist ein Werkstattbericht aus der Arbeit der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten, die an den Evangelischen Akademien und in Einrichtungen der Evangelischen Jugend tätig sind.

Das Jahrbuch ist zum Selbstkostenpreis von 12,50 Euro zu beziehen über: [besel@politische-jugendbildung-et.de](mailto:besel@politische-jugendbildung-et.de)

---

## Das Tagebuch der Anne Frank – Filmstart am 3. März 2016

„Das Tagebuch der Anne Frank“ – eine Neuverfilmung der weltbekannten Geschichte von Regisseur Hans Steinbichler – läuft am 3. März 2016 in den deutschen Kinos an. Das Drehbuch orientiert sich eng am Original-Tagebuch und anderen persönlichen Aufzeichnungen von Anne Frank, ihrer Familie sowie Zeitzeugen. Als Anne Frank beeindruckt die 16-jährige Schauspielerin Lea van Acken. Ihr Kinodebüt gab sie im Film Kreuzweg, der auf der Berlinale 2014 mit

dem Silbernen Bären ausgezeichnet wurde. An ihrer Seite spielen Martina Gedeck als Annes Mutter Edith, Ulrich Noethen als ihr Vater Otto und Stella Kunkat als ihre Schwester Margot. Die Stiftung Lesen wird demnächst pädagogisches Unterrichtsmaterial zu dem Film veröffentlichen.

Trailer: <https://youtu.be/LANugtkOTHc>

## Durchblick. Informationen zum Jugendschutz. Neue Publikation der BAJ

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) hat eine praxisorientierte Einführung zum Thema Jugendschutz herausgegeben, in der die Themenschwerpunkte und Handlungsoptionen eines zeitgemäßen Kinder- und Jugendschutzes aufgezeigt sowie die Strukturen, Organisationen und Zuständigkeiten erläutert werden. Zielsetzungen der neuen Handreichung sind neben der Vermittlung von Wissen über den Kinder- und Jugendschutz das Jugendschutzgesetz, die Handlungsfelder Alkohol und Medien sowie die Unterstützung der Praxis in Jugendarbeit, Schule und Schulsozialarbeit. Der Ordner enthält sechs Arbeitshefte zu den Themenfeldern Jugendschutz, Jugendschutzrecht, Jugend und Alkohol, Medien/

Jugendmedienschutz/Förderung der Medienkompetenz sowie eine Übersicht der wichtigsten Adressen/Ansprechpartner und ein Glossar mit ausgewählten Grundbegriffen aus dem Spektrum des Kinder- und Jugendschutzes. Die BAJ will mit der Handreichung eine praxisorientierte Einführung zum Thema Jugendschutz geben, Themenschwerpunkte und Handlungsoptionen aufzeigen, Ziele, Motive und Begründungen eines zeitgemäßen Kinder- und Jugendschutzes darstellen sowie die Strukturen, Organisationen und Zuständigkeiten erläutern.

Quelle, weitere Informationen und Bezug:  
[www.bag-jugendschutz.de/publikationen\\_weitere.html](http://www.bag-jugendschutz.de/publikationen_weitere.html)

## Monitoring-Stelle zur UN-Kinderrechtskonvention eröffnet

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig hat im November 2015 im Deutschen Institut für Menschenrechte die neue Monitoring-Stelle zur UN-Kinderrechtskonvention eröffnet, die von Claudia Kittel geleitet wird. Die Monitoring-Stelle wird in ihrer Aufbauphase bis Juni 2017 den Umsetzungsstand der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland untersuchen und – wo nötig – geeignete Methoden zur Informationsgewinnung entwickeln, Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Kinderrechte identifizieren, einen Beitrag dazu leisten, dass Kinderrechte in Deutschland bei Kindern und den für sie zuständigen Stellen be-

kannter werden. Sie wird Kriterien zur Bewertung der Umsetzung der Kinderrechte entwickeln, um künftig politische Maßnahmen (inkl. der Anwendung von Gesetzen) aus kinderrechtlicher Perspektive zu beurteilen, Gesetzgebung und Politik bei politischen Entscheidungsprozessen beraten und Überzeugungsarbeit durch Beteiligung an politischen Diskussionen und am fachwissenschaftlichen Diskurs leisten.

Quelle und weitere Informationen:  
[www.institut-fuer-menschenrechte.de/monitoring-stelle-un-krk/](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/monitoring-stelle-un-krk/)

## Publikation: Recht für Flüchtlinge

Schutzsuchende Flüchtlinge sind auf qualifizierte Beratung angewiesen. Dies setzt eine enge Kooperation zwischen Anwälten, Flüchtlingsberatungsstellen und Ehrenamtlichen voraus. Der vorliegende Leitfaden von Hubert Heinhold kann diese Zusammenarbeit und die kompetente Unterstützung der Flüchtlinge wesentlich erleichtern. „Recht für Flüchtlinge. Ein Leitfaden durch das Asyl- und Ausländerrecht für die Praxis“ enthält auf aktuellem Stand alles, was Haupt- und Ehrenamtliche über das Asyl- und Ausländerrecht wissen sollten. Damit auch Neueinsteiger und Betroffene selbst die Chance bekommen, die schwierige Materie zu durchdrin-

gen, werden die wesentlichen Grundlagen des Asyl- und Ausländerrechts systematisch und in verständlicher Sprache dargestellt. Herausgegeben wird die vollständige Neuauflage des Handbuchs mit den grundlegenden Veränderungen und Neuregelungen in diesem Rechtsgebiet von PRO ASYL.

Quelle, Information und Bestellung: [www.ariadne.de](http://www.ariadne.de)



## Konstante Verhältnisse – neue Sorgen

### Ergebnisse im Berichtswesen der Landeszentrale in NRW

Zuverlässige quantitative Daten für die Fragen des Teilnahme- und Veranstaltungsumfangs im Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung fehlen in der Bundesrepublik weitgehend. Mit einer Ausnahme: Das ist die Statistik, die die Landeszentrale für politische Bildung NRW über die Leistungen ihrer besonders geförderten Einrichtungen seit dem Jahr 2007 führt. Ende 2015 wurde die Auswertung für das Jahr 2014 vorgestellt.

Viele Ergebnisse verweisen auf konstante Verhältnisse. So sind 2014 in NRW 43 Einrichtungen gefördert worden. Diese haben ca. 7.800 Veranstaltungen durchgeführt, die von etwa 178.000 Teilnehmenden besucht wurden. Das ist zwar ein leichter Rückgang gegenüber den letzten Jahren, die Schwankung liegt trotzdem in einem Bereich, über den man sich keine weiteren Gedanken machen sollte.

Dominierender Themenschwerpunkt mit fast 40 % der Veranstaltungen bleibt auch weiterhin das Feld Wirtschaft, Soziales und Globalisierung. Das ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass in NRW zwei große Institutionen gewerkschaftsnah sind. Nimmt man diese aus der Statistik heraus, zeigt sich ein ganz anderes Bild, nämlich eine viel gleichmäßigere Themenvielfalt mit den Spitzenreitern (jeweilige Cluster): 1. Lebendige Demokratie, Partizipation, Medienkompetenz; 2. Internationale Politik und Europa sowie 3. Menschenrechte und Zeitgeschichte.

Drei Fünftel des Personals sind in Vollzeitstellen und zwei Fünftel in Teilzeitstellen tätig. Dass es im Jahr 2014 15 pädagogische Fachkräfte weniger waren als 2013 (260 gegenüber 245) kann mit besonderen Projekten und ihrer Förderung zusammenhängen, aber möglicherweise auch mit dem zwar nicht rasanten aber doch kontinuierlichen Rückgang der Zahl der geförderten Einrichtungen.

Fast 20 Jahre früher, 1997, waren es in NRW, das in der Förderung politischer Erwachsenenbildung im bundesrepublikanischen Vergleich führend ist, noch 66 unterstützte Einrichtungen. Die Zahl ist aus verschiedenen Gründen im Laufe der Jahre auf 43 zusammengeschnürt, dazu zählen

die doch einschneidenden Zuschusskürzungen Anfang der nuller Jahre, aber auch der Zwang zur Fusion für kleinere Einrichtungen aufgrund von Evaluationsempfehlungen und veränderten Förderrichtlinien spielt hier hinein. Nicht ganz unerheblich sind in der letzten Zeit auch Insolvenzen von Einrichtungen. Die Überlebensbedingungen sind jedenfalls schwieriger geworden. Im Durchschnitt finanzieren sich die Einrichtungen zu 60 % aus staatlichen Mitteln und zu 40 % aus Teilnehmerbeiträgen und anders erwirtschafteten oder erzielten Einnahmen. Da hatte der Steinkohlenbergbau ein höheres Subventionsniveau bei gleichzeitig erheblich geringerem Nutzen für demokratische Kultur und Gemeinwohlanliegen. Insgesamt machten die geförderten Einrichtungen einen Gesamtumsatz von etwa 50 Millionen Euro. Umgerechnet auf die disponierenden und auch oft durchführenden Mitarbeiter, die oft sogenannten HPM, sind das jeweils 200.000 Euro – keine schlechten Zahlen.

Dennoch gibt es auch Grund für Sorgen und Nachdenklichkeit. Neben der sinkenden Zahl der Einrichtungen ist es vor allem der Umstand, dass immer weniger Veranstaltungen in Bildungsstätten durchgeführt werden. Bis zum Jahr 2010 fanden über 50 % der Veranstaltungen in Akademien, Heimvolkshochschulen oder ähnlichen Institutionen statt, 2014 sind es nur noch 29 %. Diese Zahlen dokumentieren drastisch ein Problem für die Bildungsstätten. Den Rückgang kann man einerseits auf Schließungen von Einrichtungen zurückführen, aber das wird nicht der alleinige Grund sein und so gilt es die Entwicklung genauer zu beobachten, zu analysieren und Schlüsse zu ziehen. Immerhin aber können sich mehrtägige Veranstaltungen behaupten, sie bilden weiterhin knapp die absolute Mehrheit der Veranstaltungsformen und dokumentieren so eine Intensitätsdimension, die immer auch als eigentümlich für eine politische Bildung in Bildungsstätten reklamiert wurde.

VON PAUL CIUPKE



# Ausschreibungen und Wettbewerbe

## Förderpreis „Bildung und Briefmarke“ 2016

Kinder und Jugendliche über Briefmarken für Bildungsthemen begeistern – diese Idee steht im Mittelpunkt des Förderpreises „Bildung und Briefmarke“, der von der Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. in Kooperation mit dem Bund Deutscher Philatelisten e. V. ins Leben gerufen wurde. Mit dem Förderpreis werden besondere Leistungen in der Bildungsarbeit durch den Einsatz von Briefmarken in schulischen und außerschulischen Einrichtungen gewür-

digt. Es kann sich um einmalige Aktivitäten oder auf Dauer angelegte Projekte handeln. Die Geldpreise in Höhe von 500, 300 und 100 Euro werden voraussichtlich am 14. Mai 2016 im Rahmen der Internationalen Briefmarken-Messe in Essen verliehen.

Weitere Informationen: [www.jugendmarke.de](http://www.jugendmarke.de); [www.bdph.de](http://www.bdph.de)

## Projektförderung des Fonds Soziokultur

Der Fonds Soziokultur fördert seit 1988 zeitlich befristete Projekte im Bundesgebiet. Gefördert werden Vorhaben mit Modellcharakter, die ein aktuelles gesellschaftliches Thema aufgreifen, die neue Praxis- und Aktionsformen in der Soziokultur erproben, die den Austausch und die Integration fördern oder die – mit den Mitteln der Kunst und Kultur – neue Formen der Bürgerbeteiligung in der Stadt, der Gemeinde, im Viertel umsetzen. Unter bestimmten Voraussetzungen können auch größere Projekte unterstützt werden, die eine längerfristige (mehrjährige) Zeitplanung

erfordern. Anträge auf Projektförderungen können zweimal im Jahr eingereicht werden: Vorhaben, die im zweiten Halbjahr des laufenden Jahres beginnen sollen, können bis zum 2. Mai des Jahres eingereicht werden. Bewerbungsschluss für Projekte im 1. Halbjahr des Folgejahres ist der 2. November.

Weitere Informationen und Antragsformulare:  
[www.fonds-soziokultur.de/html/sozioset.html](http://www.fonds-soziokultur.de/html/sozioset.html)

## Plakatwettbewerb zum Thema „flucht.punkt“

Die Bildungsstätte Anne Frank hat zusammen mit verschiedenen Partnern einen Plakatwettbewerb für Jugendliche und junge Erwachsene zum Thema „flucht.punkt“ ausgeschrieben. Einzelpersonen oder Gruppen von bis zu drei Personen können sich mit einem Kampagnenplakat am Wettbewerb beteiligen. Einsendeschluss ist der 13. Mai 2016. Eine unabhängige Fachjury trifft die Entscheidung

für die Preisträger. Die Preisverleihung ist am 17. Juni 2016. An diesem Tag wird die Plakatausstellung mit den eingereichten Entwürfen in der Bildungsstätte in Frankfurt am Main eröffnet.

Weitere Informationen: [www.bs-anne-frank.de/projekte/kunstwettbewerb/](http://www.bs-anne-frank.de/projekte/kunstwettbewerb/)

# Veranstaltungen

---

**20. April 2016**

Berlin

## Grundbildung: Definition – Themenfelder – Zielgruppen? Der Versuch einer Begriffsbestimmung

Veranstalter: Rat der Weiterbildung – KAW e. V.  
[www.rat-der-weiterbildung.de/anmeldung/](http://www.rat-der-weiterbildung.de/anmeldung/)

---

**21. April 2016**

Hamburg

## Vielfalt inklusive. Barcamp zu Inklusion in der politischen Jugendbildung

Veranstalter: Ev. Akademie Loccum; Landeszentrale für politische Bildung Hamburg;  
Ev. Akademie der Nordkirche  
[www.barcamp-vielfalt-inklusive.de](http://www.barcamp-vielfalt-inklusive.de)

---

**30. Mai bis 5. Juni 2016**

Deutschlandweit

## Deutsche Aktionstage Nachhaltigkeit

Veranstalter: Rat für Nachhaltige Entwicklung  
[www.aktionstage-nachhaltigkeit.de/](http://www.aktionstage-nachhaltigkeit.de/)

---

**31. Mai 2016**

Berlin

## 16. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Veranstalter: Rat für Nachhaltige Entwicklung  
[www.nachhaltigkeitsrat.de/](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/)

---

**7. bis 8. Juni 2016**

Berlin

## „Woche der Umwelt“

Veranstalter: Bundespräsidialamt; Deutsche Bundesstiftung Umwelt  
[www.woche-der-umwelt.de](http://www.woche-der-umwelt.de)

---

**9. bis 10. Juni 2016**

Kassel

## 7. Tagung der Reihe „Blickwinkel. Antisemitismuskritisches Forum für Bildung und Wissenschaft“: Kommunikation: Latenzen – Projektionen – Handlungsfelder

Veranstalter: Bildungsstätte Anne Frank, Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“,  
Pädagogisches Zentrum des Fritz Bauer-Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt,  
Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin  
[www.bs-anne-frank.de/projekte/tagungsreihe-blickwinkel/](http://www.bs-anne-frank.de/projekte/tagungsreihe-blickwinkel/)

# Zeitschriftenschau

---

**Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 43–45/2015** Schwerpunkt: Hitlers „Mein Kampf“

**Heft 46/2015** Schwerpunkt: 1980er Jahre

**Heft 47–48/2015** Schwerpunkt: Visegrád-Staaten

**Heft 49/2015** Schwerpunkt: Hunger

**Heft 50–51/2015** Schwerpunkt: Sklaverei

**Heft 52/2015** Schwerpunkt: Europäische Integration in der Krise

**Heft 1–2/2016** Schwerpunkt: Schulden

**Heft 3–4/2016** Schwerpunkt: Holocaust und historisches Lernen

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Adenauerallee 86, 53113 Bonn; [www.bpb.de/](http://www.bpb.de/)

---

**Blätter für deutsche und internationale Politik,**

**Heft 12/2015** Schwerpunkte z. B.: Klima und Krieg. Der Pariser Gipfel als Friedenskonferenz; Paris 2015: Die Schicksalskonferenz; Vom Glück zum BIP – und die Alternative des guten Lebens

**Heft 1/2016** Schwerpunkte z. B.: Integration durch gute Arbeit; Die globale Flucht und das Streben nach Hoffnung; Für eine Repolitisierung Europas

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; [www.blaetter.de/](http://www.blaetter.de/)

---

**couragiert – Das Magazin für demokratisches Handeln und Zivilcourage, Heft 3/2015** Schwerpunkt: Ich und die anderen. So klappt es mit dem „Blick über den Tellerrand“

**Heft 4/2015** Schwerpunkt: Immer in Mode. Organisationsführung – die zwei Seiten des Chefseins

Bezug: Aktion Zivilcourage e. V., Postfach 100228, 01782 Pirna; [www.aktion-zivilcourage.de/](http://www.aktion-zivilcourage.de/); [www.couragiert-magazin.de/](http://www.couragiert-magazin.de/)

---

**deutsche jugend, Heft 10/2015** Schwerpunkt: Besonderheiten der Genderpraxis

**Heft 11/2015** Schwerpunkt: Politische Steuerung der Jugendarbeit

**Heft 12/2015** Schwerpunkt: Benachteiligte Kinder und Jugendliche unterstützen

**Heft 1/2016** Schwerpunkt: Nachhaltigkeit und intergenerationelles Lernen

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; [www.beltz.de](http://www.beltz.de)

---

**DIE – Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Heft 1/2016** Schwerpunkt: Ökonomische Bildung

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; [www.wbv.de/](http://www.wbv.de/) oder über den Buchhandel

---

**DJI-Impulse, Bulletin des Deutschen Jugendinstituts, Heft 2/2015** Schwerpunkt: Geschlossene Gesellschaft. Warum der Einstieg in die Ausbildung für viele Jugendliche schwierig ist

Bezug: Deutsches Jugendinstitut, Nockherstraße 2, 81541 München; [www.dji.de/impulse](http://www.dji.de/impulse)

---

**Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Heft 4/2015** Schwerpunkt: Religionsstätten/Lieux de culte

Bezug: Verlag Dokumente GmbH, Dottendorfer Str. 86, 53129 Bonn; [www.dokumente-documents.info/](http://www.dokumente-documents.info/)

---

**EB Erwachsenenbildung,** hrsg. von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, **Heft 4/2015** Schwerpunkt: Willkommensbildung

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; [www.wbv.de/](http://www.wbv.de/) oder über den Buchhandel

---

**EDUCATION PERMANENTE EP, Schweizerische Zeitschrift für Weiterbildung, Heft 4/2015** Schwerpunkt: Stille – Rester zen

Bezug: Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB, Oerlikonstraße 38, CH-8057 Zürich; [www.alice.ch/](http://www.alice.ch/)

---

**forum erwachsenenbildung,** hrsg. von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbil-

derung (DEAE e. V.), **Heft 4/2015** Schwerpunkt: Praxiswissen entwickeln

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster; [www.waxmann.com](http://www.waxmann.com)

---

**GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Heft 4/2015** Schwerpunkte u. a.: Ökonomische Bildung; Flüchtlingspolitik; deutsch-polnische Beziehungen

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; [www.budrich-verlag.de](http://www.budrich-verlag.de)

---

**Hessische Blätter für Volksbildung**, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 4/2015** Schwerpunkt: Erwachsenenbildung und Inklusion

Bezug: [www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung](http://www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung)

---

**Journal für politische Bildung**, hrsg. vom Bundesausschuss für politische Bildung, **Heft 4/2015** Schwerpunkt: Unzufriedene Demokraten – radikalisierte Überzeugungen

Bezug: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; [www.wochenschau-verlag.de/](http://www.wochenschau-verlag.de/)

---

**Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug)**, hrsg. von der BAG Jugendschutz, **Heft 4/2015** Schwerpunkt: Migrationssensibler Kinder- und Jugendschutz

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; [www.kjug-zeitschrift.de](http://www.kjug-zeitschrift.de)

---

**Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs, Heft 26/2015** Schwerpunkt: Die blinden Flecken im Professionalisierungsdiskurs. Arbeitsrealität in der Erwachsenenbildung

Bezug: [www.erwachsenenbildung.at/magazin](http://www.erwachsenenbildung.at/magazin)

---

**merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik, Heft 5/2015** Schwerpunkt: #partizipation

**Heft 6/2015** Schwerpunkt: Medienaneignung und Aufwachsen im ersten Lebensjahrzent

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München; [www.kopaed.de](http://www.kopaed.de)

---

**Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, Heft 11/2015** Schwerpunkt: Zerfällt Europa?

**Heft 12/2015** Schwerpunkt: Flucht. Letzter Ausweg

**Heft 1–2/2016** Schwerpunkt: Zurück in die Zukunft? Sozialstaat in der digitalen Ökonomie

Bezug: Verlag J. H. W. Dietz, Dreizehmorgenweg 24, 53175 Berlin; <http://dietz-verlag.de/>

---

**POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Heft 4/2015** Schwerpunkt: DVPB – 50 Jahre im Interesse Politischer Bildung

Bezug: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; [www.wochenschau-verlag.de/](http://www.wochenschau-verlag.de/)

---

**POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung, Heft 4/2015** Schwerpunkt: Kratzer am Demokratiemodell: Postdemokratie, Konsensdenken, Soziale Ungleichheit, Parteienkrise, NSU und NSA, Lobbyismus, Korruption

Bezug: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; [www.wochenschau-verlag.de/](http://www.wochenschau-verlag.de/)

---

**Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten, Heft 3/2015** Schwerpunkte: Datenschutz (Sek. I); Das Parteiensystem (Sek. II)

**Heft 4–5/2015** Schwerpunkte: Internationale Politik II: Globalisierung (Sek. I); Politische Theorie (Sek. II)

Bezug: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; [www.wochenschau-verlag.de/](http://www.wochenschau-verlag.de/)

---

**Zeitschrift für Menschenrechte, Heft 2/2015** Schwerpunkt: Menschenrechte und Gesundheit

Bezug: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; [www.wochenschau-verlag.de/](http://www.wochenschau-verlag.de/)

# pb-digital

## Neue App: ZEITFENSTER. Friedliche Revolution Leipzig

Die „Zeitfenster“-App für Smartphones und Tablets schickt Besucher in Leipzig auf eine Zeitreise zurück in die Umbruchszeit 1989. Im Rundgang zu 25 Orten der Friedlichen Revolution können Fotografien perspektivisch genau abgerufen werden. Ein Abgleich mit der aktuellen Kameraperspektive ermöglicht ein Verschmelzen der Zeithorizonte und macht historischen Wandel greifbar. Die App wurde von den Kultur- und Kreativitätslotsen ZEITFENSTER gemeinsam mit Die Produktmacher GmbH und der Universität Leipzig und mit Förderung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur entwickelt. Die App steht kostenlos für Smartphones und Tablets zur Verfügung.

[www.zeitfenster-app.de/](http://www.zeitfenster-app.de/)

## MyPermissions

Viele Apps fragen ganz selbstverständlich Standorte und Privatdaten ab und dies nicht immer wirklich transparent. Das kostenlose Angebot MyPermissions, das als App für iOS und Android, aber auch als Erweiterung für den Browser zur Verfügung steht, kann mit wenig Aufwand selbst genutzte Dienste wie beispielsweise Facebook, Instagram oder Google scannen und helfen, eine Übersicht über die Zugriffsrechte zu erstellen, um deutlich zu machen, welche Dienste auf was zugreifen dürfen und wie man sich dem gegebenenfalls entziehen kann. Dazu muss man MyPermissions der Vollzugriff auf die Dienste ermöglichen.

<https://mypermissions.de/>

Empfohlen vom Medienpädagogik Praxisblog:  
[www.medienpaedagogik-praxis.de](http://www.medienpaedagogik-praxis.de)

## Flüchtlinge und Asylsuchende in Kommunen – Online-Wegweiser

Das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) hat eine Sammlung von Online-Quellen zum Thema zusammengestellt, die Kommunen bei der Recherche unterstützen kann, Informationen allgemeiner Art gibt, Informationen für Bürgerinnen und Bürger, für Flüchtlinge und Asylsuchende bereitstellt. Zudem wird über Veranstaltungen und weiterführende Literatur informiert. Die Idee ist es, aufgrund der

hohen Aktualität des Themas schnell fortschreibbare Informationen zur Verfügung zu stellen. Die Online-Publikation wird stets weiter aktualisiert.

[www.difu.de/fluechtlinge/online-wegweiser.html](http://www.difu.de/fluechtlinge/online-wegweiser.html)

## wb-web – Ein Portal für Lehrende in der Erwachsenen- und Weiterbildung

Seit Dezember 2015 ist das Portal online. Es bietet Lehrenden als Informations- und Vernetzungsportal erwachsenpädagogisches Wissen sowie einen Raum zum gegenseitigen Austausch und gemeinsamen Lernen. Die Inhalte sind frei zugänglich und überwiegend offen lizenziert. Es ist ein gemeinsames Projekt der Bertelsmann Stiftung und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V. Die Inhalte werden von einer eigenen Redaktion im DIE entwickelt und durch externe Autoren aus Wissenschaft und Praxis ergänzt.

[www.wb-web.de](http://www.wb-web.de)

## Interaktive Karte zur europäischen Dimension der extremen Rechten

Rechtsextremismus stellt ein gesamteuropäisches Phänomen und Problem dar. In nahezu allen europäischen Staaten existieren extrem rechte Strukturen, Organisationen und Strömungen. Die Aktivitäten bleiben allerdings nicht auf die jeweiligen Ländergrenzen beschränkt, sondern es kommt zu grenzüberschreitenden Vernetzungen und Kooperationen. Während eine Vielzahl an länderspezifischen Analysen vorliegt, stellen Aspekte transeuropäischer Vernetzungen und Diskurse eine selten berücksichtigte Perspektive dar. Mit dem Projekt „Entgrenzt: transeuropäische Perspektiven auf die extreme Rechte“ trägt das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit (IDA) e. V. dazu bei diese Lücke zu schließen und stellt Material, Wissen und Hintergründe für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bereit. Die Online-Karte stellt grenzüberschreitende Aktivitäten und Phänomene der extremen Rechten in Europa dar.

[www.projekt-entgrenzt.de](http://www.projekt-entgrenzt.de)

# Jahrgangsregister **Außerschulische Bildung**

## Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

### 46. Jahrgang 2015

---

#### Thema im Fokus

**CIUPKE, PAUL:** Sehnsucht nach Verständigung. Über kommunikatives Handeln und Öffentlichkeit in der politischen Bildung **AB 3/2015** S. 24–30

**GOLLY, NADINE:** Diversity: Konzept. Programmatik. Praxis. Perspektive für die politische Bildung? **AB 1/2015** S. 4–8

**HEINICH, ANGELIKA / SCHNIEDERS, HEINZ-WILHELM:** Die Straße als Bühne: Wo Wohnungslose zuhause sind. Außerschulische Bildung mit Wohnungslosen und ehemals Wohnungslosen im Europahaus Aurich **AB 1/2015** S. 27–33

**HERRMANN, STEFFEN:** Vom Trash Talk zur Hate Speech. Die Verletzungsmacht von Worten **AB 3/2015** S. 18–23

**HUFF, MARKUS:** Die Macht der Bilder. Wie bewegte Bilder unsere Wahrnehmung prägen **AB 2/2015** S. 10–16

**KEIL, KARL HEINZ / SCHMITT, JOHANNES:** Inszenierung als Chance. Spielfilme in der politischen Erwachsenenbildung **AB 2/2015** S. 25–32

**KRÖGER, CHRISTOPH:** Die Macht der öffentlichen Diskussion. Das Townhall-Meeting – Partizipation mit Methode **AB 3/2015** S. 31–36

**LEOPOLD, NILS:** Überwachung und Digitalisierung. Freiheitsschutz durch Recht **AB 4/2015** S. 4–11

**LUDWIG, FELIX:** Classism – Eine Diskriminierungsform in den Blick bekommen. Ein Ansatz zur Reflexion abwertender Haltungen und eigener Verstrickungen pädagogisch Handelnder **AB 1/2015** S. 15–21

**MENDEL, MERON:** Das Kind beim Namen nennen? Rassismussensible Sprache in der Bildungsarbeit **AB 3/2015** S. 12–17

**MORRIEN, RITA:** Broken Heroes. Die (Un-)Ordnung der Geschlechter im populären Film **AB 2/2015** S. 17–24

**REICH, CHRISTINE:** Qualitätsprozess Inklusion in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein. Inklusion in der außerschulischen politischen Jugendbildung am Beispiel der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V. **AB 1/2015** S. 34–36

**REITZ, SANDRA:** Zum Verhältnis von Inklusion, Wertschätzung von Vielfalt und Menschenrechtsbildung. Ein Streifzug durch die pädagogische und wissenschaftliche Diskussion **AB 1/2015** S. 9–14

**SCHMITT, LARS / WEIGEL, LENA:** „Hör mal, wer da spricht“. Partizipation, Sprechen und Gesprochen-Werden in Politik und politischer Bildung **AB 3/2015** S. 4–11

**SEITZ, DANIEL:** Jugend hackt und DATA:RUN. Formatentwicklung für die netzpolitische Bildungsarbeit mit Jugendlichen **AB 4/2015** S. 32–37

**SELZER, JOCHIM:** Daten als Ware. Spaß und Kurzweil im Überwachungsstaat **AB 4/2015** S. 12–18

**SIMONOVIC, DEJAN / GANDENBERGER, GERTRUD:** „Sei nicht gleichgültig“ – Medienworkshops zu Zivilcourage im Alltag. Eine bilaterale Jugendbegegnung im Internationalen Forum Burg Liebenzell **AB 2/2015** S. 33–38

**ULLRICH, ANNETTE / HOFMANN, FRANK:** Im Strom der Medien. Schwimmbewegungen aus der Praxis politischer Jugendbildung **AB 4/2015** S. 25–31

**WOLRAB, JULIA / ZIEGENHAGEN, MARTIN:** Was tun, wenn junge Menschen sich im Internet radikalisieren? Einblicke in die Arbeit der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus **AB 4/2015** S. 19–24

**WYLEZOL, ROLAND:** Diversity und Inklusion. Anspruch und Realität in einer Jugendbildungsstätte **AB 1/2015** S. 22–26

**ZAHN, MANUEL:** Zur Filmerfahrung in Zeiten digitaler Medienkultur. Allgegenwärtige Datenströme auf mobilen Sozialmedien **AB 2/2015** S. 4–9

---

#### Forum

**BIELENBERG, INA:** Anerkennung der Kompetenzen von Weiterbildnerinnen und Weiterbildnern. AdB beteiligt sich am Projekt GRETA des DIE **AB 3/2015** S. 42–44

**BROKMEIER, BORIS:** Mehr Oper als Musical. Herausforderungen für die Personalentwicklung in der politischen Bildung **AB 1/2015** S. 39–43

Gelingsbedingungen für die außerschulische politische Jugendbildung. Diskussionspapier der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten – kritisch kommentiert **AB 3/2015** S. 38–41

**NOTTEBOHM, INA:** Keiner allein ist so smart wie ein Team. Personalmanagement in Bildungsstätten **AB 4/2015** S. 39–43

**REICHLING, NORBERT:** Weiterbildungsgesetz NRW: 40 Jahre – 15 Thesen **AB 2/2015** S. 49–51

**RODRIGES, BRAYAN ROSA:** Managing minority Youth Civic Engagement. How German based Non-Profit Organizations tackle the challenge **AB 4/2015** S. 44–48

Übergänge gestalten – Bedingungen für gelingende Leitungswechsel in Bildungsstätten. Interview mit Dr. Moritz Kilger, Geschäftsführer der EJBW **AB 2/2015** S. 43–48



## Politische Bildung praktisch

**BEHR, JULIA:** Politische Bildung für alle! Politische Jugendmedienbildung mit jugendlichen Strafgefangenen und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen **AB 4/2015** S. 49–53

**LUTZ, JÜRGEN:** Politische Bildung für Menschen mit Behinderungen. Eine wichtige Aufgabe für die außerschulische Bildung zwischen Inklusion und Zielgruppenorientierung **AB 1/2015** S. 44–49

**NAHM, VERONIKA:** Filmclips von jungen Erwachsenen zu Konflikten einzelner Menschenrechte. Jugendbegegnung „Free2Choose-Create Berlin-Tunis“ **AB 2/2015** S. 52–55

**WESSELA, EVA:** Die Englische Debatte. Mündigkeit durch Mündlichkeit **AB 3/2015** S. 45–49

## Jahresthema im AdB

**KAISER, MARTIN:** Bewegte Leben – Moving lives. Migration als Thema in der internationalen Austauscharbeit **AB 4/2015** S. 54–58

**RÜMENAPP, ULRICH:** Die Europäische Union und die globale Migration. Ein Planspiel **AB 1/2015** S. 50–53

**SCHOLZ, TIM / BANETH, JANE:** Say it loud and clear – Refugees are welcome here! Flucht und Migration als Thema der internationalen Jugendarbeit in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein **AB 3/2015** S. 50–54

**WÖTZEL-HERBER, HENNING:** „Hotel California“. Erfahrungsbericht über ein Film- und Bildungsprojekt für Bleiberecht und gegen den strukturellen und den ganz alltäglichen Rassismus **AB 2/2015** S. 56–60

## Rezensionen

**AHLHEIM, KLAUS:** Ver-Störende Vergangenheit. Wider die Renovierung der Erinnerungskultur. Ein Essay **AB 3/2015** S. 59–60

**AMADEU ANTONIO STIFTUNG / RADVAN, HEIKE (HRSG.):** Gender und Rechtsextremismusprävention **AB 1/2015** S. 54–55

**APELT, ANDREAS H. / GRÜNBAUM, ROBERT / TOGAY, JÁNOS CAN:** Die Ostmitteleuropäischen Freiheitsbewegungen 1953–1989. Opposition, Aufstände und Revolutionen im kommunistischen Machtbereich **AB 3/2015** S. 62–63

**BALZTER, NADINE / RISTAU, YAN / SCHRÖDER, ACHIM:** Wie politische Bildung wirkt. Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung **AB 4/2015** S. 64–65

**BARRICELLI, MICHELE / GOLGATH, TABEA (HRSG.):** Historische Museen heute **AB 4/2015** S. 67–68

**BENZ, WOLFGANG (HRSG.):** Ressentiment und Konflikt. Vorurteile und Feindbilder im Wandel **AB 3/2015** S. 55–56

**BIEBER, CHRISTOPH / GRUNDMANN, SVEN SEBASTIAN:** Ethik und Politikmanagement **AB 3/2015** S. 60–61

**BIERLING, STEPHAN:** Vormacht wider willen. Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart **AB 4/2015** S. 62–63

**BISCHOFF, JOACHIM:** Finanzgetriebener Kapitalismus. Entstehung – Krise – Entwicklungstendenzen **AB 4/2015** S. 60–61

**BISCHOFF, JOACHIM / MÜLLER, BERNHARD:** Piketty kurz & kritisch **AB 4/2015** S. 60–61

**BRUDER, FRANZISKA:** Hunderte solcher Helden. Der Aufstand jüdischer Gefangener im NS-Vernichtungslager Sobibór **AB 1/2015** S. 61–62

**BUCKMILLER, MICHAEL (HRSG.):** Wolfgang Abendroth. Gesammelte Schriften, Band 3: 1956–1963 **AB 2/2015** S. 68–69

**DECKER, FRANK / LEWANDOWSKY, MARCEL / SOLAR, MARCEL:** Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation **AB 1/2015** S. 56–57

**FLITNER, WILHELM:** Nachlese. Gesammelte Schriften Band 12, 2 Teilbände, besorgt von Ulrich Herrmann **AB 4/2015** S. 66–67

**FRECH, SIEGFRIED / GROH-SAMBERG, OLAF (HRSG.):** Armut in Wohlstandsgesellschaften **AB 1/2015** S. 55–56

**GEHRCKE, WOLFGANG / REYMAN, CHRISTIANE (HRSG.):** Syrien – Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert **AB 1/2015** S. 57–58

**HAFEZ, FARID:** Islamisch-politische Denker. Eine Einführung in die islamisch-politische Ideengeschichte **AB 3/2015** S. 56–57

**HECKMAIR, BERND / MICHL, WERNER:** Von der Hand zum Hirn und zurück: Bewegtes Lernen im Fokus der Hirnforschung **AB 1/2015** S. 60–61

**HEISTERKAMP, ULRICH:** Think Tanks der Parteien? Eine vergleichende Analyse der deutschen politischen Stiftungen **AB 2/2015** S. 61–62

**HILLEBRAND, ERNST / KELLNER, ANNA MARIA (HRSG.):** Für ein anderes Europa. Beiträge zu einer notwendigen Debatte **AB 3/2015** S. 58–59

**KOLLER, CHRISTIAN:** Die Fremdenlegion Kolonialismus, Söldnertum, Gewalt. 1831–1962 **AB 2/2015** S. 67

**KRAUSE, SABINE:** Erinnern und Tradieren. Kulturelles Gedächtnis als pädagogische Herausforderung **AB 3/2015** S. 63

**NUSSL, EKKEHARD:** Evaluation in der Erwachsenenbildung Reihe: Studientexte für Erwachsenenbildung, hrsg. vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V. **AB 3/2015** S. 64–65

**PIKETTY, THOMAS:** Das Kapital im 21. Jahrhundert **AB 4/2015** S. 59–60

**POGUNTKE, THOMAS / MORLOK, MARTIN / MERTEN, HEIKE (HRSG.):** Auf dem Weg zu einer europäischen Parteiendemokratie **AB 2/2015** S. 63–64

**REINDERS, HEINZ:** Jugend – Engagement – Politische Sozialisation Gemeinnützige Tätigkeit und Entwicklung in der Adoleszenz **AB 2/2015** S. 64–65

**SCHIRRA, BRUNO:** ISIS – Der globale Dshihad. Wie der „Islamische Staat“ den Terror nach Europa trägt **AB 3/2015** S. 57–58

**SCHRÖDER, ACHIM / MERKLE, ANGELA:** Leitfaden Konfliktbewältigung und Gewaltprävention. Pädagogische Konzepte für Schule und Jugendhilfe **AB 2/2015** S. 65–66

**STAHL, BERNHARD:** Internationale Politik verstehen. Eine Einführung **AB 4/2015** S. 61–62

**TAURECK, BERNHARD H. F.:** Überwachungsdemokratie. Die NSA als Religion **AB 2/2015** S. 62–63

**VAHSEN, FRIEDHELM G.:** Die erstarrte Gesellschaft. Zum Verlust des Gemeinsinns **AB 4/2015** S. 68–69

**WABNITZ, REINHARD JOACHIM:** 25 Jahre SGB VIII. Die Geschichte des Achten Buches Sozialgesetzbuch von 1990 bis 2015 **AB 4/2015** S. 65–66

**WEHLER, HANS-ULRICH:** Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland **AB 2/2015** S. 69–70

**WEHR, ANDREAS:** Der europäische Traum und die Wirklichkeit. Über Habermas, Rifkin, Cohn-Bendit, Beck und die anderen **AB 1/2015** S. 58–59

**WIETSCHORKE, JENS:** Arbeiterfreunde. Soziale Mission im dunklen Berlin 1911–1933 **AB 1/2015** S. 62–63

# Impressum

## Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

**1/2016**

47. Jahrgang

**Herausgeber:** Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Ulrich Ballhausen und Dr. Paul Ciupke

**Redaktion:** Dr. Friedrun Erben

**Redaktionsbeirat:** Ina Bielenberg, Gertrud Gandenberger, Dr. Meron Mendel, Wolfgang Pauls, Dr. Beate Rosenzweig, Ulrike Steimann

**Redaktions- und Bezugsanschrift:**

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Telefon: 030 400401-11

E-Mail: [redaktion@adb.de](mailto:redaktion@adb.de)

[adb.de](http://adb.de)

**Gestaltung und Satz:** Berliner Süden, [berlinersueden.de](http://berlinersueden.de)

**Herstellung:** Ruksaldruck GmbH + Co. KG, [ruksaldruck.de](http://ruksaldruck.de)

**Bildnachweis:** Copyrightthinweise siehe Fotos

## Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

**Einzelheft:** 7 €

**1 bis 3 Abonnements:** jährlich 20 €

**ab 4 Abonnements:** jährlich 16 €

**Abonnements für Studenten, Praktikanten,**

**Referendare, Arbeitslose:** jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird maßgeblich durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift *Außerschulische Bildung* ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.

**AdB**

Arbeitskreis deutscher  
Bildungsstätten e.V.

adb.de